

Inhaltsverzeichnis

Abendvorträge

Seite 2

Neu an der Universität

Seite 7

Ehrungen

Seite 8

Studium

Seite 14

Internationales

Seite 19

Forschungsprojekte

Seite 26

Führungskolleg Speyer

Seite 29

Aus der Weiterbildung

Seite 33

Kurzmeldungen

Seite 40

Verschiedenes

Seite 45

Personal/Publicationen

Seite 50

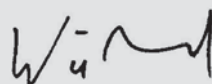
Liebe Leserinnen und Leser,

das zurückliegende Wintersemester 2012/13 war an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer geprägt durch wichtige Neuentwicklungen insbesondere im Bereich Studium. Der Start der einjährigen Varianten unserer Masterprogramme ‚Administrative Sciences‘ und ‚Öffentliche Wirtschaft‘, unsere Beteiligung am Deutsch-Französischen Konsortium für den Master of European Governance and Administration bedeuten eine deutliche Ausweitung unseres Studienangebots.

Dann galt es im Wintersemester gleich zwei neue Wissenschaftler an der Universität zu begrüßen. Mit der Besetzung des Lehrstuhls für Verwaltungswissenschaft mit Univ.-Prof. Dr. Michael Bauer und der Ernennung von Dr. Cristina Fraenkel-Haeberle zur Privatdozentin mit der Lehrbefähigung für „Öffentliches Recht, Rechtsvergleichung und Verwaltungswissenschaft“ konnte die Universität ihr Lehrangebot deutlich ausweiten.

Besondere Höhepunkte des Semesters waren die Ehrenkolloquien für Univ.-Prof. Dr. Dr. Detlef Merten und Prof. Dr. Klaus-E. Gebauer, die Verleihung einer Ehrendoktorwürde an Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Andreas Knorr durch unsere georgische Partneruniversität sowie die Ausstellung „Menschen“ des Schifferstädter Malers und Bildhauers Martin Eckrich.

Darüber hinaus informiert Sie das vorliegende Heft über all das, was im Führungskolleg Speyer, im Studium und in der Weiterbildung im zurückliegenden Semester von Bedeutung war. Ich wünsche Ihnen eine angenehme Lektüre.



Univ.-Professor Dr. Joachim Wieland
Rektor der Deutschen Universität für
Verwaltungswissenschaften Speyer

Wirksamkeit und Grenzen von Konsolidierungsmaßnahmen für die öffentlichen Haushalte

Mit einem durchaus nachdenklichen Kolleg über Wirksamkeit und Grenzen von Konsolidierungsmaßnahmen für die öffentlichen Haushalte hat jetzt der rheinland-pfälzische Finanzminister Dr. Carsten Kühl das Wintersemester 2012/13 an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften in Speyer eröffnet. Dabei zeigte sich der studierte Finanzwissenschaftler überzeugt davon, dass es auch für den rheinland-pfälzischen Landeshaushalt keine Alternative zu einer strikten Konsolidierungspolitik



Dr. Carsten Kühl, Finanzminister von Rheinland-Pfalz

Fotos: Uni-Speyer

des nicht realisiert werden dürften, obwohl auch ihre Rentierlichkeit leicht nachzuvollziehen sei, oder wenn – in einem anderen Bereich – durch eine Senkung der Mehrwertsteuer seitens des Bundes das Zahlenwerk eines Landeshaushaltes aus dem Gleichgewicht gerate, darauf aber wegen der Schuldenbremse nicht mehr reagiert werden dürfte, dann würde dieses Werkzeug zur Konsolidierung

eindeutig seinen Zweck verfehlen.

Das Land Rheinland-Pfalz habe deshalb als Mittel zur Reaktion auf die „finanzpolitische Realität“ in genau definierten Fällen die Möglichkeit von „Strukturanpassungskrediten“ in die Gesetzgebung aufgenommen. Diese müssten allerdings wirklich rigide gehandhabt werden, betonte der Minister und verwies darauf, dass das Misstrauen in der Bevölkerung gegen solche Maßnahmen auch darin begründet liege, dass die ja schon in den sechziger Jahren in die Verfassung aufgenommene Schuldenbegrenzung nur zu leicht ausgehebelt und umgangen werden konnte.

Insgesamt glaubt der Minister aber in unserer Gesellschaft ein grundsätzlich gesteigertes Bewusstsein für die Notwendigkeit von Konsolidierungsmaßnahmen erkennen zu können. Das habe sich auch bei dem Beschluss der Landesregierung über Beamtenbesoldung gezeigt, die in den nächsten fünf Jahren – unabhängig von Tarifvereinbarungen im Öffentlichen Dienst – nur um jährlich ein Prozent ansteigen werde. Dies habe zwar bei den Betroffenen selbst zu verständlichem Missfallen geführt, werde aber allgemein – gerade auch in anderen Bundesländern – mit großem Interesse verfolgt.

Mit Blick auf die schon heute absehbare demografische Entwicklung sprach sich Minister Dr. Kühl für die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer aus, die er im Vergleich zur Erhöhung von Verbrauchssteuern angesichts der Besitzverteilung in unserer Gesellschaft als die gerechtere Maßnahme bezeichnete. Damit könnten nämlich diejenigen zu Steuerleistungen herangezogen werden, die angesichts ihrer Besitzverhältnisse diese auch tragen könnten.

In diesem Zusammenhang wies er noch auch ein weiteres, durch die Veränderung der Demografie



Der Rektor, Univ.-Prof. Dr. Joachim Wieland, bei der Semestereröffnung an der „Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer“

gebe, sei doch die derzeitige Eurokrise auch zu einem erheblichen Teil der Finanzkrise der öffentlichen Haushalte geschuldet.

Mit der auch für das Land Rheinland-Pfalz eingeführten

„Schuldenbremse“, die bis zum Jahr 2020 eine Reduzierung der Neuverschuldung „auf Null“ vorschreibe und der vom Landesparlament Verfassungsrang eingeräumt worden sei, habe man jetzt „ein scharfes Schwert“ in der Hand, das allerdings auch den Nachteil einer vielfach mangelnden Praktikabilität in sich berge.

Minister Dr. Kühl zeigte anhand von Beispielen auf, wo sich die Schuldenbremse durchaus hemmend und kontraproduktiv auswirken könne: Wenn die Schuldenbremse es z. B. unmöglich machen würde, im Zuge der Energiewende staatlicherseits Stromnetze aufzubauen, um die Windenergie von Norden nach Süden zu leiten – Investitionen, die sich sicher schon nach wenigen Jahren amortisieren – wenn energetische Sanierungsmaßnahmen an großen Gebäuden nur wegen ihres hohen Aufwan-



Semesterauftakt in der Aula

hervorgehobenes Problem hin: Auf den Anstieg der Pensionsleistungen. Denn in den kommenden Jahren müsse allein das Land Rheinland-Pfalz seine diesbezüglichen Aufwendungen um jährlich 110 Mio. Euro steigern – ein weiteres, durchaus heute schon vorhersehbares Kostenrisiko.

Weiter Risiken sieht Minister Dr. Kühl in den Bürgschaftserklärungen, die der Bund in der jüngsten Zeit für Drittstaaten innerhalb und außerhalb der EU abgegeben habe – Bürgschaften, von denen die Länder im Falle, dass sie gezogen werden müssten, mittelbar auch betroffen sein könnten, wenn der Bund dann auf „Steuersubstrat“ zugreifen müsse, das eigentlich den Ländern zustehe. Und schließlich wies er auch noch das Risiko hin, das in den derzeit extrem niedrigen Zinsen begründet liege. „Sollte es zu einer überbordenden Inflation kommen – was ich zwar nicht glaube – dann wird dem durch eine Zinserhöhung entgegen-gesteuert werden müssen“, warnte der Referent. Aber auch ohne eine solche Entwicklung „wird die Krise irgendwann beendet sein. Dann müssen wir auch bei den Zinsen wieder zur Normalität zurückkehren“, stellte der Minister fest. Angesichts seiner Verschuldungslage bedeute dies allein für den Bund für jedes Prozent gestiegener Zinsen zusätzliche Aufwendungen von 20 Milliarden Euro pro Jahr.

„In all dem steckt noch viel Sprengstoff“, schloss der Finanzminister seine Ausführungen und mahnte: „Die Qualität des öffentlichen Handelns wird sich deshalb auch daran orientieren, ob und wie die Konsolidierung gelingt“. Allein Leistungen zu streichen, sei daher keine probate Lösung. Denn – so Kühl's Fazit: „Ein starker Staat beweist sich vor allem daran, wie er mit den Schwächsten in seiner Gesellschaft umgeht“.

Zu Beginn des Vortragsabends hatte der Rektor der Speyerer Universität, Prof. Dr. Joachim Wieland, bereits die zahlreichen Gäste begrüßt, unter ihnen viele Vertreter benachbarter Hochschulen, Behörden und Gerichte. Besonders herzlich begrüßte er in der Mitte des Kollegiums den neu ernannten Lehrstuhlinhaber für Verwaltungswissenschaften, Prof. Dr. Michael Bauer und die in diesen Tagen frisch habilitierte Wirtschaftswissenschaftlerin, Privatdozentin Dr. Rahel Schomaker.

Rektor Wieland skizzierte sodann die Vita des Referenten Dr. Carsten Kühl, der nach Tätigkeiten im Mainzer Wissenschafts- und im Wirtschaftsministerium 2009 zum Finanzminister ernannt wurde – „eine der wenigen positiven Folgen der Nürburgring-Affäre“, wie Prof. Dr. Wieland ironisch anmerkte.

Und noch eine Neuigkeit gibt es von diesem Tag zu vermelden: Erstmals wurde eine Semestereröffnungsfeier an der Speyerer Universität musikalisch durch einen Chor umrahmt: Das „PalatinaKlassik



Das PalatinaKlassik Vokalemsemble unter der Leitung von Prof. Leo Krämer

Vokalemsemble“ unter der Leitung seines Gründers Prof. Leo Krämer – in der Woche zuvor noch mit einem eindrucksvollen Gedenkkonzert zum 9. November in der Universität zu Gast – eröffnete den Abend mit dem stimmungsvollen Mendelssohn-Satz „Oh Täler weit, oh Höhen“ nach Joseph von Eichendorff. Und da man zu einem solchen Abend durchaus auch ein Geschenk mitbringen sollte – so Prof. Krämer – habe er für das traditionelle Studentenlied „Gaudeamus igitur“ einen vierstimmigen Liedsatz komponiert, den er der Universität und ihrem Rektor gewidmet habe. „Ein schönes Geschenk“, freute sich da Prof. Dr. Wieland – „und das schönste: Ich muss es dem Ministerium weder melden noch gar abliefern“.

Die Angelegenheiten der Religionsgemeinschaften

Am Abend des 16. Januar 2013 konnte der Rektor zahlreiche Gäste, darunter den Vizepräsidenten des Bundesverfassungsgerichts Karlsruhe Univ.-Prof. Dr. Ferdinand Kirchhof, an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer begrüßen, die seiner Einladung zu einem Abendvortrag gefolgt waren. Der Ehrengast des Abends, Univ.-Prof. Dr. Bernhard Schlink, widmete sein Referat den Angelegenheiten der Religionsgemeinschaften. Nach seiner Begrüßung der Gäste stellte der Rektor zunächst Schlink vor. Nach dem Studium der Rechtswissenschaft in Heidelberg und Berlin sowie nach Abschluss seiner Promotion und Habilitation übernahm Bernhard Schlink 1982 in Bonn eine Professur für Öffentliches Recht, bevor er 1991 an die Universität Frankfurt wechselte. Von 1992 bis zu seiner Emeritierung 2009 hatte er dann an der Humboldt-Universität Berlin einen Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Rechtsphilosophie inne. 1987 bis 2006 war Schlink Richter am nordrhein-westfälischen Verfassungsgerichtshof. 2005 vertrat er die Bundesregierung im Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht über die Klagen zweier Bundestagsabgeordneter gegen die Entscheidung des Bundespräsidenten, den Bundestag aufzulösen und Neuwahlen festzu-

setzen. 1987 trat Schlink als Mitautor des Kriminalromans „Selbs Justiz“ in die literarische Öffentlichkeit. Es folgten mehrere Publikationen, darunter der mit dem Friedrich-Glauser-Preis ausgezeichnete Kriminalroman „Die gordische Schleife“ und der mit dem Deutschen Krimipreis ausgezeichnete Roman „Selbs Betrug“. Sein bekanntestes Werk ist der 1995 erschienene und mit zahlreichen internationalen Preisen ausgezeichnete Roman „Der Vorleser“, der 2008 verfilmt wurde.



Univ.-Prof. Dr. Bernhard Schlink

Fotos: Uni Speyer

Schlinks literarisches Oeuvre behandelt oft den Komplex Recht und Gerechtigkeit, wobei sich das Gesetz manchmal als ein unpassendes Instrument für die Herstellung von Gerechtigkeit erweisen kann.

Ausgehend von alltagssprachlichen Befunden beleuchtete Schlink in seinem Vortrag zunächst den verfassungsrechtlichen Begriff, bevor er sich der Maßgeblichkeit des kirchlichen Selbstverständnisses zuwandte.

Hier zeigte er auf, dass es sich bei der Kontroverse um die Maßgeblichkeit des kirchlichen Selbstverständnisses um eine Scheinkontroverse handelt. Dass die Kirchen frei sind, die Wahl der Aufgaben, die sie in der Welt verfolgen, an ihrem Selbstverständnis zu orientieren, verstehe sich von selbst, da jedermann die Freiheit habe, die Aufgaben zu verfolgen, die seinem Selbstverständnis entsprechen.

Eingehend beleuchtete er dann das selbständige Ordnen und Verwalten der Angelegenheiten der Religionsgesellschaften: Hier zeigte Schlink auf, dass die Forderung nach besonderen kirchlichen Gestaltungen des Rechts unproblematisch ist, solange sie ihre Erfüllung in der Nutzung der Freiräume findet, die das Arbeits-, Miet- und Kaufrecht dem Belieben der Vertragsparteien lässt, und würdigte dann die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und die allgemeine Entwicklung der Rechtsprechung in diesem Zusammenhang. Eingehend wandte er sich dann der in der



Auditorium beim Abendvortrag

arbeitsgerichtlichen Rechtsprechung und im staatskirchenrechtlichen Schrifttum gegenwärtig erörterten Forderung zu, die Kirchen müssten einen sogenannten Dritten Weg verfolgen und bei ihren Arbeitsbeziehungen das Leitbild einer kirchlichen Dienstgemeinschaft zur Geltung bringen und das kollektive Arbeitsrecht entsprechend besonders gestalten dürfen. Dieser sogenannte Dritte Weg kenne keine Arbeitskämpfe, keine Streiks, keine Aussperrungen, keine Tarifverhandlungen und keine Tarifverträge mit den Gewerkschaften.

In seiner Conclusio zeigte Schlink dann auf, dass das Verständnis des Rechts der Religionsgesellschaften, ihre Angelegenheiten selbständig zu ordnen und zu verwalten, eine eigentümliche Entwicklung durchlaufen hat. „Es wurde als Recht gestiftet, das die Kirchen aus ihrer zugleich privilegierenden und bevormundenden staatlichen Abhängigkeit in die Selbstständigkeit eines gesellschaftlichen Verbands im Genuss der bürgerlichen Freiheiten, besonders der Religionsfreiheit, und im Zaum der bürgerlichen Pflichten entlassen sollte. In den Forderungen des staatskirchenrechtlichen Schrifttums und in obiter dicta des BVerfG wurde es in ein Recht verwandelt, das den Kirchen als dem Staat ähnlichen Größen von einzigartiger Qualität und Legitimation ein Verfügungsrecht über die gibt, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben brauchen.“ Dieses Verständnis sei aus der Nachkriegsvorstellung entstanden, die Kirchen besäßen eine andere Qualität und Legitimität als andere gesellschaftliche Verbände, weil sie das Dritte Reich anders als diese integer überstanden hätten. Ebenfalls sei es entstanden in einer Gesellschaft, in der tatsächlich beide, Kirche und Staat, den Menschen als Ganzes in allen Feldern seiner Betätigung und seines Verhaltens ansprachen, weil nahezu jeder Mensch Staatsbürger und Kirchenmitglied gewesen sei. „Die Usurpierung der Angelegenheiten derer, denen die Kirchen bei Besorgung ihrer Angelegenheiten begegneten und die sie für deren Besorgung brauchten, traf meistens Kirchenmitglieder, und was die Kirchen als von ihrem Selbstverständnis gefordert für nötig hielten, konnte auf die Akzeptanz von Politik und Justiz, die sich ebenfalls meistens aus Kirchenmitgliedern rekrutier-



Die angeregte Diskussion mit dem Referenten wurde vom Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts Karlsruhe, Univ.-Prof. Dr. Ferdinand Kirchhoff (l.) noch in der Aula eröffnet ...



... und dann bei Wein und Brezeln fortgeführt

ten, rechnen“. Es bedürfe nicht der Ausführung der Probleme und Konflikte, zu denen der usurpatorische Begriff der Angelegenheit, wenn er nicht mehr nur den Kirchen, sondern Religionsgesellschaften aller Art zugute käme, führen könnte. Es genüge, dass die Nachkriegsvorstellung von der Rolle der Kirchen im Dritten Reich einer differenzierteren Sicht gewichen und die Zahl der Kirchenmitglieder drastisch gesunken sei. Der weite Begriff der Angelegenheit usurpiere nicht mehr die Angelegenheiten fast nur von Kirchenmitgliedern und treffe in Politik und Justiz nicht mehr auf die Resonanz fast nur von Kirchenmitgliedern. Gestimmt habe er nie, er habe lediglich in den Geist der Zeit gepasst.

Repräsentation und Partizipation: Neue Gestaltungsoptionen der Demokratie

Antrittsvorlesung von Dr. Cristina Fraenkel-Haeberle

Repräsentation und Partizipation: Neue Gestaltungsoptionen der Demokratie lautete das Thema der Antrittsvorlesung von Privatdozentin Dr. Cristina Fraenkel-Haeberle am 12. Dezember 2012, mit der sie sich einerseits der Universität vorstellte und andererseits ihr Habilitationsverfahren förmlich abschloss.

Bereits am 23. Juli 2012 war ihr vom Senat der Universität für ihre von den

Univ.-Professores Dres. Karl-Peter Sommermann, Sabine Kropp und Francesco Palermo (Universität Verona) begutachtete Habilitationsschrift „Die Universität im Mehrebenensystem zwischen nationaler Differenzierung und grenzüberschreitender Harmonisierung - von der Ordinariuniversität zu neuen Steuerungsmodellen“ und nach einem Probenvortrag und Probekolloquium die Venia für „Öffentliches Recht, Rechtsvergleichung und Verwaltungswissenschaft“ verliehen worden.

Fraenkel-Haeberle hatte zunächst ein Dolmetscherstudium an der Universität Triest in den Sprachen Deutsch und Französisch 1989 abgeschlossen. An der Europäischen Akademie in Bozen (EURAC) lernte sie dann über die Übersetzung juristischer Texte die Rechtswissenschaft kennen, deren Studium sie dann 1996 an der Universität Trient mit Bestnote abschloss. 2002 folgte dann mit summa cum laude ihre Promotion an der Universität Innsbruck mit den Prüfungsfächern Verwaltungsrecht, Verfassungsrecht und Europarecht.

Ab 2003 war sie dann Mitarbeiterin für das Fach deutsches und vergleichendes Verwaltungsrecht („cultrice della materia“) am Lehrstuhl für Verwaltungsrecht von Prof. Giando-

menico Falcon und von Frau Prof. Daria de Pretis an der Universität Trient sowie seit 2006

Senior Researcher am Institut für Regionalismusforschung der EURAC Bozen.

In dieser Zeit leistete sie in Italien wichtige Beiträge in multiuniversitären Forschungsprojekten von gesamtstaatlichem Interesse mit einer Finanzierung des italienischen Forschungsministeriums. Hierzu gehör-

ten z. B. die Projekte Das Verwaltungsrecht in den europäischen Staaten zwischen gemeinschaftsrechtlicher Homogenisierung und kulturellen Unterschieden, Regelung und Funktion des Verwaltungsverfahrens in der europäischen Rechtsgestaltung, Bestandskraft des Verwaltungsaktes und Verwaltungsrechtsschutz und Die Verwaltungsjustiz über das öffentliche Vergabewesen in Europa sowie zahlreiche Vorhaben der Europäischen Akademie.

Zahlreiche Publikationen und Herausgeber-schaften widmete Faenkel-Haeberle den Themenkreisen Selbstkontrollbefugnis und schutzwürdiges Vertrauen, Rechtsschutz bei Untätigkeit von Verwaltungsbehörden, der Entwicklung des Wahlrechts und dem Verwaltungsrechtsschutz im öffentlichen Vergabewesen in Österreich. Oftmals wandte sie sich auch rechtsvergleichenden Fragestellungen zu wie z. B. dem Proporz und Majorz in Italien unter Berücksichtigung deutscher und spanischer Vorbilder oder den Konvergenzen und Divergenzen zwischen dem deutschen, dem österreichischen und dem italienischen Recht.



Neu an der Universität: PD Dr. Cristina Fraenkel-Haeberle Foto: Uni Speyer

Neu an der Universität: Univ.-Prof. Dr. Michael W. Bauer

Am 1. Oktober 2012 konnte Univ.-Prof. Dr. Joachim Wieland als Rektor der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer den neuen Inhaber des Lehrstuhls für Verwaltungswissenschaft Univ.-Prof. Dr. Michael W. Bauer begrüßen.

Der 1969 in Mannheim geborene studierte Sozialwissenschaften, Deutsche Philologie und Neuere Deutsche Geschichte an den Universitäten Mannheim, Frankfurt am Main und Wien. Sein Diplomstudium für Sozialwissenschaften

schloss er an der Humboldt-Universität zu Berlin ab. Anschließend erwarb er am Europakolleg Brügge den Master of Arts für Europäische Politik und Verwaltungswissenschaften, bevor er am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz promovierte. Es folgte eine Post-Doc-Stelle am Max-Planck-Institut zur Erforschung von Gemeinschaftsgütern in Bonn. Umfangreiche praktische Erfahrungen sammelte er 2003 und 2004 als Referent für Grundsatzfragen der europäischen Einigung in der Europaabteilung der Hessischen Staatskanzlei, bevor er von 2004 bis 2009 als wissenschaftlicher Assistent (C1) an den Lehrstuhl für vergleichende Policy-Forschung und Verwaltungswissenschaft am Fachbereich Politik- und Verwaltungswissenschaft der Universität Konstanz wechselte. Für diesen Lehrstuhl übernahm er nach seiner 2008 erfolgten Habilitation mit der Lehrbefugnis für Politik- und Verwaltungswissenschaft 2008 und 2009 die Lehrstuhlvertretung.

2009 nahm Bauer den Ruf auf eine Professur für Politik und Verwaltung am Institut für Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin an, nachdem er zwei Rufe auf eine Professur für Verwaltungswissenschaft an die Universität Konstanz und auf eine Professur für vergleichende Regierungslehre an die Christian-Albrechts-Universität Kiel abgelehnt hatte. Bauer

konnte zahlreiche wichtige nationale und internationale Stipendien, wie beispielsweise das Robert-Schuman-Stipendium des Europäischen Par-

laments, ein Stipendium des Bundesministeriums für Wissenschaft und Kunst am Europa-Kolleg Brügge sowie Doktorandenstipendien des Deutschen Akademischen Austauschdienstes und des Europäischen Hochschulinstituts Florenz sowie des Eliteförderprogramms der Landesstiftung Baden-Württemberg gewinnen. Als Verwal-



Übergabe der Ernennungsurkunde an Univ.-Prof. Dr. Michael W. Bauer durch den Rektor der Universität Speyer, Univ.-Prof. Dr. Joachim Wieland

Foto: Uni Speyer

tungswissenschaftler hat Bauer ein hervorragendes Renommee und eine herausragende internationale Sichtbarkeit. Dies zeigt sich nicht nur in der Vielzahl seiner wissenschaftlichen Publikationen in den Bereichen des Organisationswandels von Verwaltungen, Umweltverwaltung, Regieren und Verwalten in Mehrebenensystemen, europäische Verwaltung und Gerichtsbarkeit, sondern insbesondere auch in den von ihm eingeworbenen Forschungsprojekten. Bauer ist Sprecher bzw. Mitglied der Permanent Study Group on EU Administration and Multilevel Governance innerhalb der European Group for Public Administration und der Deutschen Sektion des International Institute of Administrative Sciences (IIAS). Darüber hinaus ist er Direktor des Centre of Excellence for the Study of Public Administration and Management (CEPAM) und arbeitet als Gutachter für zahlreiche international renommierte Zeitschriften, wie z. B. die International Review of Administrative Sciences, Public Administration, West European Politics und das Journal of European Public Policy.

Bauers Lehre befasst sich inhaltlich stark mit Regierung und Verwaltung in Deutschland und Europa, verwaltungswissenschaftlichen Theorien, empirischer Verwaltungsforschung und Policy Analyse, Steuerung und Governance im öffentlichen Sektor.

Eine Feier – drei Anlässe: Institutseröffnung, Verleihung der Ehrendoktorwürde und Übergabe der Urkunden „Master of Public Administration“

Bereits seit dem Jahr 2009 bietet die georgische Ivane Javakhishvili Staatsuniversität in Tiflis (TSU) in Kooperation mit der Uni Speyer ein gemeinsames zweijähriges Masterprogramm „Public Administration“ für zukünftige Fach- und Führungskräfte der georgischen Verwaltung an. Das den Bologna-Kriterien entsprechende, interdisziplinäre Studienprogramm wird von der Volkswagen-Stiftung unterstützt und ist speziell für die Bedürfnisse vor Ort konzipiert.



Verleihung der Mastertitel

Fotos: Uni Speyer

Am 12. Februar 2013 konnte nicht nur fünf weiteren Studierenden der Mastertitel verliehen werden, sondern mit der feierlichen Eröffnung des „Instituts für Verwaltungswissenschaften“ hat die erfolgreiche Partnerschaft eine neue Ebene erreicht. Gründungsmitglieder des Instituts für Verwaltungswissenschaften sind neben der TSU und der Uni Speyer die georgische Regierung. Das Institut gibt

dem Masterprogramm „Public Administration“ einen institutionellen Rahmen. Darüber hinaus möchte man gemeinsam Doktoranden betreuen sowie Trainings und Weiterbildungen für Beamte und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes anbieten. Es ist geplant, das Institut als ein interdisziplinäres wissenschaftliches Zentrum der Verwaltungswissenschaften im Südkaukasus zu etablieren. Organisatorisch ist das Institut an der juristischen Fakultät der TSU angesiedelt, die es auch mit ihrem Haushalt finanziell unterstützt. „Die Idee für die Gründung des Instituts hatten wir bereits auf der gemeinsamen Summer School im Jahr 2011 in Speyer“, so der Dekan der juristischen Fakultät Herr Professor Irakli Burduli. „Wir haben dann intensiv an der Planung und der Institutsordnung gearbeitet. Das Institut ist ein Resultat der engen und erfolgreichen Zusammenarbeit der beiden Universitäten in den letzten Jahren. Mit dem Finanzministerium als weiterem Gründungsmitglied haben wir endlich einen passenden Partner gefunden“, sagt Herr Univ.-Prof. Dr. Andreas Knorr. Sehr gefreut hat man sich auch darüber, dass man den ehemaligen Rektor der TSU und Initiator des Masterprogramms Herrn Professor Giorgi Khubua als akademischen Direktor des Instituts für Verwaltungswissenschaften gewinnen konnte. Gemeinsam mit dem wissenschaftlichen Koordinator des Masterprogramms von deutscher Seite und dem damaligen Rektor der Uni Speyer Herrn Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Karl-Peter Sommermann wurde die Kooperation 2009 ins Leben gerufen und das gemeinsame Masterprogramm umgesetzt. In dem Studienprogramm unterrichten insgesamt fast 30 Dozenten von georgischer und deutscher Seite, daran beteiligen sich auch viele Lehrstühle der Uni Speyer. Besonders bewährt hat sich dabei das sogenannte Tandemformat, bei dem ein Unterrichtsfach gemeinsam von einem Dozenten von deutscher und einem von georgischer Seite vorbereitet und unterrichtet wird.

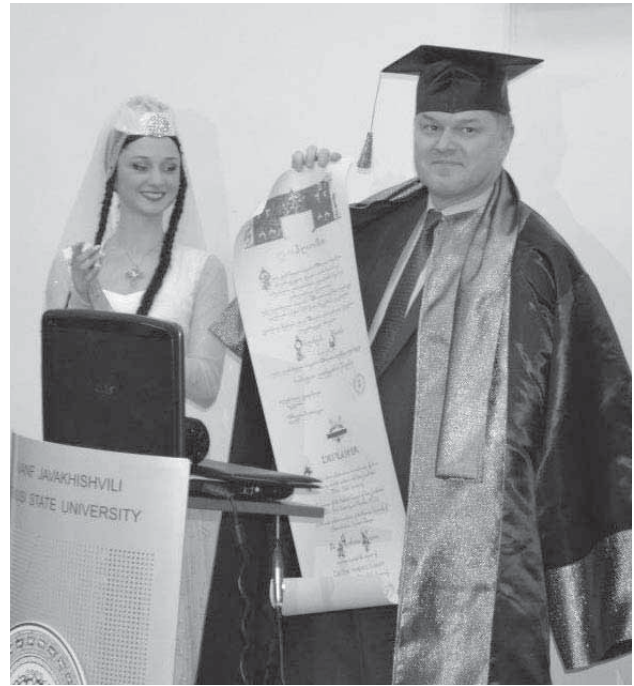
Herr Univ.-Prof. Dr. Andreas Knorr überbrachte die Grußworte des Rektors und der KollegInnen der Uni Speyer und der VolkswagenStiftung. Ihm wurde für sein großes Engagement und seine Verdienste im Rahmen der Universitätspartnerschaft die Ehrendoktorwürde der TSU verliehen. Seinen wissenschaftlichen Vortrag „When politics meets economics: The very predictable EURO crisis“ verfolgte das Publikum von an die 100 Zuhörern ge-



Gründung des Instituts für Verwaltungswissenschaften

spannt. Die wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen der EU, nicht zuletzt auch verbunden mit dem Wunsch, selbst der EU einmal beizutreten, sind in Georgien ein sehr aktuelles Thema. In vielen Bereichen orientiert sich das Land an den westlichen Vorgaben und Standards.

Die große Bedeutung der Universitätspartnerschaft und des sich rasch in Georgien etablierten Masterprogramms „Public Administration“, für dessen zweiten Jahrgang die TSU über 90 Bewerbungen auf die 25 zur Verfügung stehenden Studienplätze erhielt, sowie der Aufbau des gemeinsamen Instituts für Verwaltungswissenschaften mit der Beteiligung der georgischen Regierung wurde auch anhand der Gäste und Journalisten an diesem Tag sehr deutlich. Die Feierlichkeit wurde mit der Begrüßung durch den Rektor der TSU Herrn Alexander Kvitashvili eröffnet, weitere Reden wurden von dem Finanzminister Herrn Nodar Khaduri und dem Minister für Infrastruktur und Regionales Herrn Davit Narmania, der in dem Masterprogramm als Tandempartner von Professor Knorr unterrichtet, gehalten. Herr Dr. Guido Müntel von der Deutschen Botschaft und Herr Dr. Volker Stampe von der GIZ überbrachten ebenfalls Glückwünsche und sicherten ihre Unterstützung und die Zusammenarbeit mit dem Institut zu. Die fast zweistündige Veranstaltung endete mit einem Empfang im historischen ersten Gebäude der TSU, bei dem die Gäste, unter ihnen auch viele Wissenschaftler und Mitar-



Verleihung der Ehrendoktorwürde der Ivane Javakhishvili Staatsuniversität in Tiflis (TSU) an Univ.-Prof. Dr. Andreas Knorr

beiter der Universitäten, Vertreter der georgischen Ministerien und anderer deutscher und internationaler Institutionen (EU, DAAD), Alumni und aktuelle Studierende des Masterprogramms den Abend gemeinsam ausklingen ließen.

Claudia Hipp

Rechtsstaatlichkeit, Freiheit und soziale Rechte in der Europäischen Union

Kolloquium zu Ehren von Detlef Merten anlässlich seines 75. Geburtstages

Gefördert von der Hanns Martin Schleyer-Stiftung im Rahmen ihrer Förderinitiative ‚Dialog Wissenschaft und Praxis‘ entfaltete sich in geradezu festlichem Rahmen des ruhmvollen ‚Deidesheimer Hofes‘ unter dem Generalthema „Rechtsstaatlichkeit, Freiheit und soziale Rechte in der Europäischen Union“ ein dichtes Programm; es war Höhepunkt und zugleich Schlussstein in der langjährigen Tradition der Deidesheimer Gespräche, in denen der Jubilar herausragende Träger der Staatsrechtslehre und ausgesuchte vielversprechende Talente und Repräsentanten des wissenschaftlichen Nachwuchses im Staats- und Verwaltungsrecht und den Verwaltungswissenschaften immer auch in den europäischen und internationalen Bezügen zusammenge-

bracht und in bemerkenswerten Diskussionsrunden aufeinander eingestimmt hat.

Den Reigen der Vorträge eröffnete Prof. Dr. Dres. h. c. Hans-Jürgen Papier, Präsident des BVerfG a. D., Ludwig-Maximilians-Universität München, zu „Verfassungsfragen der europäischen Integration“. Ihm war es um den rechtlichen Integrationskern zu tun, um die Wirkbedingungen europäischer Verfas-



Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Detlef Merten Foto: Uni Speyer

sungs- und Integrationsfähigkeit. Er vertrat die Un-
erlässlichkeit weiterer Integrationsschritte und hielt
einen Kompetenzausgleich für erforderlich. Derzeit
würden wir Zeugen nachgeholter Integrations-
schritte im Bereich der Wirtschafts- und Fiskalpoli-
tik. Der Weg über Art. 146 GG sei in der Diskus-
sion, im Grunde gehöre „alles auf den Prüfstand“.
„Programmbildung“ statt Verfassung samt aus-
ufernder Verfassungssyrik sei das Gebot der Stunde.
Einen Zerfall an der Überdimensionierung dürfe es
ebensowenig geben wie eine Europäische Union
ohne Volk; die weitere Vertiefung des EU-Bürger-
rechts bleibe daher ein wichtiger Diskussionspunkt.

Prof. Dr. Wolfgang Kahl, M. A., Ruprecht-Karls-
Universität Heidelberg, untersuchte „das Souveräni-
tätsverständnis des Bundesverfassungsgerichts im
Lichte von dessen neuerer Rechtsprechung“. Er-
scheinungsbild und Bewertung der maßgeblichen
Aussagen des Gerichts würden disparat bewertet,
reichend von abschirmend souveränitätsversessen
bis hin zur Akzeptanz ausgewogener Anerkennung
von völkerrechtlichen Bindungen und Souveräni-
tätsgarantie. Das Integrationsprogramm und ent-
sprechende Integrationsprozesse sollten helfen, den
Staatenverbund zu festigen, durchaus in einer ge-
wissen Abkehr vom rigiden Souveränitätsverständ-
nis, hin zu einer offenen EU-Freundlichkeit. Diese
ergebe verbunden mit dem Rücksichtnahmeprinzip
eine weichere ultra vires-Kontrolle. Von einem
„Ausliefern“ an die supranationale Ebene und ihre
Institutionen könne keine Rede sein. Ein Übergang
zur intergouvernementalen Dimension ist nur ein
Zwischenschritt. Souveränität als sperriger Grenzbe-
griff sei durchaus integrationsverantwortlich aus-
legbar und wirke eher im Sinne einer „Souveräni-
tätsleitplanke“. Der Verfassungs- und Verwaltungs-
verbund könnte in Zukunft dialektischer erschei-
nen. Gemeinsam ausgeübte Souveränitätsrechte
lassen einen Legitimitätswechsel weniger erwarten
als vielmehr ein schleichendes prozesshaftes Hin-
übergleiten in den Souveränitätswandel, im Rah-
men einer gewissen Staatsanalogie.

In der lebhaften Diskussion mahnte etwa Ferdinand
Kirchhof, wir sollten über das technische Europa
der Eliten hinauswachsen; erst das Spannungsfeld
Technizität versus Idee bringe die Europäische
Union voran; immer wieder erweise sich, dass die
Europäische Union mehr ist als die Summe der
Mitgliedstaaten. Friedensidee und Organisation ge-
hören hier zusammen; allen Krisen zum Trotz gebe
es ein Hinüberretten durch die Idee. Eine deut-
lichere Finalitätsstruktur ebenso wie die Bereit-

schaft zur freiwilligen Selbstunterwerfung seien
unverzichtbar. Vorsicht sei geboten vor einer inter-
gouvernementalen Aufweichung der Rechtsgemein-
schaft. Immer wieder komme es zu einander über-
holenden Rationalitäten; man denke nur an den
Spannungsbogen der Union als Rechtssetzungsge-
meinschaft und als Verwaltungsgemeinschaft; hin-
gewiesen sei auf das Wirken der Agenturen in der
Fläche, eingebettet in den verschiedenen Verwal-
tungskulturen.

Isensee nahm den Diskussionsfaden auf und vertrat
den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des
Rechts gegen Überreglementierung, gegen
Verängstigung, ja, gegen „Seelenlosigkeit“. Das
Bild vom Wachstum durch Pfusch am Bau dürfe
nicht der überwiegende Eindruck sein; Forderungen
nach regionaler Subsidiaritätsdebatte, die Fragen
des Parlamentsversagens – all dies schleichende
Entwicklungen, denen das *Pacta sunt servanda*
entgegengehalten werden müsse.

Prof. Dr. Christian Calliess, LL.M. Eur., Freie Univer-
sität Berlin, nahm „die Europäische Union als
Rechtsgemeinschaft“ zum Gegenstand seiner Aus-
führungen, fokussiert auf „Überlegungen vor dem
Hintergrund der Staatsschuldenkrise in der Eurozo-
ne“. Das Ideal der Solidarität im Gleichgewicht der
Rechte und Pflichten, im Sinne einer rechtsgeleite-
ten Solidarität, müsse Kern der Solidaritätsklausel
bleiben, auch verstanden als prozedurale Solida-
rität. Sie erweise sich – Art. 4 Abs. 3 EUV – in der
wechselseitigen loyalen Zusammenarbeit, in der
„Unionstreue“, in der Kooperation der Agenturen.
Durch die Wechselwirkung zwischen Recht und So-
lidarität kann sich Vertrauen weiter entwickeln und
in eine Stabilitätsgemeinschaft münden. Ob es
hierdurch zugleich zu einer Erosion der Rechtsgel-
tung kommen müsse, sei zweifelhaft; es überwiege
das Verständnis von der Rechtsgemeinschaft ver-
bunden mit dem Korrektiv bzw. der Sanktion in
Gestalt des Gerichtshofs der Europäischen Union.
Das Spannungsverhältnis von Art. 136 Abs. 3 AEUV
zu Art. 125 AEUV, als Regel-Ausnahme-System,
„wird strengen Auflagen unterliegen“. Dies gelte
für das Verhältnis vorübergehender Hilfen zum *no
bail out*-Prinzip. Solidarität dient auch der Wieder-
herstellung der Rechtsgemeinschaft; und umge-
kehrt kann es zu einem Nachführen der Rechtsge-
meinschaft an das solidarische Rationale kommen.
Ein Problem bleiben „Durchgriffsrechte“, wenn auf
nationaler Ebene die Haushaltsautonomie versagt.
„Auf dem Wege der Konsolidierung“ bedürfe es
weiterer Kompetenztransfers.

Prof. Dr. Hans Hugo Klein, Richter des BVerfG a. D., bezog zu dem staatspolitisch und verfassungsrechtlich bedeutsamen Dreiklang „Verfassungsgebung, Verfassungsrevision, Volksabstimmung“ Stellung.

Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Vassilios Skouris, Präsident des EuGH, nahm „die Unionsbürgerschaft in der jüngsten Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union in den Blick: Ziel und Konzept der Unionsbürgerschaft im Verhältnis zur Staatsbürgerschaft gehören ebenso in diesen Fragenkreis wie der Verlust der Unionsbürgerschaft, auch „unabhängig von der Staatsbürgerschaft“. Die Kriterien der Nationalität, der Staatsangehörigkeit, der Bürgerschaft, die rechtliche Situation der „Drittstaater“ gehören hierher. Begründet das *ius soli* den rechtmäßigen Aufenthalt? Kommt es zu einer weiteren Verselbständigung? Jedenfalls besteht die Notwendigkeit einer weiteren Aufwertung der Funktionen der EU-Bürgerschaft. Und der Verlust der Unionsbürgerschaft kann nicht in gleicher Weise wie deren Zuerkennung unionsrechtsneutral sein. Von einem rein mitgliedstaatsinternen Sachverhalt ist nicht mehr auszugehen. Die Weiterentwicklungsperspektive werde auch sekundärrechtlich unterfangen: durch die Freizügigkeitsrichtlinie (RL 2004/38). Das EU-Recht müsse auch als Legitimationsstifter gesehen werden; die Masseneinbürgerungen von Drittstaaten (vgl. in Portugal, Spanien) blieben nicht ohne Konsequenzen für die Unionsbürgerschaft; auch das Beispiel der britischen Staatsangehörigkeitsverleihung (vgl. Hongkong) in seiner durchaus ambivalenten Funktion als „Eintritt in die EU“ sei hier zu nennen.

Die Diskussion kreiste unter anderem um die Frage, inwieweit Erwerb und Ausübung der Unionsbürgerrechts die Voraussetzungen der Aufhebung verändern kann: Welche Vertrauenstatbestände lassen sich bilden?

Prof. Dr. Dr. h. c. Karl-Peter Sommermann, Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, widmete sich der Frage „Soziale Rechte in Stufen: Überwindung einer alten Debatte?“ und nahm den „gestuften Subjektivismus“ in den Blick und vertiefte die Diskussion um die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 9. Februar 2010. Die Fragen einer permanenten Befassungspflicht, der Verfahrens-/Transparenzkontrolle führten ihn weiter zu Problemen der Evidenz der sozialen Subjektivierung und zur Schutzpflichtendiskussion und zu den Grenzen der Prozeduralisierung im Gestaltungsauftrag an den Gesetzgeber. Hier gelan-

ge man mit dem Bundesverfassungsgericht zu einem inhaltlich aufgeladenen Sicherungsgedanken, nicht mehr nur als Recht auf ein Recht, sondern als bezifferter Anspruch ohne Ermessen. In der Diskussion wurden mögliche Vertrauensverluste sowie der Vorbehalt des Möglichen besonders artikuliert.

Prof. Dr. Ferdinand Kirchhof, Vizepräsident des BVerfG, Universität Tübingen, nahm zu den Fragen des Existenzminimums unter Finanzierungsvorbehalt behutsam Stellung, mit der Frage, wer die entsprechende Bewertung vornehmen dürfe – deutlich komme hier der Parlamentsvorbehalt zum Ausdruck. Evidenzkontrolle und Konsequenz-Wahrung seien hier vonnöten; der Gesetzgeber schuldet das Gesetz, nicht die Regierung. Den Gesetzgeber treffe die Darlegungslast. Zu den hiermit verbundenen Problemen zähle die Reichweite des Haushaltsvorbehalts ebenso wie die Frage, ob bzw. inwieweit der Staat Vertrauen zerstören dürfe, mit Blick auf Art. 14 GG; ferner, inwieweit sich Leistungsansprüche aus Freiheitsrechten sollten herleiten lassen – als Potenzial oder Gefahr? In der Diskussion betonte namentlich Isensee die „Darlegungslast“ des Gesetzgebers vor dem Bundesverfassungsgericht. In der Potenzialität und Anpassungsfähigkeit des Gesetzes, in seiner jederzeitigen Begründbarkeit lasse sich durchaus ein „Rationalitätsschub“ für den Gesetzgeber erzielen. Paul Kirchhof erinnerte an die Vielfalt der geldwertprägenden Faktoren in ihrem Spannungsverhältnis zur Eigentumsgarantie.

Prof. Dr. Siegfried Magiera, Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, nahm „Die Freizügigkeit und ihre Grenzen in der Europäischen Union“ in den Blick und setzte sich kritisch mit Leistungsfähigkeit und Leistungsgrenzen dieser elementaren unter den Grundfreiheiten der Europäischen Union auseinander, die im Zuge der EU-Osterweiterung besonderen Herausforderungen unterliegt. Prof. Dr. Dres. h. c. mult. Paul Kirchhof, Richter des BVerfG a. D., Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, akzentuierte „die Berufs- und Eigentumsfreiheit in der Bedrängnis des Finanzmarktes“, mit Blick auf den Staat als Darlehensnehmer bis hin zur krisenhaften, insolventen Zuspitzung in der Resolvenz, und fragte nach den Grenzen des Schutzes des Gemeinschuldners, nach einem entsprechenden Stabilitätskonzept. Das Reglement des AEUV sucht die Antwort darin, dass jeder Staat seine Verschuldung zu bewältigen suchen muss, auf die Gefahr einer Erhöhung des Abstands zum Recht hin. Hier geht es um das Einhalten der materiellen Bindungen ebenso wie um die Wahrung

der Eigenverantwortlichkeit. Ein erhebliches Maß an Selbstbescheidung tut Not; die Erwartungen an den Staat sind zu mäßigen; das Nachhaltigkeitsargument gewinnt auch hier weiter an Bedeutung. Jedenfalls kommt es darauf an, die rechtlichen Bindungen zu erhalten, auch angesichts des Primats der Politik dürfe der Boden des Rechts nicht verlassen werden. In diesem Lichte seien das Pringle-Urteil des EuGH und der Wirkungsbereich von Art. 123 AEUV zu hinterfragen.

Prof. Dr. Dr. Dr. h. c. mult. Georg Ress, Richter am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte a. D., beleuchtete „die EMRK und die Margin of Appreciation - Zugleich Bemerkungen zur negativen Religionsfreiheit anlässlich des Urteils im Fall Lautsi ./ Italy. Deutlich werde das Subsidiaritätsargument in dem Sich-Zurücknehmen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, wenn die Mitgliedstaaten sich in ihrer Rechtsprechung angleichen, wie dies in der Formel von der „gewandelten Praxis in den Vertragsstaaten“ sich ausgeprägt finde. Hinzuweisen sei auf die Transsexualitätsrechtsprechung, auf Art. 8 EMRK und Akzeptanz der Folgewirkungen, auf die Diskussion um negative Grundrechtspositionen; es gehe um Entsagungsfreiheit, nicht: Untersagungsfreiheit; auch die Diskussion um die Grenzen der inneren Ordnung der Kirchen - vor allem mit Blick auf das Streikrecht - gehöre hierher. Margin of Appreciation erweise sich hier als Argumentationsverzicht. Im Übrigen: Es gebe keinen Konkurrenzschutz der Weltanschauungen. In der Entscheidung der Großen Kammer des Gerichtshofs in der Rechtssache Hurst ./ England sei die Forderung nach einer Ergänzung der EMRK um die margin of appreciation aufgekommen; hinzuweisen sei auf ihre „Doppelgesichtigkeit“, mit Blick auf weitere Fälle hochsensibler Rechtspositionen, etwa im Bereich der Präimplantationsdiagnostik, im Bemühen um den Konsens der Staaten, im Diskussionsfeld, das durch den Stand der Forschung, politische Konsensbildung und nicht zuletzt auch durch die Bemühungen der Rechtsvergleichung bei immerhin 47 Vertragsstaaten gekennzeichnet werde.

Prof. Dr. Kirsten Schmalenbach, Universität Salzburg, beleuchtete den „Grundrechtsschutz in Zeiten der globalen Terrorismusbekämpfung“ Der Fall Kadi und seine Folgen boten den konkreten Anlass für einen kritischen Blick auf das Sanktionsregime der Vereinten Nationen. Welche Bedeutung und welche Legitimation kommen der gezielten Sanktion zu? Wie soll der Förderung der Menschenrechte angesichts der Herausforderungen durch den

internationalen Terrorismus Genüge getan werden? Wurde im Lichte des Menschenrechtsanspruchs, im Spannungsfeld von Individuum und Organisation der Menschenrechts-Schutzauftrag angemessen wahrgenommen? Menschenrechts-Mängel, wie etwa das Fehlen unabhängiger Sanktionsgerichte oder die Etablierung eines Sanktionsausschusses ohne Anhörungsrecht, lassen sich beheben oder zumindest durch eine Ombudsperson unterfangen. Im Einzelnen wird anhand der Nachzeichnung des Falls Kadi gGg ein Grenzgang entlang der Rechtsschutzdefizite in diesem Konfliktbereich unternommen, mit den Entscheidungen des EuG im Jahr 2005, des EuGH im Jahr 2008, der neuerlichen Befassung des EuG im Jahr 2010 und der anstehenden EuGH-Entscheidung. Die zur Abwägung gestellten Argumente
(EU-Vertrag: kein Vorrang des Völkerrechts
Art. 6 AEUV ./ Art. 351 AEUV
EMRK und UN-Charta: Voraussetzungen
Dualistische Sicht
Vgl. NADAR-Urt.
Vgl. EGMR Blagogevic
UN-Primärrechtsentwicklung)
erlauben die Forderung nach einem (effektiven) mitgliedstaatlichen Rechtsschutz, soweit und solange eine Überprüfung nach Maßgabe des Völkerrechts auf der Ebene der Vereinten Nationen fehlt.

In seinem Schlusswort dankte Professor Merten allen, die an der Veranstaltung teilgenommen hatten, machte aber zum Leidwesen aller Versammelten auch deutlich, dass hier eine entwickelte Form des wissenschaftlichen Austauschs und der zugleich akademischen Schulung ihren Endpunkt gefunden habe, nicht - kaum bedarf es einer besonderen Betonung - der weiteren Diskurse innerhalb des versammelten Kreises und darüber hinaus. Dank und Anerkennung galten und gelten in gleichem Maße aber auch den großzügigen und umsichtigen Gastgebern dieser Festversammlung: Christiane und Detlef Merten.

Christian Koch

Gewaltenteilung im Verfassungsstaat – Grenzüberschreitungen und Konfliktlösungen

Ehrensymposium zum 70. Geburtstag von Professor Dr. Gebauer

Am 12. Oktober 2012 fand an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer unter der wissenschaftlichen Leitung der Universitätsprofessoren Dres. Siegfried Magiera und Karl-Peter Sommermann ein Symposium zum Thema „Gewaltenteilung im Verfassungsstaat – Grenzüberschreitungen und Konfliktlösungen“ – zu Ehren von Prof. Dr. Klaus-Eckart Gebauer statt.

Die Veranstalter konnten mit Herrn Ministerialdirektor beim Deutschen Bundestag Dr. Horst Risse, Herrn Richter des Bundesverfassungsgerichts a. D. Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Siegfried Broß, Herrn Direktor beim Deutschen Bundestag a. D. Prof. Dr. Wolfgang Zeh, Herrn Staatssekretär a. D. Dr. Götz Wewer und Univ.-Prof. Dr. Dr. Klaus König renommierte Weggefährten Gebauers als Referenten gewinnen. Gebauer selbst trug zu der Veranstaltung mit einem Referat zum Thema „Konsensfindung in und zwischen Verfassungsorganen: ein Erfahrungsbericht“ bei.

Der 1941 in Bochum geborene Klaus-Eckart Gebauer promovierte nach seinem Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Freiburg, Berlin und Münster 1969 mit einer Dissertation über verfassungs- und völkerrechtliche Probleme bei Vertragsverhandlungen einer Landesregierung mit der DDR. Seine berufliche Karriere begann er im Grundsatzreferat für innerdeutsche Beziehungen des Bundesinnenministeriums. Weitere Stationen waren die Verhandlungsdelegation des Bundeskanzleramtes und anschließend die Bundesakademie für öffentliche Verwaltung. Weitere wichtige Erfahrungen sammelte er als wissenschaftlicher Mitarbeiter des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Dr. Ernst Benda, bevor er in den rheinland-pfälzischen Landesdienst wechselte. Hier leitete er in der Staatskanzlei in der Abteilung Gesetzgebung das Referat Bundes- und Landesangelegenheiten und war 1981/82 mitzuständig für die Geschäftsführung des rheinland-pfälzischen Vorsitzes der Ministerpräsidentenkonferenz. Er zeichnete sich weiterhin aus beim Aufbau einer Arbeitsgruppe „Grundsatzfragen der Regierungsarbeit (für Analysen, Programme und Bilanzen der Landesregierung, Technologiekommission, Bioethikkommission), bevor er 1988 die Leitung der Ableitung „Gesetzge-

bung und Verwaltung“ übernahm, der die Gesamtkoordinierung in Landes-, Bundes- und Europaanlässen oblag und die Spiegelreferate für sämtliche Ressorts sowie Referate mit Sonderaufgaben umfasste. 2002 wurde Gebauer dann zum Direktor des rheinland-pfälzischen Landtages ernannt.

An der Universität Speyer übernahm er 1995 vom Ministerpräsidenten zum Honorarprofessor ernannte Gebauer im Wintersemester 1980/81 seinen ersten Lehrauftrag. Es folgten Lehrveranstaltungen zu verschiedensten Themenkreisen wie z. B. Interessensvertretung im föderalen System, Ministerialverwaltung oder zur Funktionsweise von Regierungszentralen. Die Schwerpunkte von Gebauers Lehr- und Forschungstätigkeit waren neben Fragen der Organisation der Ministerialverwaltung und der Funktionsweise von Regierungszentralen insbesondere Themenfelder des Föderalismus und des Verhältnisses von Bund, Ländern und Europäischer Union. Er verfasste eine Vielzahl einschlägiger Publikationen in den Bereichen Regierungslehre, Ministerialverwaltung sowie Verfassungsrecht und setzte sich darüber hinaus mit den Themen Verwaltungsorganisation, Sozialrecht, Soziale Marktwirtschaft und Gesetzgebungswissenschaft auseinander. Weitere Forschungsfelder Gebauers waren die Grenzen staatlicher Planung, das Problemfeld Dezentralisierung-Desintegration und die deutschen Länder im europäischen Integrationsprozess. Als Mitglied des Senats der Universität hat Gebauer über viele Jahre hinweg die Entwicklung unserer Einrichtung stets freundschaftlich begleitet.

Als in der Lehre und in der Forschung ganz besonders ausgewiesener Praktiker wirkte er an der Universität Speyer an vielen Weiterbildungsveranstaltungen und am Führungskolleg Speyer mit.

Er vertrat die Universität bei vielen Gelegenheiten wie z. B. vor dem Consultative Council beim Präsidenten der Republik Jemen zum Thema „Decentralization and Democracy“, beim 25. Internationalen Kongress der Verwaltungswissenschaften des International Institute of Administrative Sciences in Athen oder bei den Partnereinrichtungen der Universität in Kasachstan und in der VR China auch auf internationaler Ebene.



Prof. Dr. Klaus-Eckart Gebauer Foto: Uni Speyer

Semesterstart



Das Wintersemester 2012/13 startete am 2. November 2012 nach Abschluss der Einschreibeformalitäten mit der traditionellen Semesterantrittsversammlung, in der der Rektor der Universität, Univ.-Prof. Dr. Wieland, und Dr. Strohm die neuen Studierenden begrüßten und wichtige Hinweise für den Beginn und den Ablauf des Semesters gaben.

Insgesamt hatten zum Wintersemester 2012/13 sich 337 Hörerinnen und Hörer eingeschrieben. 196 von ihnen studierten im einsemestrigen verwaltungswissenschaftlichen Ergänzungsstudium, 36 im verwaltungswissenschaftlichen Aufbaustudium, 42 in den Masterstudiengängen Administrative Sciences und Öffentliche Wirtschaft, sowie 29 im M.P.A.-Studiengang Wissenschaftsmanagement.



Fotos: Uni Speyer

Bereits am Morgen des 2. November fanden noch im Rahmen der Semesterantrittsversammlung die Wahl der Senatsvertreter der Hörerinnen und Hörer sowie die Wahlen für die einzelnen Fachreferate der Hörschaft statt.

Zu Senatsmitgliedern für die Gruppe der Hörerinnen und Hörer wurden bei einer Wahlbeteiligung von 65,28 % gewählt:

Christina Rostek

Stefan Hunold.

Zu deren Stellvertretern wurden gewählt:

Dieter Katz

Florian van Schewick

In den Funktionen der Hörschaft wurden gewählt:

Hörersprecher: Till Böttcher

Stellvertretende Hörsprecherin: Christina Rostek

EDV-Referentin: Helena Gothan

Stellvertretender EDV-Referent: Andreas Schwarz

Alumni-Referent: Sebastian Schmitt

Stellvertretende Alumni-Referentin: Anna Müller

Finanzreferent: Volker Bache

Stellvertretender Finanzreferent: Bernhard Engeling

Kassenprüfer: Ulrike Kniewel und Max Prümm

Sportreferent: Marc-O. Hoffmann

Stellvertretende Sportreferentin: Caroline Belger

Medienreferent: Daniel Deba

Stellvertretender Medienreferent: Matthias Meyer

Kulturreferent: Moritz Lebsanft

Stellvertretende Kulturreferentin: Eva Münzer

Ballreferentin: Ina Becherer

Stellvertretender Ballreferent: Florian van Schewick

Fetenreferent: Torben Steinhauer

Stellvertretender Fetenreferent: Janosch Wegener

Integrationsreferent: Nima Matthias Izadi Amoli

Stellvertretende Integrationsreferentin: Ramona Daum

Neues aus der Hochschuleseelsorge

Das Semesterprogramm der Katholischen und Evangelischen Hochschulgemeinde (KHG und ESG) startete wieder mit der Semester-Eröffnungs-Früh-schicht, die anschließend jede Woche immer Mitt-wochs morgens um 8.00 Uhr stattfand, mit – ganz wichtig – einem anschließenden gemeinsamen Frühstück. Der Clubraum 3 war immer sehr gut ge-füllt. Verschiedenste Themen und Gäste kamen hier zur Sprache.



Morgenimpuls im Clubraum 3

Fotos: Gruender

Etwas Besonderes war die Frühschicht, als uns Herr Jürgen Dunst vom Missionarisch-Ökumenischen Dienst der Evangelischen Kirche der Pfalz besuchte. Er berichtete von seiner Arbeit mit Jugendlichen und Straßenkindern im Südsudan, der sich am 9.7.2011 unabhängig erklärt hat. Die Situation der jungen Menschen in beiden sudanesischen Staaten ist sehr schwierig, da viele auf der Flucht ihre Fa-milie verloren haben. Hier will ein Kinderheim der presbyterianischen Kirche Heimat bieten und darüber hinaus eine Zukunftsperspektive eröffnen. Die Hörerschaft brachte eine Spende von 200,00 Euro zusammen.

Ein herzliches Dankeschön an alle, die dabei mit-gewirkt haben durch den Verkauf und das Backen der Weihnachtsplätzchen.



Plätzchenverkauf vor dem Audimax

Sehr spannend war auch der (erneute) Besuch von Künstler Peter Quick, der uns dieses Mal ein weite-res seiner Bilder vorstellte. Quasi als Finissage sei-ner Ausstellung im Foyer der Universität erklärte er uns, wie seine Kunstwerke entstehen und sich im-mer wieder verändern. In jeder Veränderung steckt immer wieder ein Neubeginn.

Eine ganz besonders große Freude war es, dass der Kirchenpräsident der Evangelischen Kirche der Pfalz Herr Christian Schad uns im Morgenimpuls besuchte. Da alle anwesenden Hörer/innen aus ver-schiedenen deutschen evangelischen Landeskirchen – oder der katholischen Kirche – stammen, erklärte der Kirchenpräsident den Aufbau der Pfälzer Lan-deskirche und ging auf Be-sonderheiten der geschicht-lichen Entstehung ein.

Natürlich gab es auch wie-der zu Beginn des Semesters die große Domführung mit Domkapitular und Domdekan Dr. Christoph Kohl. Besonders beeindruckt waren alle vom (neuen) Kaisersaal, der wenige Tage davor offiziell eröffnet worden war. Nach sehr vielen



Kirchenpräsident Christian Schad

Informationen rund um und im Weltkulturerbe gab es dann auch noch ein „Privatkonzert“ des Domor-ganisten Markus Eichenlaub für alle Anwesenden. Beim Klang der neuen Domorgel konnten sich die neuen Erfahrungen „setzen“, bevor der Abend noch gemütlich im Restaurant „Domnapf“ aus-klang.

„Alle Jahre wieder ...“ im Advent zieht es die Hochschuleseelsorge und die Hörerschaft zur Win-terwanderung nach Deidesheim. Nach einer eher langen Bahn- und Busfahrt erklommen wir erfolg-reich den „Berg“ und liefen zur Kapelle St. Michael. Unterwegs gab es die eine oder andere Schneeball-schlacht. So dass alle froh waren, sich dann auf dem Adventsmarkt am Winzerglühwein wieder auf-zuwärmen.

Nach den großen Erfolgen der Vorjahre gingen wir auch in diesem Semester wieder in die „Plätz-chenbackstube“ im Kloster St. Dominikus. Es war viel Arbeit, aber der Erfolg blieb nicht aus. Schwes-ter Antonia hielt uns mit Kuchen bei Laune und gab viele hilfreiche Tipps. Es duftete und wurde immer wärmer, bis schließlich eimerweise Plätzchen aus dem Ofen kamen. So fühlten sich alle am 1. Adventswochenende vor-weihnachtlich einge-stimmt. Nachdem der erste „Plätzchenhunger“ aller

Bäcker/innen gestillt war, wurde der Rest eingetütet und zugunsten des oben beschriebenen Projekts im Südsudan verkauft.

Bei der Führung in der Gedächtniskirche zeigte uns Pfarrer Uwe Weinerth alle Ecken und Winkel dieser so besonderen Kirche. Leider waren die Fenster nur sehr schlecht zu sehen – dumm, dass es im Winter so früh dunkel wird ... Trotzdem war schnell allen Anwesenden klar: Die Stadt Speyer hat nicht nur einen schönen Dom, sondern ist auch „Wiege der Protestation“. Die Gedächtniskirche mit ihren vielen Spendern aus der ganzen Welt ist wirklich etwas ganz Außergewöhnliches!

Viele weitere KHG- und ESG-Aktionen fanden unter Beteiligung von Hörer/innen statt. Um einige Beispiele zu nennen:

- Einige besuchten das Weihnachtsoratorium von Johann Sebastian Bach, um den Klang der neuen Domorgel zu erleben.
- Andere feierten ein Kapitelsamt im Dom mit Gesang der KHG Mannheim mit.

- Der ein oder andere bat um ein Gespräch mit den Hochschuleseelsorgern.

Ein letzter Höhepunkt im Semester war sicher auch (wieder) die traditionelle Pfälzer Weinprobe der Hochschuleseelsorge. Sie fand im Priesterseminar Speyer statt. Regens Markus Magin führte uns nach einem deftigen Pfälzer Buffet in die Welt des Weines und der Pfalz ein. Glücklich und etwas beschwingt gingen alle nach Hause und denken bestimmt beim Öffnen der nächsten Weinflasche an ihre schöne Wintersemester-Zeit an der Universität für Verwaltungswissenschaften zurück.

Jetzt freuen wir uns auf das Sommersemester 2013. Ihre Hochschuleseelsorger:

Pastoralreferentin Luise Gruender (Kath. Kirche und Pfarrer Michael Erlenwein (Ev. Kirche)

Eigene Fanpage für Saarheim auf Facebook

Seit vergangenem Jahr verfügt die Stadt Saarheim (www.saarheim.de) über eine eigene Fanpage auf Facebook, die vom Lehrstuhl für Öffentliches Recht, insbesondere deutsches und europäisches Verwaltungsrecht an der Universität Speyer (Univ.-Prof. Dr. Ulrich Stelkens) betrieben wird: <https://www.facebook.com/pages/Saarheim/181283951989532>.

Hier kann der geneigte Leser erfahren, welche Saarheimer Fälle in welcher Weise in der letzten Zeit aktualisiert wurden und wie sich das Saarheim-Projekt seit 1996 entwickelt hat. Auch werden mehr Informationen über die Geschichte der Stadt Saarheim seit der ersten urkundlichen Erwähnung von 1204, der Teilung des Quierbachtals 1815 und das Abstimmungsverhalten der Saarheimerinnen und Saarheimer 1935 und 1955 geboten. Wer den „Gefällt-mir“ Knopf drückt, wird im Übrigen regelmäßig über neuere Aktualisierungen der Fälle via Facebook informiert.

Zielgruppen der Saarheimer Fälle sind Studierende der Rechtswissenschaft, darüber hinaus aber auch Rechtsreferendare und Praktiker. Wie die Nutzerstatistik von Facebook zeigt, sind eben diese

Zielgruppen auch diejenigen, die Saarheim mit Abstand am häufigsten nutzen: Saarheim hat inzwischen

über 500 Facebook-Freunde, von denen die 18- bis 24-Jährigen und ebenso die 25- bis 34-Jährigen mit jeweils etwa 43 % die stärksten Nutzergruppen bilden. Ebenfalls lässt sich der Nutzerstatistik entnehmen, dass sich der Freundeskreis über das gesamte Bundesgebiet verteilt und die meisten mehrmals in der Woche auf Saarheim zugreifen. Die meisten Nutzer stammen aus Berlin, Bonn, Leipzig, Saarbrücken und Speyer. Zudem scheint

Saarheim nicht nur in Deutschland Anhänger gefunden zu haben: Saarheim hat darüber hinaus auch Freunde in Belgien, Frankreich, Georgien, den Niederlanden, in Japan, Kanada, Litauen, Luxemburg, Österreich, Polen, Singapur, Spanien, Thailand, dem Vereinigten Königreich und den USA.

Diese Statistiken zeigen: Das rechtsdidaktische Konzept von Saarheim wird auch den Nutzerinteressen in der „Web 2.0-Welt“ gerecht und entsprechend nachgefragt.

Olivia Seifert



Oberbürgermeister Oskar Obenauf und Bürgermeisterin Dr. Edith Crémant gratulieren dem Saarheim-Team zu seinem Erfolg bei dem unermüdlichen Einsatz für die Saarheimer Sache!

Zeichnung: Dr. Satish Sule

Eröffnungsveranstaltung MEGA im Bundeshaus



Die Teilnehmer des 7. MEGA-Studienganges

Foto: BMI

Mit einem Festakt im Bundesministerium des Innern, an dem als Vertreter der Universität Speyer der Rektor, Herr Prof. Dr. Wieland, Prorektor Prof. Dr. Fisch, Frau Prof. Dr. Kuhlmann sowie Frau Dr. Ognois und Susanne Gehrig, letztere in ihrer Funktion als MEGA-Koordinatoren und Ansprechpartner des MEGA-Studiengangs, teilgenommen haben, wurde der 7. MEGA-Studiengang am 23. Januar 2013 in Berlin feierlich eröffnet.

In ihrer Festrede betonte Staatssekretärin Cornelia Rogall-Grothe, wie wichtig es gerade im Jubiläumsjahr des Elysée-Vertrages ist, die deutsch-französische Freundschaft immer wieder durch gemeinsame Projekte und Aktivitäten zu beleben und zu fördern. Ganz in diesem Sinne dient MEGA, der „Master of European Governance and Administration“, insbesondere auch dem gegenseitigen Kennenlernen, dem Verstehen und der besseren Zusammenarbeit von Vertretern beider Staaten. MEGA soll den im deutsch-französischen Bereich arbeitenden Beamten sowie Teilnehmern aus der Wirtschaft und dem institutionellen Arbeitsumfeld eine exzellente zusätzliche Qualifikation bieten, so die Staatssekretärin, um sie für ihre künftigen Aufgaben im europäischen Kontext vorzuberei-

ten. Der Aufbau eines persönlichen, internationalen Netzwerks ist dafür unerlässlich.

Das zunehmende Interesse an MEGA gibt der neuen Konzeption des Studiengangs Recht, der seit diesem Jahr erstmals auf eine berufsbegleitende Weiterbildung ausgerichtet ist. Damit MEGA sich auch weiterhin als fester Bestandteil der deutsch-französischen Kooperation etablieren kann, ist die Unterstützung auf politischer Ebene daher von ganz entscheidender Wichtigkeit. Dies bestätigte auch Jean-François Verdier, directeur général de l'administration et de la fonction public.

Sehr interessiert folgten die MEGA-Teilnehmer auch der Präsentation von Frau Dr. Ognois, die die Universität Speyer vorstellte und dabei die traditionsbewusste Affinität der Institution zu Frankreich betonte, welche nicht nur auf der besonderen Gründungsvergangenheit der Hochschule beruht, sondern sich zukunftsorientiert in Forschung, Lehre, Weiterbildung und Beratung fortsetzt in Kooperation mit verschiedenen Institutionen in Frankreich, u. a. der École Nationale d'Administration (ENA), INET, Sciences Po Paris, Sciences Po Lyon oder der Sciences Po Strasbourg. Darüber hinaus ist

die Universität Speyer assoziiertes institutionelles Mitglied von PEAP (Pôle Européen d'Administration Publique, Strasbourg), Mitträger der Trinationalen Metropolregion (Oberrhein-Konferenz, „Säule Wissenschaft“) und verfügt über ein Deutsch-Französisches Doktorandenkolleg im Bereich Öffentliches Recht (Paris-Speyer-Strasbourg-Freiburg), nicht zu vergessen die enge und langjährige Zusammenarbeit mit der Deutsch-Französischen Hochschule (DFH), dem französischen Generalkonsulat in Frankfurt/Main sowie mit dem französischen Hochschulattaché in Heidelberg.

Im Rahmen der Eröffnungsveranstaltung des MEGA-Studiengangs in Berlin fanden auch die anderen akademischen Partner ausreichend Gelegenheit, sich und ihre jeweiligen Institutionen vorzustellen. Neben der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer wirken in MEGA die Universität Potsdam, die Humboldt-Universität zu Berlin und auf französischer Seite die ENA (L'École Nationale d'Administration) und die Université Paris I Panthéon-Sorbonne mit sowie die Bundesakademie für Öffentliche Verwaltung (BakÖV) im Bundesministerium des Innern als Verwaltungsinstanz.

Im Zentrum der Eröffnungsveranstaltung in Berlin standen aber selbstverständlich die Studierenden, die die Gelegenheit nutzten, sich einem breiten Publikum vorzustellen. Einig waren sich alle darüber, dass insbesondere die interkulturelle Kompetenz, die den Teilnehmern im Rahmen des Studiengangs vermittelt werden wird, von unschätzbarem Wert zur Bewältigung der zahlreichen Aufgaben in einer zunehmend interkulturell geprägten, komplexen Arbeitswelt sei, welche den professionellen Umgang mit deutsch-französischen Fragen und Themen vor dem Hintergrund einer europäischen Lebenswirklichkeit als notwendiges Instrument voraussetzen. Gerade auch die beeindruckenden Lebensläufe und breitgefächerte Arbeitserfahrung der MEGA-Teilnehmer bestätigen den Studiengang in seiner Relevanz und Bedeutung. Alle Studierenden betonten in ihren kurzen Plädoyers im Bundeshaus, wie wichtig die Inhalte und Kompetenzen, die ih-

nen durch MEGA vermittelt werden, für ihre tägliche Arbeit in ihren Institutionen sind und wie sehr sie sich auf den Austausch mit den anderen MEGA-Teilnehmern und natürlich auch mit den Lehrenden freuen.

Bei der dreitägigen Auftaktveranstaltung in Berlin hatten die 22 Teilnehmer des 7. MEGA-Studiengangs ausreichend Gelegenheit, sich gegenseitig kennenzulernen und ihre interkulturellen Erfahrungswerte auszutauschen sowie sich einen ersten Überblick über die angebotenen Module zu verschaffen. Dies war Teil des Auftakt-Workshops am 25. Januar 2013 zum Thema „Interkulturelle Kommunikation“, welcher vom Direktor des Deutsch-Französischen Instituts, Prof. Dr. Frank Baasner, geleitet und in Zusammenarbeit mit Frau Susanne Gehrig, der MEGA-Ansprechpartnerin der Universität Speyer, erfolgreich durchgeführt wurde. Das große Interesse der Studierenden an dieser Veranstaltung zeigt, wie wichtig das Angebot des MEGA-Studiengangs für die vorrangige Zielgruppe in der öffentlichen Verwaltung ist.

Die MEGA-Studierenden werden in den nächsten zwei Jahren vier jeweils zweiwöchige Lehrmodule in Frankreich und in Deutschland absolvieren, u. a. zu Public Management, Governance sowie zur internationalen Verwaltungszusammenarbeit in Europa. Bereichert werden die jeweiligen Module u. a. auch durch Lehrende der Universität Speyer. Zu nennen sind hier Prof. Dr. Stefan Fisch, Prof. Dr. Dr. h. c. Karl-Peter Sommermann, Prof. Dr. Sabine Kuhlmann, Prof. Dr. Dr. h. c. Andreas Knorr sowie Prof. Dr. Ulrich Stelkens. Die Module werden durch ein neunwöchiges Praktikum und eine abschließende Master-Arbeit sinnvoll ergänzt.

S. G.

Japanische Delegation an der Universität Speyer – Informationen zu M.P.A. Wissenschaftsmanagement

Am 7. Februar 2013 besuchte eine japanische Delegation die Universität Speyer. Die Delegation wurde von Professor Matsunaga von der Waseda Universität (Tokyo) geleitet. Er wurde von einem Professor der Kanazawa Universität und vier Verwaltungsmitarbeitern der Universität Tokyo, der Kanazawa Universität sowie der Tokyo Universität für Landwirtschaft und Technologie begleitet. Die Delegation wurde von Frau Prof. Jansen und Herrn Prof. Schmoch begrüßt und betreut.

Der Hintergrund des Besuchs ist ein Auftrag des japanischen Wissenschaftsministeriums (MEXT) an die Waseda Universität, ein Lernprogramm für Forschungsverwalter an Universitäten zu entwickeln. Teil des Projektes ist es, sich über vergleichbare Programme im Ausland zu informieren. In diesem Kontext haben die Mitarbeiter des Projekts das National Council of University Research Administrators in Washington, das Emmanuel College in Boston sowie nun auch die Universität Speyer besucht.

Nach einer kurzen Vorstellung der Universität Speyer präsentierten und diskutierten Frau Professor Jansen und Herr Professor Schmoch die zentralen Elemente des M.P.A. Wissenschaftsmanagement sowie die Rahmenbedingungen in Deutschland, die das Angebot eines solchen Studiengangs sinnvoll machen. Bei den wesentlichen Merkmalen des Studiengangs interessierte sich die Delegation insbesondere für die deutliche Praxisorientierung, für das multidisziplinäre Konzept mit 12 unterschiedlichen Modulen, die berufsbegleitende Konzeption und hier die spezielle Form des Angebots mit kurzen Präsenzphasen und intensiven Fernlehr-Nachbereitungsphasen basierend auf einer Online-Plattform. Bei den geänderten Rahmenbedingungen in Deutschland stießen vor allem die größere Autono-

mie der Universitäten als auch der verstärkte Wettbewerb um Drittmittel auf besonderes Interesse, da das japanische Programm ebenfalls auf solche Änderungen reagiert. Intensiv diskutiert wurden auch die verstärkten Transferbemühungen der Universitäten



Die japanische Delegation in Speyer. Professor Matsunaga (4. von rechts) mit Professor Schmoch und Professor Jansen (5. und 7. von rechts)
Foto: Uni Speyer

und in diesem Kontext vor allem die Methoden einer verbesserten Schutzrechtsverwertung. Weitere wichtige Diskussionspunkte waren die Internationalisierung der Universitäten, die Profilbildung sowie das Qualitätsmanagement in der Forschung.

Übereinstimmung bestand darin, dass ein Fortbildungsprogramm für Wissenschaftsmanagement ständig an neue Entwicklungen auf nationaler und internationaler Ebene angepasst werden muss. Große Beachtung fanden auch die Bemühungen der Universität Speyer, für die unterschiedlichen Module des Studiengangs eine Vielzahl hochqualifizierter Dozenten aus Theorie und Praxis zu gewinnen, was in dieser Ausprägung eine Besonderheit des Angebots in Speyer ist.

Angesichts der in vielen Punkten ähnlichen Interessen besteht eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass der inhaltliche Austausch mit der Waseda Universität in Zukunft ausgebaut wird.

Besuch des französischen Hochschulattachés Dr. Gilles Buscot

Im Rahmen der feierlichen Eröffnung des Wintersemesters besuchte Herr Dr. Buscot, französischer Hochschulattaché, die Universität Speyer. Nach einem ausführlichen Gespräch mit Herrn Univ.-Prof. Dr. Wieland, Rektor der Universität Speyer, und Frau Dr. Ognois, Leiterin des Akademischen Auslandsam-

tes, über den Stand der Aktivitäten der Universität Speyer mit Frankreich nahm Dr. Buscot am Abendvortrag teil. Der Nachfolger von Frau Dr. Fourcaud ist Germanist und kam nach mehreren Stationen in Deutschland (Freiburg) und Frankreich (Strasbourg) nach Heidelberg. Mehr Informationen

zum Büro für Forschungs- und Hochschulkooperation der Französischen Botschaft in Heidelberg finden Sie unter:
<http://www.institutfrancais.de/bcu-heidelberg.html?lang=de>.
Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit!

L. O.

Expertenmission in die VR China im Rahmen des Sino-German Economic & Structural Reform Programme

Vom 20.-28. Oktober 2012 reiste eine Delegation bestehend aus mehreren Mitgliedern der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer und Mitarbeitern des Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung (FÖV) im Rahmen des „Sino-German Economic & Structural Reform Programme“ der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) in die VR China. Die Expertenmission bestand aus zwei Teilen: Aus der Abschlusskonferenz des „Sino-German Public Policy Dialogue“ mit dem Thema „Vergleich der Verwaltungsstrukturen in China und Deutschland vor dem Hintergrund der Finanzkrise“ mit der Chinese Academy of Governance (CAG) in Peking sowie einer Vortragsreihe an der Party School of Guangxi Zhuang Autonomous Region Committee of CPC in Nanning/Guangxi. Außerdem gab es ein weiterführendes Treffen mit der Chinese Society of Administrative Reform (CSOAR), bei dem ein Kooperationsvertrag mit dem FÖV geschlossen wurde.



Der Rektor der Universität Speyer, Univ.-Prof. Dr. Joachim Wieland (m.) bei der Festansprache, links Prof. Wang Yukai (Vize-Präsident CSOAR, CAG) Fotos: Uni Speyer

Bei der Konferenz am 22. Oktober 2012 in Peking referierten von deutscher Seite der Rektor der Universität Univ.-Prof. Dr. Joachim Wieland, Univ.-Prof. Dr. Jan Ziekow, Frau Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber, Honorarprofessor Dr. Gunnar Schwarting, Honorarprofessor Jochen Dieckmann, Frau Barbara Dieckmann, ehemalige OB'in der Bundesstadt Bonn, Dr. Tim Jäkel und Dipl.-Volksw. Dirk Zeitz (beide FÖV). Vorgestellt wurden Forschungsergebnisse aus Deutschland zur Verschuldungssituation der Städte und Gemeinden und Lösungsansätze, zu Fragen der Bürgerbeteiligung an Infrastrukturprojekten, der Haushaltskonsolidierung auf Landesebene, dem Einsatz von Leistungsvergleichen und Benchmarking als Managementinstrument in der Verwaltung, der Durchführung von Gebietsrefor-

men in Zeiten des demographischen Wandels und den erfolgreichen Strukturwandel der Region Bonn nach dem Umzug der Hauptstadt nach Berlin. Die chinesischen Beiträge behandelten u. a. die Reformwellen in der chinesischen Verwaltung in den letzten 50 Jahren, einen Vergleich der Finanzierung der dualen Berufsausbildung in Deutschland und China, die Zwickmühle von Investitionen und Finanzierung von Städten und Gemeinden im chinesischen Urbanisierungsprozess sowie das neue Verhältnis zwischen Staat, Markt und freiwilligem Sektor bei der Bereitstellung öffentlicher Güter und Dienstleistungen.

Am 23. Oktober 2012 arbeiteten die Teilnehmer der deutschen Delegation mit der chinesischen Seite die Möglichkeiten für eine weitere Zusammenarbeit aus. Im Ergebnis wurde eine neue Kooperationsvereinbarung zwischen dem FÖV und der Chinesischen Gesellschaft für Verwaltungsreformen (CSOAR) abgeschlossen. Darin vereinbaren beide Institutionen eine enge Zusammenarbeit, mit Besuchen von Gastdelegationen, Austausch von Forscherinnen und Forschern sowie gemeinsamen Forschungsaktivitäten.

Eine verkleinerte Delegation unternahm anschließend vom 24.-26. Oktober 2012 eine Expertenmission zur Party School of Guangxi Zhuang Autonomous Region Committee of CPC nach Nanning, der Hauptstadt der autonomen Provinz Guangxi im Süden Chinas. Die Experten hielten in Nanning für verschiedene Teilnehmergruppen (Nachwuchskräfte, Bürgermeisterebene, Abteilungsleiter in den Kommunalverwaltungen und weibliche Führungskräfte) insgesamt fünf Seminare. Die Themen waren im Vorfeld durch die Verwaltungsschule ausgesucht worden. Der Kurs der weiblichen Führungskräfte interessierte sich besonders für den Frauenanteil in Regierung und führenden Verwaltungspositionen.



Seminar TeilnehmerInnen der Session V „Beteiligung von Frauen in Politik und öffentlicher Verwaltung“ in Nanning

Delegation aus der Ukraine

Im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer und der EU-Kommission besuchte eine Delegation von Wissenschaftlern der National Academy of Public Administration in Kiew sowie von Beamten des Ministeriums für Bildung und Forschung der Ukraine vom 25. bis 26. Februar 2013 die Universität Speyer. Frau Dr. Ognois, Herr Univ.-Prof. Dr. Weiß und Frau Heil, M. A., informierten die Gäste jeweils zum Management der internationalen Kooperationen der Hochschule, zum Doktorandenstudium und zu den neuen Masterstudiengängen. Neben Informationen über die Hochschule und ihr Studienangebot war die Delegation an der Verstärkung der Kooperationen zwischen Speyer und der Ukraine interessiert. Im Rahmen des DAAD-OSI-Programms, in das der Masterstudiengang „Administrative Sciences“ aufgenommen wurde, können Studierende aus der Ukraine mit Stipendien in Höhe von 750 Euro/Monat gefördert werden. Informationen diesbezüglich erteilt das Akademische Auslandsamt der Universität Speyer gerne (Dr. Laure Ognois: ognois@uni-speyer.de / 06232-654253),

L. O.

Besuch an der FU Bozen

Vom 8.-10. November 2012 hielten sich Frau Univ.-Prof. Dr. Jansen, Frau Dr. Ognois und Frau Heil an der Freien Universität Bozen auf. Sie nahmen eine ganze Reihe von Terminen mit Vertretern der Fachbereiche und der Verwaltung der Universität Bozen wahr und prüften, inwiefern eine Kooperation mit der FU Bozen möglich ist. Außerdem nahm Frau Univ.-Prof. Dr. Jansen als Moderatorin eines Panels an der Tagung „Leistungsfähigkeit und Effizienz der öffentlichen Verwaltung als Beitrag zur substantiellen Gleichheit“ teil. Im Anschluss an den Besuch schlossen Speyer und Bozen ein Erasmus-Abkommen.

L. O.

Forschungsaufenthalt von Professor Bashimov

Herr Professor Bashimov, Verwaltungsakademie Astana, hält sich im Rahmen eines Forschungsaufenthaltes neun Monate lang an der Universität Speyer auf. Er erhielt ein Forschungsstipendium von seiner Regierung und wird an der Universität Speyer von Herrn Univ.-Prof. Dr. Weiß betreut. Das Forschungsthema lautet: „International Human Rights Law: Importance of European Convention for the Protection of Human Rights and Fundamental Freedoms“.

L. O.

Besuch des französischen Generalkonsuls

Am 7. November 2012 besuchte Herr Tribolet, französischer Generalkonsul, die Universität Speyer. Er unterhielt sich über die Entwicklungen der Kooperationen der Universität Speyer mit Frau Dr. Ognois. Für den Besuch und den fruchtbaren Austausch danken wir Herrn Tribolet herzlich!

L. O.

Besuch aus Vietnam

Am 18. September 2012 besuchten Professor Mallon, Präsident der Vietnamesisch-Deutschen Universität, in Begleitung von Herrn Dr. Ertmann, Kanzler a. D., die Universität Speyer. Herr Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Sommermann und Frau Dr. Ognois empfingen die Gäste und besprachen mögliche Kooperationen zwischen der Vietnamesisch-Deutschen Universität und der Universität Speyer.

L. O.

World Forum for Democracy

Am 10. Oktober 2012 nahm Frau Dr. Ognois am Panel „Governance, Democracy and Globalization“ des „World Forum of Democracy“ an der ENA in Strasbourg teil. Das Panel wurde im Rahmen des Pôle Européen d'Administration Publique (PEAP) organisiert. Frau Dr. Ognois sprach über das Thema „Gouvernance européenne, internationalisation du secteur de la recherche et de l'éducation en Allemagne et contribution de ce secteur au processus de démocratisation dans un monde global“. Der Beitrag ist unter folgendem Link abrufbar: <http://www.etudes-europeennes.eu/a-la-une>.

L. O.

Ausweitung der Ostpartnerschaften: Neue Kooperationen mit der Andrassy Universität Budapest bringen für Studierende und Doktoranden weitere Optionen für Auslandssemester

Die Universität Speyer plant eine Ausweitung der Ostpartnerschaft mit
der Andrassy Universität Budapest

Die Andrassy Universität Budapest (AUB) wird von Ungarn, Deutschland, und Österreich getragen. Sie vereint die westliche Lehr- und Forschungstradition mit den aktuellsten Debatten, Herausforderungen und Chancen, mit denen die MOE-Staaten sich derzeit auseinandersetzen müssen. Darüber hinaus bietet sie als postgraduierte und zweisprachige Institution ein ähnliches fachliches Profil wie die Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer. Internationalität und Interdisziplinarität sind auch hier wichtige Merkmale. Aufgrund der fachlichen Nähe und der interessanten Forschungsschwerpunkte verspricht auch die Forschungskooperation vielsprechend für beide Institutionen zu sein.

Geplant sind Kooperationen in drei Bereichen: der Austausch von Studierenden, der Aufbau eines gemeinsamen strukturierten europäischen Doktorandenprogramms und die Entwicklung eines auf die AUB, Ungarn und andere MOE-Staaten angepassten Curriculums für einen berufsbegleitenden Master M.P.A. Wissenschaftsmanagement.

Im Rahmen des Masterstudiengangs Administrative Sciences (MAS) ist geplant, Studierenden die Möglichkeit zu geben, ein strukturiertes Auslandssemester an der AUB zu absolvieren. Hierzu soll ein exklusiv an der AUB angebotenes Wahlpflichtmodul „Diplomatie“ sowie das bereits an der Universität Speyer angebotene Wahlpflichtmodul „Finanzierung öffentlicher Leistungen“ in Budapest studiert werden können. Die große Wahlfreiheit des Studiengangs MAS bleibt somit erhalten, den Studierenden steht sogar ein weiteres Modul zur Auswahl. Das strukturierte Auslandssemester kann im Sommersemester belegt werden. Damit sichergestellt werden kann, dass die Studierenden an der AUB die im Modulhandbuch festgelegten Qualifikationsziele erreichen, werden die beiden Module je zwei Modulverantwortliche haben, einen von der Universität Speyer und einen von der AUB. Den Studierenden der AUB soll mittels eines Erasmus-geförderten Auslandssemesters ermöglicht werden an der Universität Speyer zu studieren. Studierende aus beiden Institutionen können so aufgrund der Komplementarität beider Lehrangebote profitieren.

Ein interdisziplinärer Workshop für Doktoranden aus Speyer und der AUB zum Thema „Crisis and Governance in Europe: Implications for State, Market and Society“ an der Universität Speyer wird am 18. und 19. April 2013 stattfinden. Er soll den ersten Meilenstein auf dem Weg zu einer strukturierten Doktorandenschule beider Institutionen bilden, die sich in den nächsten Jahren entwickeln soll. Daneben sollen anlässlich des Workshops Gespräche der Speyerer Hochschulleitung mit den Doktoranden aus beiden Ländern zur Gestaltung und Implementierung einer solchen Doktorandenschule stattfinden. In diesem Rahmen wird auch der Austausch von Lehrenden stattfinden, abwechselnd in Speyer und in Budapest. Die Doktorandenschule wird somit den Austausch von Graduierten und Lehrenden fördern. Verantwortliche an der Universität Speyer sind Frau Univ.-Prof. Dr. Kropp und Frau Dr. Ognois, von Seiten der AUB Univ.-Prof. Dr. Bos und Frau Dr. Griessler.

Im Mai 2012 fanden erste Gespräche in Budapest zu möglichen Kooperationen zwischen der AUB und der Universität Speyer statt. Hierbei stellte sich heraus, dass die AUB neben den Möglichkeiten eines Studierendenaustausches sowie eines gemeinsamen strukturierten Doktorandenprogramms großes Interesse an dem Konzept des berufsbegleitenden M.P.A. Wissenschaftsmanagement hat. Die Frage, inwiefern das Konzept auch an der AUB für das ungarische Wissenschaftssystem oder auch für andere MOE-Staaten umsetzbar wäre, wurde dann im Oktober 2012 mit Vertretern der AUB in Speyer weiter diskutiert. Anlässlich dieses Besuchs stellten Univ.-Prof. Dr. Schmoch und Univ.-Prof. Dr. Jansen den M.P.A. Wissenschaftsmanagement vor und warnten vor einer umstandslosen Übertragung auf andere Wissenschaftssysteme. Notwendig sei es mehr Informationen über das ungarische Wissenschaftssystem resp. die Wissenschaftssysteme anderer MOE-Staaten in Erfahrung zu bringen und den Studiengang entsprechend anzupassen. Neben dem Kanzler der AUB Dr. Domahidi und dem Prorektor Univ.-Prof. Dr. Okruch nahmen von Seiten der Universität Speyer der Rektor, Herr Univ.-Prof. Dr. Wieland, Univ.-Prof. Dr. Jansen, Senatsbeauftragte für

das Aufbaustudium und die Masterstudiengänge, Univ.-Prof. Dr. Schmoch, Leiter des Studiengangs Wissenschaftsmanagement, Univ.-Prof. Dr. Kropp, Dr. Ognois, Leiterin Akademisches Auslandsamt, und Frau Heil, M. A., Leiterin der Stabsstelle Studiengangsentwicklung teil. Als Berater eingeladen war ferner Herr Zettler vom DAAD.

Ende April 2013 reiste eine Delegation aus Speyer (Univ.-Prof. Jansen, Univ.-Prof. Dr. Schmoch, Dr. Ognois, Frau Heil sowie als studentische Vertreterin Frau Rostek) nach Budapest, um die Kooperationsvorhaben weiter zu konkretisieren. Im Rahmen eines Workshops für Kanzler der ungarischen Hochschulen zum Thema Wissenschaftsmanagement stellte Univ.-Prof. Dr. Schmoch den M.P.A. Wissenschaftsmanagement vor und diskutierte gemeinsam mit Univ.-Prof. Dr. Jansen und den Teilnehmern. Auf dem Workshop und in den Beratungsgesprächen sollten die Bedarfe für ein zukünftiges Curriculum im Bereich Wissenschaftsmanagement für Ungarn und ggf. auch für weitere MOE Staaten ermittelt werden. Auf dieser Basis soll zwischen 2014 und 2016 ein Masterstudiengang entwickelt und implementiert werden.

Am Abend des 24. April 2012 nahm Frau Univ.-Prof. Dr. Jansen an einer Podiumsdiskussion mit den Kanzlern ungarischer Hochschulen sowie dem ungarischen Staatssekretär Professor Dr. Manherz teil und hielt dort ein Impulsreferat zu den Veränderungen der Aufgaben des Hochschul-Kanzlers.

In weiteren Gesprächen sollten mögliche Bausteine/Angebote zur Entwicklung des Konzepts eines strukturierten europäischen Doktorandenprogramms und für den Studierendenaustausch zwischen der Uni Speyer und der AUB im MAS im Diplomatie-Modul und des Moduls Finanzierung öffentlicher Leistungen gemeinsam eruiert werden. Darüber hinaus wurde auch über ein angepasstes Curriculum Wissenschaftsmanagement mit den Kollegen der AUB diskutiert.

Insgesamt ergeben sich aus der engeren Kooperation mit der Andrassy-Universität Budapest vielversprechende inhaltliche Perspektiven, und die bisherigen Kontakte zeigen, dass beide Seiten die baldige Realisierung vorantreiben.

Deutsch-Französische Sommerschule ENA/Speyer zum Jubiläum des Elysée-Vertrages von der Deutsch-Französischen Hochschule mit 25.000 Euro gefördert



25.000 Euro wurden der Universität Speyer von der Deutsch-Französischen Hochschule für ihre Sommerschule „Theorie und Praxis der Deutsch-Französischen Zusammenarbeit in Verwaltung und Wissenschaft seit dem Elysée-Vertrag“ mit der ENA (25.-29. September 2013) zum Jubiläum des Elysée-Vertrags bewilligt. Darüber hinaus wird der französische Botschafter in Berlin die Schirmherrschaft für diese Veranstaltung übernehmen. Die Sommerschule wird in Speyer von Herrn Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Sommermann und Frau Dr. Ognois sowie von Herrn Dr. Larat seitens der ENA organisiert und geleitet. Die Sommerschule richtet sich an ho-

he Beamte und Nachwuchswissenschaftler aus Deutschland und Frankreich (insgesamt etwa 40 Teilnehmer, davon ein Viertel Nachwuchswissenschaftler). Neben dem deutsch-französischen Austausch soll sie Verhandlungssituationen im internationalen Kontext simulieren und den Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis befördern. Eine Ausschreibung wird bald veröffentlicht. Informationen zur deutsch-französischen Sommerschule erteilt Frau Dr. Ognois Ihnen gerne (ognois@uni-speyer.de / 06232-654253).

L. O.

BMBF-Mittel (PROMOS) für Auslandsaufenthalte von Studierenden weltweit bewilligt

Im Kontext der Bologna-Reform ist die Steigerung der Mobilität von Studierenden eine der zentralen

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Forderungen aller Akteure im Hochschulwesen. Das Programm „PROMOS“ soll dazu mit bis zu sechsmonatigen Stipendien für Aus-

landsaufenthalte einen wichtigen Beitrag leisten und deutlich mehr Mobilität von deutschen Studierenden ermöglichen. Das Programm soll die Hochschulen in die Lage versetzen, eigene Schwerpunkte bei der Auslandsmobilität von deutschen Studierenden zu setzen und diesen aus einem Bündel von verschiedenen För-

derinstrumenten passende Mobilitätsmaßnahmen anzubieten. In diesem Rahmen wurden der Universität Speyer 5.000 Euro für das Jahr 2013 vom DAAD bewilligt. Mit diesen Mitteln können Auslandsaufenthalte von Wissenschaftsmanagern im Rahmen der Transferprojekte, Auslandsaufenthalte von Master- und Magisterstudenten, die bereits durch das Erasmus-Programm gefördert wurden, sowie Verwaltungspraktika im Ausland finanziert werden. Informationen über diese Förderungsmöglichkeit erteilt das Akademische Auslandsamt der Universität Speyer sehr gerne (Dr. Laure Ognois: ognois@uni-speyer.de / 06232-654-253).

L. O.

Internationale Studierende auf deutschlandkundlicher Fahrt

Am 21. November 2012 veranstaltete das Akademische Auslandsamt eine vom DAAD geförderte deutschlandkundliche Fahrt nach Maulbronn und Karlsruhe. Am Morgen stand eine zweistündige Führung zum Thema „Maulbronn – die Entdeckung einer anderen Welt“ auf dem Programm, bei der die Gruppe das Weltkulturerbe Kloster Maulbronn, die am vollständigsten erhaltene Klosteranlage des Mittelalters in Europa, kennenlernen konnte. Die Studierenden durften dabei nicht nur die Klausur, sondern auch die zur Klosteranlage gehörenden Speicher- und Verwaltungsbauten besichtigen.

Am Nachmittag erwartete die Gruppe eine Führung durch das Zentrum für Kunst und Medientechnologie

in Karlsruhe. Beim Gang durch die Ausstellung „Sound Art. Klang als Medium der Kunst“ mit Werken von 90 KlangkünstlerInnen konnten die internationalen Studierenden einen Einblick in zeitgenössische Klangkunst gewinnen und dabei selbst als Klangerzeuger und Klang-Visualisierer aktiv werden.

Die an Kontrasten reiche Exkursion, die einen weiten Bogen vom Mittelalter zur Moderne spannte, fand bei den internationalen TeilnehmerInnen – dies ganz im Sinne der ZKM-Ausstellung großen „Anklang“.

Gabi Gerhardt

Leben, arbeiten und studieren in Deutschland. Der persönliche Blick

Die Weihnachtsfeier der ausländischen Studierenden der Universität Speyer, veranstaltet am 13. Dezember 2012, stand in diesem Jahr unter dem Motto „Leben, arbeiten und studieren in Deutschland. Der persönliche Blick“. Eröffnet wurde die Veranstaltung durch den Prorektor, Herrn Univ.-Prof. Dr. Stefan Fisch, der alle Gäste – neben den ausländischen und einigen deutschen Studierenden u.a. Herrn Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Sommermann sowie internationale Gastforscher, die Integrationsreferenten, wissenschaftliche Mitarbeiter, die Hochschulseelsorgerin Frau Gruender sowie die Speyerer Gastfamilien – aufs herzlichste begrüßte.

Frau Dr. Laure Ognois, Leiterin des Akademischen Auslandsamtes, führte im Anschluss in das Thema des Abends ein und übergab das Wort an Frau Basanjav Ganbaatar aus der Mongolei, die erst einige Wochen vorher zum Promotionsstudium nach Speyer gekommen war und die mit Charme und Witz in Englisch mit einer „Prise“ Deutsch über ihre ersten Schritte und bis dahin positiven Erfahrungen an der Universität Speyer und im Umgang mit stets „pünktlichen“ und „freundlichen“ Deutschen berichtete. Auch Herr Yerlan Tyulyupov, Masterstudent aus Kasachstan, zog eine durchweg positive Bilanz seines Aufenthalts in Deutschland.

Einen literarischen Blick auf ihre Speyerer Zeit richtete die Doktorandin Maria Knüttel aus Russland, die die Zuhörer mit ihrer Kurzgeschichte à la Wladimir Kaminer „Speyer ist einfach anders“ begeisterte, in der sie ihren Umgang mit Studienstress, aber auch ihre Begegnung mit „Pfälzer Sauren Magen“ und anderen örtlichen Eigentümlichkeiten höchst humorvoll verarbeitete.

Ein reichhaltiges Buffet und angelegte Gespräche taten ein Übriges, damit die Gäste den Abend genossen.

Gabi Gerhardt

Fortbildung von hohen Beamten aus Nigeria

Im Rahmen ihres Engagements in der Entwicklungszusammenarbeit hatte die Universität Speyer die Freude, das 10. „Retreat“ des Nigeria Development Forum vom 14.-17. November 2012 zu beherbergen. Das African Centre for Resource Studies - ACRS, das von Chris Onwuka gegründet und gemanagt wird, veranstaltet jedes Jahr eine Tagung für hohe Beamte aus ganz Afrika in Nigeria. Anschließend findet eine Fortbildung in Europa statt. Das Thema der diesjährigen Jahrestagung war „Finding A Way Forward And Building Confidence In Public Leadership, Budgeting, Public Sector Finance



and Fiscal Governance: Lessons and Challenges“.

L. O.

Besuch einer Delegation des Shanghai Administration Institute

Vom 26.-27. November 2012 besuchte eine Delegation des Shanghai Administration Institute die Universität Speyer. Das Programm der Delegation fokussierte auf das Thema „Kulturelles Erbe in Deutschland“. Nach einer Begrüßung durch Herrn Univ.-Prof. Dr. Fisch, Prorektor der Universität Speyer, und einer Präsentation der Universität von Frau Dr. Ognois, Leiterin des Akademischen Auslandsamtes, wurde die Delegation im Speyerer Stadtarchiv empfangen. Anschließend führte Herr Dr. Kemper, Direktor des Stadtarchivs, die Delegation durch das Jüdische Museum. Am 27. November 2012 hielt Herr Univ.-Prof. Dr. Stelkens einen Vortrag zum Thema „The Development of Town



Planning and Protection of Monuments in Germany“. Ein Mittagessen mit Frau Univ.-Prof. Dr. Färber und Herrn Univ.-Prof. Dr. Stelkens rundete das Programm ab.

L. O.

Besuch des Vizepräsidenten der Universität Tunis

Am 8. Oktober 2012 besuchte Herr Tebourbi, Vizepräsident der Université Internationale de Tunis, die Universität Speyer. Er führte ein Gespräch mit Frau Dr. Ognois und besuchte den Campus. Im Rahmen des Neuaufbaus der öffentlichen Verwaltung in Tunesien haben Studierende einen verstärkten Bedarf an Kenntnis-

sen und Erfahrungen in diesem Bereich. Vor diesem Hintergrund ist Tunis interessiert an einer Kooperation mit der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer.

L. O.

Fortbildung kasachischer Beamter

Vom 28.-30. Januar 2013 wurde eine Fortbildung für kasachische Beamte vom Akademischen Auslandsamt im Bereich Wissenschaftsmanagement organisiert. Hierbei wur-

den Präsentationen zu den Themen „Management internationaler Kooperationen“ (Dr. Ognois), „Entwicklung von Curricula“ (Frau Heil, M. A.) und „Präsentation des For-

schungsinstituts für öffentliche Verwaltung und Management von Forschungsprojekten“ (Dr. Seckelmann) angeboten.

L. O.

Verwaltung 2.0 - Ein Soziales Netzwerk (auch) für die öffentliche Verwaltung - ist ein „Behörden-Facebook“ heute gefragt?

Zwei neue Drittmittelprojekte an der Universität Speyer

Im Anschluss an Fortbildungen oder Tagungen Kontakte langfristig halten, um im Kontext gemeinsamer Interessen und Tätigkeitsfelder in Erinnerung zu bleiben. Nach Meetings und Besprechungen Inhalte gemeinsam weiter bearbeiten, Informationen in Gruppen teilen oder Gesprächsprotokolle zur Verfügung stellen, ohne dass dadurch die E-Mail-Postfächer aller Beteiligten überquellen. Bestehendes Wissen nutzen, indem es geteilt, nicht als Schatz bewacht und anderen zur Verfügung gestellt wird.

Zur Bewältigung dieser organisatorischen Herausforderungen haben sich Web 2.0 - Lösungen in den vergangenen Jahren in den Unternehmen durchgesetzt. In Deutschland nutzen nach einer Umfrage des Branchenverbandes BITKOM von 2012 bislang 47 Prozent der Unternehmen Soziale Medien. Weitere 15 Prozent planen derzeit ihren Einsatz.

Soziale Netzwerke können entsprechend auch ein geeignetes Instrument für die öffentliche Verwaltung darstellen. Die Universität Speyer untersucht daher in Zusammenarbeit mit Fraunhofer FOKUS unterstützt durch ISPRAT e.V., inwiefern ein interadministratives Netzwerk Aspekte der Zusammenarbeit und des Wissensmanagements verbessern und wie dies in Deutschland umgesetzt werden kann. Das Forschungsprojekt wird in Speyer vom Lehrstuhl Prof. Dr. Hermann Hill begleitet. Untersuchungsgegenstand ist dabei ein Behördennetzwerk für die Verwaltung, was von der Betätigung der Verwaltung in bestehenden sozialen Netzwerken klar abzugrenzen ist.

Facebook und Xing haben es vorgemacht und so sind Soziale Netzwerke aus der privaten Kommunikation nicht mehr wegzudenken. Drei von vier Internetnutzern nutzen heute auch Soziale Netzwerke. Sie sind nicht mehr nur ein Medium der Alltagskommunikation, mit dem der, im entsprechenden Jargon bezeichnete „Freundeskreis“ erweitert wird, zunächst neue unverbindliche Kontakte gehalten und ältere, die sich nicht verfestigt haben, vor dem endgültigen

Verlust gerettet werden. Der Einsatz von Sozialen Netzwerken macht sich diese beschriebene Eigenschaft der Wahrung und Pflege der sogenannten „schwachen Verbindungen“ gerade im betrieblichen und organisatorischen Kontext zunutze. Denn innovatives Neues wird über die schwachen Verbindungen weitergegeben und geteilt. Vergleichbar ist dies damit, dass Bergsportler neue interessante Wanderrouen nicht von ihren fünf zuverlässigen Bergsportkameraden erfahren werden, mit denen sie in den letzten vier Jahren jede größere Tour gemeistert haben. Sie bekommen gerade diese Empfehlungen von Bergsportlern, die sie zufällig treffen und mit denen sie zwar das gemeinsame Hobby teilen, aber bislang keine gemeinsamen Wege gegangen sind.

So setzen auch Unternehmen auf die weitere Vernetzung ihrer Mitarbeiter, um Potenziale zu heben und neue nicht ausgetretene Wege für das Unternehmen nutzbar zu machen. Ziel ist es dabei, es den Mitarbeitern zu ermöglichen neue Kontakte leichter zu lokalisieren und ihre Beziehungen durch die Faktoren „Bekanntheit“ und „Vertrauen“ zu stärken. Durch Vernetzung werden zudem auch Restriktionen wie Orts- oder Zeitunterschiede, unterschiedliche Organisationsabläufe, aber auch Hemmschwellen, wie beispielsweise die des Ansprechens in der „Face-to-Face-Kommunikation“ abgebaut.

Es ist dabei davon auszugehen, dass Wissen sich vermehrt, wenn man es teilt. Für den einzelnen Mitarbeiter des Unternehmens oder der Verwaltung bedeutet dies im Arbeitsalltag, dass er sich für die Belange und Herausforderungen seiner Kollegen interessieren kann, daran teilnimmt und entsprechend sein eigenes Zutun „teil-gibt“. Dies kann in Sozialen Netzwerken durch die Darstellung der aktuellen Tätigkeit, der beruflichen Interessen und Erfahrungen und der Kontaktdaten im eigenen Profil befördert werden. Netzwerkbeziehungen zu anderen Mitarbeitern sind sichtbar. Zudem ist die Einrichtung von entsprechenden virtuellen Arbeits-

gruppen möglich. So gehört schließlich auch die Beantwortung von Fragen nach Abläufen, Ansprechpartnern und persönlichen Erfahrungen zum Arbeitsalltag.

In einem Sozialen Netzwerk werden solche Fragen oder Einladungen in virtuelle Gruppen leichter, ohne Rücksicht auf die Hierarchie der Organisation, gestellt. So wird, nach der oben getroffenen Annahme, häufig ein flüchtiger Kontakt oder der Kontakt eines eigenen Kontaktes der Schlüssel zu der benötigten Information sein. Zielsetzung ist hier die Steigerung der Effizienz durch Verbesserung der Zusammenarbeit und der Handlungsabläufe.

Inwieweit Soziale Netzwerke ein geeignetes Werkzeug für die öffentliche Verwaltung darstellen, lässt sich nur im Abgleich mit den Anforderungen der öffentlichen Verwaltung beantworten. So veranstalteten die Partner dieses Forschungsprojekts im Dezember 2012 einen Workshop, um die sich in der Wirtschaft herausgebildeten Anwendungen in internen Sozialen Netzwerken auf ihre Übertragbarkeit auf die öffentliche Verwaltung zu überprüfen.

Im Fokus standen dabei die tatsächlichen Anforderungen der Verwaltungspraxis. Insgesamt nahmen über 30 Teilnehmer aus ganz Deutschland aus Bundes-, Landes- und Kommunalbehörden sowie Vertreter von Verbänden an dem Workshop teil. Es gelang Situationen zu definieren, in denen aktuell in der Verwaltung eingesetzte Verfahren zur Information, Kommunikation und Zusammenarbeit an ihre Grenze stoßen, und es wurde überprüft, inwiefern ein Soziales Netzwerk hier Abhilfe schaffen kann.

So wurde ein Soziales Netzwerk als das geeignete Werkzeug beschrieben den gesuchten Ansprechpartner zu finden, so Informationen zu Vorgehen und üblichen Verhaltensweisen zu er-

langen, welche sonst mit dem Einzelfall verknüpft verloren gehen. Gute Eigenschaften wurden auch darin gesehen, dass die E-Mail-Flut in der Behörde eingedämmt werden kann und durch Einrichtung von virtuellen Arbeitsgruppen ein Informationspool und Arbeitsort entsteht, auf den man selbst, bei Bedarf und entsprechend seiner eigenen Arbeitsorganisation, zugreifen kann. Auch durch das Werkzeug Soziales Netzwerk Wissen mehr und mehr zu teilen und sich von dem Grundsatz „Wissen ist Macht“ zu lösen, wurde als vorteilhaft und umsetzbar bewertet. Vor allem wurde ein internes Soziales Netzwerk für die öffentliche Verwaltung als Hilfsmittel gegen redundantes Arbeiten eingestuft, denn wenn bekannt ist in welchen anderen Behörden vergleichbare Projekte verwirklicht werden, kann gegenseitig voneinander profitiert und das Rad muss sprichwörtlich nicht von jeder Behörde neu erfunden werden. Ebenfalls positiv wurde eine „ungefilterte“ Informationsweitergabe jenseits der Hierarchiekette bewertet, so könne der „Stille-Post-Effekt“ gemindert werden. Um die Geeignetheit eines Sozialen Netzwerkes für die Verwaltung abschließend beurteilen zu können, werden von den Projektpartnern des Weiteren technische und rechtliche Aspekte, wie unter anderem Anforderungen an die Datensicherheit und Zugangsregeln und auch die Notwendigkeit und Ausgestaltung von Social-Media-Guidelines untersucht.

Das Forschungsprojekt hat einen zeitlichen Rahmen von einem Jahr und wird im Sommer 2013 beendet werden.

Für weitere Informationen zum Projekt steht Ihnen Elisabeth Krämer (kraemer@uni-speyer.de) gerne zur Verfügung.

Informierter Bürger trifft zuständigkeitsorientierte Verwaltung – und dann?

Das Internet hat sich nicht nur zu einem Leit- und Massenmedium entwickelt, sondern auch zu einem überaus wichtigen Informationsmedium, wodurch es unsere Wissenskultur verändert hat. Bevor ein Patient heute zum Arzt geht, setzt er sich oftmals an seinen Computer, um nach seinen Symptomen zu googeln oder Bewertungen

und Erfahrungsberichte von neuen Behandlungsmöglichkeiten für seine selbst diagnostizierte Krankheit zu recherchieren. Konkurrenz aus dem Internet haben auch Anwälte zu befürchten. Auf der Webseite „Check my case“ kann die Community ihre juristischen Fragen einer Art Selbsthilfegruppe stellen.

Gunter Dueck, Chief Technology Officer der IBM Deutschland schildert in seinem neuen Buch



„Professionelle Intelligenz. Worauf es morgen ankommt“ anhand dieser und anderer Beispiele, wie der Wissensvorsprung der Experten da-

hin schmilzt, weil das Wissen im Internet jedem zur Verfügung steht. Nach dem Surfen seien Bürgerinnen und Bürgern heute oft besser informiert als ihre Berater, die ihnen keinen Mehrwert mehr bieten können.

Die gleiche Situation trifft auf die öffentliche Verwaltung zu. Eine zunehmende Zahl von Bürgerinnen und Bürger hat sich bereits im Internet informiert, bevor sie „zum Amt“ kommen. Dort treffen sie indessen häufiger auf Sachbearbeiter, die begrenzt durch Zuständigkeiten und standardisierte Prozessabläufe nur einen bestimmten Ausschnitt der Verwaltungs- und Lebenswirklichkeit kennen. Nicht selten sind weder die Praktiken und Erfahrungen anderer Verwaltungen noch die Lebenslagen und Lebenskontexte der ratsuchenden Bürger bekannt. Unter besonderen Umständen, etwa Gespräche mit mehreren Personen oder Konferenzen, können Bürger mithilfe ihrer Smartphones sogar unmittelbar in Echtzeit Wissen abfragen und ihre „Überlegenheit“ demonstrieren. Betrachtet man diesen Trend in der digitalen Wissensgesellschaft, wird in zahlreichen neueren Publikationen der Untergang des Expertentums vorhergesagt. Ziel der Verwaltung muss es daher sein, die Verwaltungskommunikation und die Dienstleistungsqualität des Staates durch moderne Wissensmanagementsysteme und Kompetenzentwicklung weiter zu verbessern und die öffentliche Verwaltung auch im Zeitalter neuer Informations- und Kommunikationssysteme auskunfts-, beratungs- und dialogfähig zu erhalten.

Im Rahmen des Forschungsprojekts „Informierter Bürger trifft zuständigkeitsorientierte Verwaltung“ am Lehrstuhl von Prof. Dr. Hermann Hill, das in Kooperation mit Prof. Dr. Tino Schuppan vom IfG.CC durchgeführt wird, soll untersucht werden, wie Verwaltungen auf Bürger reagieren, die moderne Informationsmöglichkeiten und -techniken nutzen und deshalb umfassend und schnell informiert sind. Darüber hinaus stellt sich die Frage, wie sich aufgrund dessen die Interak-

tion zwischen Bürgern und Verwaltungsmitarbeitern verändert hat und ob sich diese Veränderungen z. B. auf die Legitimation von Verwaltung auswirken. In Fallstudien zu Verwaltungskontakten soll die informationelle Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Bürger näher betrachtet werden.

Nach einer umfangreichen Literaturlauswertung haben die wissenschaftlichen Mitarbeiter Sirko Hunnius und Sarah Schmitt vor einigen Wochen mit der Erhebung der empirischen Daten begonnen. Dazu werden Interviews mit Sacharbeitern und Führungskräften in Bürgerbüros, Berufsinformationszentren und Arbeitsagenturen in Speyer, Dudenhofen, Potsdam und Berlin geführt.

Das einjährige Forschungsprojekt wird vom ISPRAT-Institut unterstützt. ISPRAT will die Modernisierung der öffentlichen Verwaltung durch den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik fördern. Dieses Ziel wird durch strategische Forschungsprojekte, themenspezifische Tagungen und Kongresse sowie Öffentlichkeitsarbeit verfolgt. Arbeitsgrundlage sind zukunftsweisende strategische Projekte, für die ISPRAT Forschungsinstitute, Wirtschaft und Politik vernetzt.

Für weitere Informationen zum Projekt stehen Ihnen Sirko Hunnius (shunnius@ifg.cc) und Sarah Schmitt (sschmitt@uni-speyer.de) gerne zur Verfügung.

SpeyerJournal Nr. 22

Wintersemester 2012/13

(Fortführung des SpeyerBriefs)

Impressum

Herausgeber: Der Rektor der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer

Redaktion: Referat für Information und Kommunikation der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, Freiherr-vom-Stein-Str. 2, 67346 Speyer;

Tel.: 06232/654-225;

Fax: 06232/654-208;

E-Mail: strohm@uni-speyer.de

Verantwortlich: Dr. Klauspeter Strohm

Lektorat: Hildegard Grißmer

Druck: Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, Druckerei

Erscheinungsweise: einmal pro Semester, Auflage: 2.500

Nachdruck bei Quellenangabe und Übersendung eines Belegexemplars gestattet.

Fotonachweis: Uni-Speyer, Luise Gruender, BMI, FKS

X. Führungskolleg Speyer



Im September und November 2012 sowie im Februar 2013 fanden die fünfte, sechste und siebte Kurswoche des Führungskollegs Speyer unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Hermann

Hill in und außerhalb von Speyer statt. Die drei Module waren den thematischen Schwerpunkten „Personal“, „Verwaltungssteuerung“ und „Interkulturelles Management, Europäisierung“ gewidmet.

Die fünfte von insgesamt 12 Kurswochen des X. Führungskollegs Speyer fand in Saarbrücken und Speyer statt. Die Kurswoche hatte das Thema „Personal“ zum Schwerpunkt und knüpfte an die erste Kurswoche mit dem Thema „Führung“ an. Zu den Lernzielen dieser Kurswoche gehörte zum einen, dass die Kollegiatinnen und Kollegiaten neue Konzepte der Personalentwicklung sowie deren Umsetzung in der Praxis kennen lernen. Ein Gespräch mit einem Buchautor zu den Auswirkungen von Management-Reformen auf den Arbeitsplatz rundete dabei das Schwerpunktthema ab. Zusätzlich erörterten die Teilnehmer des Führungskollegs in einem Gespräch mit dem Präsidenten des Landtages des Saarlandes sowie dem Unternehmenssprecher des Bayerischen Rundfunks das Verhältnis zwischen Medien und Politik. Damit knüpften die Teilnehmer an die Gespräche in der vierten Kurswoche an mit dem Ziel, die Eigenrationalität der Politik noch besser zu verstehen.

Univ.-Prof. Dr. Manfred Becker, Mainz, führte einen Workshop zum Thema „Personalentwicklung als Führungsaufgabe“ durch. Personalentwicklung umfasse nach Becker alle Maßnahmen der Bildung, Förderung und der Organisationsentwicklung, die von einer Person oder Organisation zur Erreichung spezieller Zwecke zielgerichtet, systematisch und methodisch geplant, realisiert und evaluiert werden. Führung werde in prozessuale Führung, d. h. Mitarbeiter- bzw. Personalführung, und funktionale Führung, d. h. Unternehmensführung, Management unterteilt. Zu den Personalentwicklungsaufgaben gehörten neben Teambildung, Coaching, Mentoring und Potentialanalysen auch beispielsweise das Erstellen von Bedarfsanalysen sowie Tätigkeits- und Anforderungsanalysen. Wichtige Erkenntnis war, dass Personalentwicklung (PE) nicht delegierbar, sondern Aufgabe der Führungskräfte sei. Führungskräfte würden auf PE-Aufgaben jedoch kaum vorbereitet. Zu den Herausforderungen, die Führungskräfte zu bewältigen hätten, gehörten

beispielsweise Heterogenität der Teams, Zunahme von Kooperationen und Netzwerken, Integration von Migranten und Koordination von Teilzeit, Vollzeit, Partnerleistung und Techniknutzung. In Arbeitsgemeinschaften übten die Kollegiatinnen und Kollegiaten u. a., ein generisches Kompetenzmodell sowie Stellenbündel für die Finanzverwaltung und die allgemeine innere Verwaltung zu erstellen. Im Gegensatz zum generischen Kompetenzmodell verbinden Stellenbündel Tätigkeiten mit Anforderungen, bieten Informationen über Kerntätigkeiten gleicher oder verwandter Stellen, fassen fachliche und persönliche Anforderungen zusammen und sind Planungsgrundlage gezielter personalwirtschaftlicher Interventionen, insbesondere der Personalentwicklung. Stellenbündel werden bei Bedarf konkretisiert.

Der zweite Workshop unter der Leitung von Tobias Illig, Institut für Positives Management, Neustadt a. d. Weinstraße, hatte die „Stärkenfokussierte Führung“ zum Thema. Hierbei geht es um die positive Verstärkung der Talente und Fähigkeiten der Mitarbeiter. Der stärkenfokussierten Führung liegen drei Schwerpunkte zugrunde: „Produktivität“, „Positivität“ und „Personalität“. Zum Schwerpunkt „Produktivität“ lernten die Teilnehmer insbesondere die Entwicklung eigener Führungsstärke, das Management der Mitarbeiterstärken und personale Schwachestrategien. Bei „Positivität“ ging es vor allem um Kommunikation und Streitverhalten, positive Haltung und Optimismus sowie Teamentwicklung und Kultur. Unter dem Stichwort „Personalität“ wurden Themen wie Charakter und Persönlichkeit sowie Stresstabilität und Zufriedenheitstraining erörtert. Die Teilnehmer lernten in Zweierübungen beispielsweise, zunächst aus einer neutralen Situation heraus die Stärken des jeweils anderen Teilnehmers zu erkennen und zu formulieren und anschließend in einem simulierten Konfliktgespräch mit einem Mitarbeiter dessen Stärken herauszuarbeiten. Ein wichtiger Bestandteil dieser Übungen war es, die emotionalen Auswirkungen eines positiven Feedbacks bei sich selbst zu erkennen.



Kollegiaten des FKS X während einer Arbeitsgemeinschaft
Fotos: FKS

Das Thema des dritten Workshops lautete „Führungsidentität und Mitarbeiterführung“. Leiter dieses Workshops waren Dr. Kerstin Riedelbauch und Sascha Meyer vom Kompetenzzentrum für angewandte Personalpsychologie, Universität Bamberg. Ausgehend davon, dass Führungsidentität als Teil der Persönlichkeit gesehen wird, erarbeiteten die Kollegiatinnen und Kollegiaten in Gruppenübungen verschiedene Führungsstile und lernten verschiedene Kreativitätstechniken, mit denen gezielt neue Ideen zur Problemlösung entwickelt werden sollen, kennen.

Dr. Stefanie Müller, Universität des Saarlandes, Saarbrücken, referierte zum Thema „Darwiportunismus in der Arbeitswelt“. Dem Darwiportunismus, einem Konzept von Prof. Dr. Christian Scholz, liegt vereinfacht die Sichtweise zugrunde, dass (nur) in der Theorie zwei Arbeitsverträge, nämlich ein juristischer Vertrag (formaler Arbeitsvertrag) und ein „psychologischer Vertrag“ (Wahrnehmung gegenseitiger Erwartungen und Verpflichtungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Verantwortungsgebiete, „Spielregeln“), geschlossen würden. In der Realität herrschten jedoch eine Vielfalt der psychologischen Verträge, die benannt werden als „Gute alte Zeit“ (Wunsch der Mitarbeiter), „Kindergarten“ (PR-Broschüren), „Feudalismus“ (Gelebte Welt) und „Darwiportunismus pur“ (Notwendige Strategie). Diese erzeugten durch entsprechende Kombinationen unterschiedliche Intensitäten des Darwinismus, des Opportunismus oder des Darwiportunismus. Letzter sei ein Zustand, nach dem eine offene und wechselseitige Akzeptanz der Prioritäten sowohl des Arbeitgebers als auch des Arbeitgebers bestehen und klare Entscheidungskriterien vorliegen würden. Anhand praktischer Übungen übertrug die Referentin dieses Konzept auf die Beispiele der Personalführung und Personalentwicklung.

Neben der Theorie stand auch die Umsetzung von Personalkonzepten in der Praxis im Zusammenhang mit Organisationsveränderungen und Haushaltskonsolidierung im Vordergrund. Wolfgang Klein, Leiter der Abteilung Polizeiangelegenheiten und Bevölkerungsschutz im Ministerium für Inneres und Sport, Saarbrücken, erläuterte am Beispiel des Projekts „Polizei 2020“ auf beeindruckende Weise, wie eine Organisationsreform erfolgreich durchgeführt werden kann. Dass strategische Investitionen eine wichtige Voraussetzung für funktionierende Umstrukturierungen darstellen, erfuhren die Teilnehmer in einem Gespräch mit den Polizeihauptkommissaren Dieter Maus und Markus Barth, Polizei

Saarbrücken. Höhepunkt dieses Themenkomplexes war der Beitrag des saarländischen Ministers für Finanzen und Europa Stephan Toscani, MdL. Themen des Gesprächs waren unter anderem die Bedeutung der Schuldenbremse für den Personalbereich



Minister Toscani (r.) mit Kollegiat Spaniol beim Gespräch mit den FKS-Teilnehmern in Saarbrücken

sowie die Auswirkungen der demographischen Entwicklung auf den Personalbereich des öffentlichen Dienstes, Migranten im öffentlichen Dienst und die Frage nach einer ressortbezogenen vs. ressortübergreifenden Personalentwicklung.

Mit dem Ziel die Eigenrationalität der Politik besser zu verstehen, führten die Teilnehmer Gespräche mit dem Präsidenten des Landtages des Saarlandes Hans Ley, MdL sowie mit dem Unternehmenssprecher des Bayerischen Rundfunks und langjährigen Korrespondenten im ARD-Hauptstadtstudio Christian Nitsche zum Verhältnis zwischen Politik und Medien.



Kollegiat Kempf beim Gespräch mit dem Präsidenten des saarl. Landtages Hans Ley

„Leben im Büro“. Dies war Thema des Gesprächs mit Dr. Christoph Bartmann, Abteilungsleiter „Kultur und Information“, Goethe-Institut München, und Autor des gleichnamigen Buches. Die interessanten Überlegungen und kritischen Anmerkungen des Referenten zu den Auswirkungen von Management-Reformen auf den Arbeitsplatz rundeten das Schwerpunktthema ab und bildeten den Abschluss einer erfolgreichen Kurswoche.

Schwerpunkt der sechsten Kurswoche war das Thema „Verwaltungssteuerung“. Die Bundesagentur für Arbeit ist die beste nach modernen betriebswirtschaftlichen Grundsätzen geführte Behörde in Deutschland. Eine zentrale Einrichtung mit derart vielen dezentralen Agenturen kann auch nur auf diese Weise effizient und effektiv gesteuert werden. Ziel der Kurswoche war es daher zu erörtern, in-

wieweit diese ergebnis- und wirkungsorientierten Steuerungsformen auch für Landesverwaltungen geeignet sind. In der Führungsakademie der Bundesagentur für Arbeit in Lauf a. d. Pegnitz hörten die Teilnehmer dazu zunächst Vorträge u. a. von Dr. Ulrich Walwei, stellvertretender Direktor, Institution für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg, zum Thema „Megatrends am Arbeitsmarkt“, ferner von Robert Winter, Bereichsleiter Controlling, Führungsakademie Lauf, zum Thema „Strategisches und Operatives Controlling“ sowie von Dr. Roland Deinzer, Leiter Unternehmensentwicklung, Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg, zum Thema „Moderne Führung“. In einem halbtägigen Workshop „Erlebnisverantwortung umsetzen“ unter der Leitung von Martin Müller, ctcon GmbH, sollten die Teilnehmer das bisher Gehörte in einem Planspiel in die Praxis umsetzen. Bei diesem Planspiel ging es zusammengefasst darum, dass ein großes Schiffsbauunternehmen seine Organisation nach modernen betriebswirtschaftlichen Grundsätzen möglichst effizient und effektiv führt. Die Rollen der einzelnen Teilnehmer wurden wirklichkeitsgetreu verteilt: An dem Gesamtprojekt waren neben einem Manager auch Planer, Qualitätskontrolleure, Unternehmensberater, Transporteure, Kunden, Logistikleiter, Kundenberater und Lageristen beteiligt. Zu den Regeln gehörte, dass das Unternehmen kein Personal entlässt, jegliche Kundenwünsche (Lieferung, Zeitpunkt, Qualität, Design) berücksichtigt und insgesamt mehrere Geschäftsjahre durchgespielt werden. Die Schiffe mussten dabei mit vereinfachten kleinen Bausteinen tatsächlich und unter Zeitdruck gebaut werden, was die Komplexität des ganzen Unternehmens nochmals erhöhte.

Ein Vortrag von Prof. Dr. Anne Müller-Osten, Hochschule der Bundesagentur für Arbeit, Schwerin, zum Thema „Wie misst man Wirkung“ sowie ein Kaminesgespräch mit dem ehemaligen Kollegiaten (FKS IV) Raimund Becker, Vorstand Arbeitslosenversicherung, Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg, u. a. über eigene Erfahrungen bezüglich der Reformen bei der Bundesagentur für Arbeit, rundeten das Programm bei der Führungsakademie der Bundesagentur für Arbeit ab. Einen schönen Kontrast zu diesem Programmabschnitt bildete der Vortrag von Harald Riedel, Kämmerer der Stadt Nürnberg, zum Thema „Verwaltungssteuerung un-



Drei Führungskurse vereint: die Teilnehmer des X. Führungskollegs Speyer, des 23. Lehrgangs für Verwaltungsführung Bayern und des 20. Führungslehrgangs des Landes Baden-Württemberg mit den wissenschaftlichen Leitern Regierungspräsident a. D. Hans Angerer (Bayern), Andrea Schaal (Baden-Württemberg) und Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill (FKS X) vor dem Prinz-Carl-Palais in München

ter engen Haushaltsbedingungen am Beispiel der Stadt Nürnberg“.

In München beleuchteten die Teilnehmer in Vorträgen aus der Sicht der bayerischen Landesverwaltung die Frage, inwieweit ergebnis- und wirkungsorientierte Steuerungsformen für Landesverwaltungen geeignet sind. Schwerpunkte waren dabei „Der Blick in die Zukunft“, „Der Blick auf die Qualität“ sowie „Der Blick auf die Zahlen“. In dieser Reihenfolge trugen hierzu Dr. Ulrich Hange, Bezirk Oberbayern, PD Dr. Eva Stumpf, Universität Würzburg, und Brigitte Keller, Landratsamt Ebersberg, vor. Diese Beitragsreihe wurde ergänzt durch einen Vortrag des Intendanten des Bayerischen Rundfunks und ehemaligem Sprecher der Bundesregierung Ulrich Wilhelm zum Thema „Mitarbeiterbeteiligung bei Veränderungsprozessen“. Alle Vorträge zu diesem Themenkomplex wurden in ein zweitägiges Treffen mit dem 23. Lehrgang für Verwaltungsführung Bayern und dem 20. Führungslehrgang des Landes Baden-Württemberg, im Prinz-Carl-Palais, dem Sitz des bayerischen Kurses, eingebettet. Das gemeinsame Treffen diente vor allem der Netzwerkbildung im Föderalismus. Mit einer Vorstellung des selbst erarbeiteten Leitfadens „Bürgerbeteiligung“ durch den baden-württembergischen Kurs wurde thematisch an die 3. Kurswoche des FKS X zur Bürgerbeteiligung angeknüpft. Mit einem gemeinsamen Workshop zu diesem Thema fand die sechste Kurswoche einen sehr gelungenen Abschluss.

Die siebte Kurswoche fand in Straßburg und Speyer statt. Schwerpunkt dieser Kurswoche war „Interkulturelles Management und Europäisierung“. Die

Kurswoche diente dem Verständnis anderer Verwaltungskulturen und der Zusammenarbeit mit ausländischen Partnern sowie der vertieften Kenntnis europäischer Institutionen.

Der erste Kurstag in Straßburg begann mit einem Gespräch mit dem Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments, Rainer Wieland, MdEP. Themen des Gespräches mit dem Referenten, der gleichzeitig Präsident der Europa-Union Deutschland ist, waren u. a. die Rolle des Europäischen Parlaments im EU-Geflecht, die Kommunikation des Europäischen Parlaments gegenüber der EU-Bevölkerung sowie die Wahlbeteiligung in Deutschland. Im anschließenden Gespräch mit Dr. Dorothee von Arnim, Rechtsreferentin, Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte, Straßburg, war neben der Vorstellung der Aufgaben und der Organisation des Europäischen Gerichtshofes sowie des Verfahrensablaufes in Beschwerdeverfahren und einiger exemplarischer Fälle beim Gerichtshof auch die Art der Zusammenarbeit der Mitarbeiter sehr von Interesse. Wichtig sei hier, neben einer generellen gegenseitigen kulturellen Offenheit auch (kulturelle) Unterschiede nicht nur hinsichtlich der jeweiligen Rechtssprache zu erkennen und zu berücksichtigen, sondern beispielsweise auch hinsichtlich der sprachlichen Gepflogenheiten in der direkten Zusammenarbeit mit den Mitarbeitern aus unterschiedlichen Staaten.

Die Besuche der Teilnehmer des Führungskollegs bei der École Nationale d'Administration (ENA) und dem Institut National des Études Territoriales (INET) dienten dazu, französische Weiterbildungsmodelle kennenzulernen und zu vergleichen und zusammen mit den Gesprächen in der Région Alsace die französische Verwaltungskultur und aktuelle Probleme der Haushaltskonsolidierung und Verwaltungsreform in Frankreich zu diskutieren. Zu diesem Zweck stellten Dr. Fabrice Larat, stellvertretender Leiter des Referats Bildung, und Dr. Frédéric Edel, beide Forscher an der ENA, eine Präsentation des Forschungsprojektes zum Thema „Chancengleichheit in der französischen Verwaltung“ vor. Prof. em. Dr. Robert Hertzog stellte in einem Vortrag die Situation der öffentlichen Finanzen in Frankreich vor. Außerdem lernten die Kollegiatinnen und Kollegiaten die Grundausbildungs- und Fortbildungsaktivitäten der ENA kennen. Beim INET ging es im Schwerpunkt um die Frage, wie Mitarbeiter in der öffentlichen Verwaltung motiviert werden können. Nachdem der wissenschaftliche Leiter des FKS, Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill,

hierzu in einem interaktiven Vortrag unter Beteiligung einiger Kollegiatinnen und Kollegiaten über Erfahrungen in Theorie und Praxis berichtete, referierte Marianne Millet, stellvertretende Direktorin der Personalabteilung der Universität Straßburg, in ihrem Vortrag über Wege der Motivation, deren Werkzeuge sowie die praktische Anwendung in den kommunalen Spitzenverbänden in Frankreich. Beim Conseil Régional d'Alsace, dem Regionalrat des Elsass, hörten die Teilnehmer des Führungskollegs in einem Vortrag von Marie-Dominique Bernon, stellvertretende Leiterin der Abteilung für Raumplanung und Umwelt, zur Dezentralisierung in Frankreich. Wissenswertes über die Situation der französischen Gebietskörperschaften. Dem anschließenden Gespräch folgte die Präsentation der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit am Oberrhein von Olivier Martin, Leiter der Abteilung für Europäische und Internationale Angelegenheiten. Während eines kurzen Besuchs beim deutsch-französischen Sender ARTE führten die Teilnehmer des FKS ein Gespräch mit Dr. Axel Bussek, Justiziar ARTE Strasbourg, sowie Prof. Peter Gottschalk, Programmverantwortlicher Dokumentarfilm. Darin erfuhren sie neben Informationen zur Entstehung, Entwicklung und Struktur des Senders vor allem, wie der Sender die interkulturelle Programmgestaltung durchführt und welche Chancen und Probleme diese bietet.



Begrüßung im Eingangsbereich des Regionalrats des Elsass in Straßburg

Zurück in Speyer führten die Kollegiatinnen und Kollegiaten zwei ganztägige Workshops aus dem Themenbereich „Information und Übungen zur interkulturellen Kommunikation im Zusammenhang mit Verhandlungen im europäischen Kontext sowie im Zusammenhang mit Gästen aus oder Besuchen in Asien“ durch. Als Referenten konnte das Führungskolleg hierfür zum einen Anne Dussap-Köhler vom Euro-Institut Kehl und zum anderen Dr. Kirsten Nazarkiewicz und Lina Sjamsil-Monham, consilia cct, Frankfurt a.M., gewinnen. Die Kurswoche wurde mit einem Workshop zur kollegialen Beratung, gestaltet von den Teilnehmerinnen des FKS Dr. Kristin Körner und Jeannette Mischnick, beendet. Dieser Workshop diente der Vertiefung eines Ansatzes zur kollegialen Beratung aus der ersten Kurswoche des FKS.

4. Speyerer Tage zum Friedhofs- und Bestattungsrecht

Am 13./14. September 2012 veranstaltete Univ.-Prof. Dr. Ulrich Stelkens bereits zum vierten Mal die Speyerer Tage zum Friedhofs- und Bestattungsrecht an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften. Diese ungewöhnlich anmutende Veranstaltung, die teilweise gar auf Unverständnis stößt, hat sich inzwischen in der Fachwelt zu einer festen Größe etabliert. Dies zeigt nicht zuletzt die durch den Vortrag von PD Dr. Christoph Busch, Maître en Droit (Universität Osnabrück) über „Die DIN EN 15017:2006-01 für Bestattungs-Dienstleistungen: Rechtliche Bedeutung für Bestatter und Friedhofsträger“ angestoßene und kontrovers geführte Diskussion, die im Anschluss an die Tagung von den Bestatterverbänden in ihren Verbandszeitschriften weiterhin ausgetragen wurde: Während der Verband unabhängiger Bestatter e.V. im Vorwort der Oktoberausgabe 2012 der „VuB-Aktuell“ an die Menschlichkeit der Branche appellierte, die man nicht mit einer DIN messen und erreichen könne, entgegnete der Bundesverband Deutscher Bestatter e.V. (Wirthmann, bestattungskultur, Ausgabe 1/2013, S. 44 ff.), dass die DIN EN 15017 bewährte, auf nationaler und europäischer Ebene mit Verbraucherverbänden, Kirchen und anderen wichtigen Institutionen erarbeitete Normen enthalte, die für zukünftige Ausschreibungen und öffentliche Vergaben im Bestattergewerbe, bei etwaigen Streitigkeiten vor Gericht und der Beurteilung von Bestatterdienstleistungen durch Sachverständige ebenso von Bedeutung seien wie eine breite fachliche und menschliche Qualifikation in der Aus- und Fortbildung.

Für lebhaft und anregende Diskussionen im Rahmen der Tagung sorgten auch die folgenden Vorträge: Dr. Diana Zacharias (Wissenschaftliche Referentin, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, Heidelberg) präsentierte einen umfassenden Überblick über die „Aktuelle Rechtsprechung zum Friedhofs- und Bestattungsrecht“. Prof. Dr. Erik Gawel (Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung - UFZ, Leipzig/Universität Leipzig) erörterte „Rechtsfragen der Kalkulation von Grabnutzungsgebühren“. Gegenstand des Vortrages von Prof. Dr. Peter Axer (Juristische Fakultät, Universität Heidelberg) war „Der Friedhof als öffentliche Sache - Rechtliche Bedeutung und praktische Konsequenzen“. Dem folgten die Ausführungen von Prof. Dr. Ansgar Hense (Institut für Staatskirchenrecht der Diözesen Deutschlands, Bonn) zum Thema „Die Kirchen und das Friedhowswesen - aktuelle Fragen und Herausforderungen“.

Torsten F. Barthel, LL.M. (Rechtsanwalt, Berlin) beschäftigte sich mit dem „Umgang mit Urnen und Leichenresten nach Ablauf der Ruhezeit - eine Gesetzeslücke?“. Im Anschluss erläuterte Armin Braun (Ass. jur., Referent Haftpflichtschaden, GVV-Kommunalversicherung VVaG, Köln) die „Verkehrssicherungspflichten des Friedhofsträgers“. Abgerundet wurde das wissenschaftliche Programm der Tagung schließlich mit den Erwägungen von Dr. Julie-Andrée Trésoret (Richterin am Sozialgericht, z. Zt. Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Bundessozialgericht, Kassel) über „Sozialrechtliche Konsequenzen des Einsatzes ehrenamtlicher Helfer auf Friedhöfen“.

Darüber hinaus bot Luise Gruender (Pastoralreferentin, Bischöfliches Ordinariat, Speyer) den Teilnehmern in ihrer Führung durch den Kaiser- und Mariendom ganz besondere Einblicke in die Geschichte und Architektur des UNESCO-Weltkulturerbes.

Die 4. Speyerer Tage zum Friedhofs- und Bestattungsrecht haben erneut gezeigt, dass es möglich ist, trotz unterschiedlicher Interessenlagen auf gemeinsamer Grundlage Problemlösungen zu suchen, die der besonderen Sensibilität des Tagungsgegenstandes gerecht werden. Nicht nur die Themenvielfalt und die gelungene Zusammenstellung der Referenten, die zum Teil aus ganz unterschiedlichen Perspektiven an die aufgeworfenen Fragestellungen herantraten, sondern gerade auch das „Zur-Verfügung-Stellen“ einer gemeinsamen Diskussionsplattform sorgten daher für eine gelungene Fortsetzung der Tagungsreihe, die mit den „5. Speyerer Tagen zum Friedhofs- und Bestattungsrecht“ am 12./13. September 2013 fortgeführt wird.

Die Präsentationen der Referenten der „4. Speyerer Tage zum Friedhofs- und Bestattungsrecht“ sind für die Teilnehmer zugänglich auf der Homepage von Prof. Dr. Ulrich Stelkens unter <http://www.dhv-speyer.de/stelkens/Bestattungsrecht/2012/index.htm>.

Ein ausführlicher Bericht von Edwin Hanselmann über die Veranstaltung und die einzelnen Vorträge ist abgedruckt in der Zeitschrift „Friedhofskultur“, Heft 12/2012, S. 10 ff.

O. S.

24. Europa-Seminar Speyer

Unter der wissenschaftlichen Leitung von Herrn Univ.-Prof. Dr. Siegfried Magiera und Herrn Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Karl-Peter Sommermann fand vom 15. bis 17. Oktober 2012 das 24. Europa-Seminar Speyer statt. Im Zentrum des als Weiterbildungsveranstaltung konzipierten Seminars standen einerseits die Rolle der

Länder und Kommunen nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon sowie andererseits Fragen der Finanzkrise und der Finanzstabilität. Die rund 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten diese und weitere Themen, wie die Wachstumsstrategie „Europa 2020“, die Solidarität in der Europäischen Union

oder deren Zukunftsperspektiven mit den aus Wissenschaft und Praxis eingeladenen Referenten. Das 25. Europa-Seminar Speyer wird vom 9. bis 11. Oktober 2013 stattfinden. Nähere Informationen zum Programm sind in Kürze unter <http://www.dhv-speyer.de/sommermann/tagungen.htm> abrufbar.

Wege zu mehr Demokratie in unserem politischen System

14. Speyerer Demokratietagung

Am 6. und 7. Dezember 2012 konnte Univ.-Prof. Dr. Hans-Herbert von Arnim zahlreiche Gäste zur inzwischen bereits 14. Demokratietagung begrüßen.

Auch in diesem Jahr war es von Arnim gelungen, für diese hochkarätige Veranstaltung Referenten

von allerhöchstem wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Rang zu gewinnen. Gleich zu Beginn der Tagung begegneten sich mit Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE) und Dr. Günther Beckstein (CSU) zwei Exponenten der äußersten Ränder des demokratisch-parlamentarischen Spektrums. Ihre unmittelbar aufeinander folgenden Referate zeigten den Ta-

gungsteilnehmerinnen und -teilnehmern denn auch die Bandbreite des politischen Spektrums in der Bundesrepublik auf. Gysi ging in seinem Referat zunächst auf den Einfluss der Banken und der Medien auf die Politik ein, bevor an er den Fallbeispielen Sarrazin, v. Guttenberg, Wulff und Steinbrück aufzeigte, welche Gefahren Politikern von Seiten der Medien drohen können.

Mit Blick auf das Wahlrecht in Deutschland plädierte Gysi für Neuregelungen bezüglich der Festlegung der Reihenfolge der Listenkandidaten: Diese sollte besser durch die Wähler selbst erfolgen. Er schlug vor, hierfür neben den beiden Stimmen für den Direktkandidaten und die Liste eine dritte Wählerstimme einzuführen. Dies zwänge Kandidaten dazu, sich nicht nur ihrer Partei, sondern in

mindestens dem gleichen Umfang auch den Bürgern verpflichtet zu fühlen.

Hinsichtlich der Diskussion um Volksentscheide auf Bundesebene regte Gysi an, dass jede im Parlament

vertretene Partei den Bürgern ein Jahr vor der Wahl eine mit einem einfachen „Ja“ oder „Nein“ beantwortbare Frage zur Abstimmung vorlegen sollte. Die auf diesem Weg entschiedenen Fragen sollten Gesetzeskraft erhalten. Ein derartiges Verfahren könne den Bürgern ein oft vermisstes Erfolgserlebnis verschaffen.



Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE) und Dr. Günther Beckstein (CSU) referierten auf der Speyerer Demokratietagung
Foto: Uni Speyer

Günther Beckstein MdL stellte in den Mittelpunkt seines Vortrages die Mitwirkung der Länder im Bundesrat zur Erfüllung ihrer gesamtstaatlichen Verantwortung. Er sprach sich in diesem Zusammenhang für eine Ausweitung direktdemokratischer Verfahren auf allen politischen Ebenen aus und schilderte den schwierigen Weg zur Durchsetzung von Bürgerentscheiden und Volksabstimmungen. Durchweg seien diese mit hohen Eingangshürden versehen, um eine missbräuchliche Anwendung zu verhindern. Becksteins Erfahrungen hätten gezeigt, dass die Bürger bei der Bewertung der zur Abstimmung gestellten Fragen meist viel strenger urteilten als es sich die auf Zustimmung der Bürger bei künftigen Wahlen angewiesenen Politiker trauen würden. Beckstein warnte jedoch, dass es auch Themen geben könnte, die sich mit Blick auf ihre

Komplexität nicht für eine Entscheidung in Verfahren direkter Demokratie geeignet.

Am zweiten Tag der Demokratietagung referierte der Stellvertretende Vorsitzende der CDU-Fraktion im rheinland-pfälzischen Landtag, Christian Baldauf über „Politische Partizipation auf Landesebene“. Er berichtete von den Beratungen der „Enquete-Kommission Bürgerbeteiligung“ im Landtag. Besonders fokussierte er die geplante Absenkung des Wahlalters, der er zurückhaltend gegenübersteht.

In der anschließenden, eingehenden Diskussion unter der Leitung des Vorsitzenden der „Stiftung Ökologie und Demokratie e.V.“, Hans-Joachim Ritter zeigte sich das große Interesse der Tagungsteil-

nehmerinnen und -teilnehmer am Thema „Bürgerbeteiligung“.

Mit besonderer Spannung erwartet wurde dann das Referat von Hans-Josef Graefen, der zum Thema „Probleme bei der Richterwahl“ sprach. Graefen, dessen Ernennung zum Präsidenten des Oberlandesgerichts Koblenz vor fast zwei Jahren für Schlagzeilen sorgte, weil der damalige Justizminister diese offenbar verhindern wollte, verzichtete jedoch darauf seinen eigenen Fall zu thematisieren und beleuchtete stattdessen grundsätzlich die Bestellung höchster Richter. Er kritisierte dabei die oft zu große Einflussnahme der Politik und plädierte für eine generelle Neuordnung dieser Richterberufungen.

Der Landkreis als Zukunftsmodell. Zur Rolle der Kreise im Mehrebenensystem

Speyerer Forum zur Kommunal- und Verwaltungsreform

Vom 21 bis 22. Februar 2013 fand an der Universität Speyer unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Sabine Kuhlmann und Univ.-Prof. Dr. Jan Ziekow zum dritten Mal das Speyerer Forum zur Kommunal- und Verwaltungsreform statt. Das Thema der mit rund 100 Teilnehmern sehr gut besuchten Veranstaltung war in diesem Jahr „Der Landkreis als Zukunftsmodell. Zur Rolle der Kreise im Mehrebenensystem“. Vor dem Hintergrund einer negativen Bevölkerungs- und Finanzentwicklung, gestiegener Anforderungen an die Aufgabenerledigung sowie vielfältiger Diskussionen über Metropolregionen und Regionalkreise gab die Tagung einen Überblick über aktuelle Reformdebatten und -erfahrungen sowie Szenarien der zukünftigen Entwicklung und Positionierung kreislicher kommunaler Selbstverwaltung im politisch-administrativen Mehrebenensystem.

Zu Beginn der Tagung führte Prof. Dr. Sabine Kuhlmann in das Thema dieser Weiterbildung ein und skizzierte auch vor dem Hintergrund internationaler Erfahrungen die Herausforderungen der kreislich-kommunalen Selbstverwaltung in Deutschland. Erster Hauptredner war Landrat Reinhard Sager (Vorsitzender des Landkreistags Schleswig-Holstein und Landrat Ostholstein), der sich mit der Frage auseinandersetzte, welche Möglichkeiten und Grenzen der demokratischen Beteiligung es auf Ebene der Kreise gibt. Sein Fazit lautete, dass die Kreise existentiell auf die Mitwirkung ihrer Bür-

ger angewiesen sind. Außerdem trat Sager dafür ein, verschiedene demokratische Beteiligungsformen sinnvoll miteinander zu verbinden. Im Anschluss diskutierte Landrat Dr. Alexander Saftig (Landrat Mayen-Koblenz) die Vorzüge und Probleme der Direktwahl eines Landrats. In seinem Vortrag erörterte er, inwiefern diese zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung sowie der demokratischen Beteiligung auf Kreisebene beitragen kann. Dr. Martin Klein (Hauptgeschäftsführer des Landkreistags Nordrhein-Westfalen) blickte in seinem Vortrag auf die Perspektiven der Kreise zwischen Dezentralisierung und Konzentration öffentlicher Aufgaben und konstatierte dabei, dass sich die Kreise als äußerst flexible Verwaltungsebene für kommunale und staatliche Aufgaben bewährt hätten, aber der Kostendruck zukünftig bei allen Beteiligten weitere Optimierungsprozesse anstoße. Die Aufgabenverteilung zwischen Kreisen und Gemeinden selbst behandelte Prof. Dr. Thorsten Ingo Schmidt (Kommunalwissenschaftliches Institut der Universität Potsdam), wobei er einen Überblick über die Aufgaben(träger), den rechtlichen Rahmen im Verhältnis zwischen Kreisen und Gemeinden, die Aufgabenzuweisung durch den Gesetzgeber, die Aufgabenbeschaffung durch den Landkreis sowie die Folgen der Aufgabenverlagerung gab. Am Ende des ersten Veranstaltungstages sprach Christian Schwartz (Directeur général délégué/secrétaire général Conseil général du Territoire de Belfort) über die kommunale Ebene in Frankreich. Konkret

referierte er über den französischen Staatsaufbau, die Dezentalisierungsreformen und die Gebietskörperschaften sowie die kommunale Ebene (Départements, Gemeinden sowie interkommunale Strukturen).

Ministerialdirigent Hans-Heinrich Lappat (Leiter der Abteilung „Kommunalangelegenheiten und Ausländerrecht“, Ministerium für Inneres und Sport Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin) eröffnete den zweiten Veranstaltungstag und berichtete über die Erfahrungen mit den nach einer drastischen Territorialreform neu geschaffenen Landkreisen in Mecklenburg-Vorpommern. Die Lehren aus der aktuellen Reform zog Lappat vor dem Hintergrund gegenwärtiger Reformprobleme, wie etwa des Größenverhältnisses zwischen Einwohner und Fläche, der IT-Vereinheitlichung sowie der Umstellung auf die Doppik.

Als nächster Referent ging Landrat Roland Schwing (Erster Vizepräsident des bayerischen Landkreistags, Landrat Miltenberg) in seinem Vortrag auf „Strategien zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit in kleinen Landkreisen“ ein. In diesem Zusammenhang warf Herr Schwing die Frage auf, ob die Größe allein als geeignetes Kriterium für die Zukunftsfähigkeit von Landkreisen gelten könne bzw. ob die Größe eines Landkreises überhaupt automatisch mit Verwaltungsstärke gleichgesetzt werden kann.

Daran anschließend sprach schließlich Dr. Hans Walter Sebastian Dette (Präsident des Thüringer

Rechnungshofes) über Kreisgrößen und wirtschaftliches Verwaltungshandeln am Beispiel Thüringens. Anhand spezifischer Lösungsansätze zur Struktur- und Aufgabenneugestaltung zeigte Dr. Dette, wie durch deren Umsetzung auch Spareffekte eintreten können. Konkret wurden dabei die Senkung von Ausgaben durch Strukturveränderungen, hauptsächlich im Personalbereich, und durch die Optimierung von Verwaltungsprozessen angesprochen.

Nächster Referent war Prof. Dr. Martin Junkernheinrich (Universität Kaiserslautern) mit einem Vortrag über „Kreisfinanzen unter Reformdruck: fiskalische Perspektiven der Kreisebene“. Zunächst beschrieb er die Finanz- und schuldenpolitische Lage der Kreise. Im Anschluss daran erläuterte er anhand verschiedener Haushaltskennzahlen den Zusammenhang zwischen Kreisfinanzen und Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik. Einen Ausblick in die Zukunft wagend, prognostizierte er vorsichtig, dass föderale Verteilungskonflikte zunehmen und die Länder die Kommunen an den Einsparleistungen für die Schuldenbremse beteiligen werden. Den letzten Vortrag hielt Prof. Dr. Hans-Günter Henneke (Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Landkreistages).

In seiner fulminanten Replik auf sämtliche Vorträge der Tagung arbeitete Prof. Henneke noch einmal die Bedeutung der Kreise im deutschen Mehrebenensystem heraus und ließ auch mit Blick auf künftige Herausforderungen keinen Zweifel an deren Zukunftsfähigkeit.

Kommunales Straßennetz II: Nutzung, Unterhaltung, Umweltpolitik

5. Speyerer Tage zu kommunalen Infrastrukturen

Unter dem Titel „Kommunales Straßennetz II: Nutzung, Unterhaltung, Umweltpolitik“ fanden am 5./6. März 2013 zum fünften Mal die „Speyerer Tage zu kommunalen Infrastrukturen“ unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Ulrich Stelkens statt. Aufgrund der großen Resonanz der Teilnehmer auf die Veranstaltung im vergangenen Jahr, die sich bereits mit dem Thema „Kommunales Straßennetz: Planung, Nutzung und Unterhaltung“ auseinander gesetzt hatte, wurde der Tagungsgegenstand auch in diesem Jahr im Rahmen der jährlich stattfindenden Tagungsreihe „Speyerer Tage zu kommunalen Infrastrukturen“ aufgegriffen und fortgeführt.

Gegenstand der diesjährigen Tagung waren aktuelle Rechtsfragen der Nutzung und Instandhaltung von Straßen und Straßenbestandteilen, die Besonderheiten der Verwaltung von Ortsdurchfahrten von Bundesfernstraßen sowie die Möglichkeiten kommunaler Verkehrspolitik und kommunaler Verkehrs-Umweltpolitik.

Eröffnet wurde das wissenschaftliche Programm der Veranstaltung mit dem Vortrag von Privatdozent Dr. Thorsten Siegel (Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer) über „Gemeingebrauch und Sondernutzung in der neueren Rechtsprechung“, in dem er sich mit der straßen-

rechtlichen Einordnung einzelner Fallbeispiele aus der aktuellen Rechtsprechung, ihrer rechtlichen Bedeutung und Grenzen auseinandersetzte. Konkret ging es um Nebeneffekte zur Fortbewegung wie Kamerafahrten (Google Street View) und Werbung auf Fahrzeugen, um freizeitliche Betätigungen wie „Bier-Bikes“ und „Rucksacktrinken“, um den kommunikativen Verkehr wie Gehsteigerberatungen und um gewerbliche Betätigungen wie das Aufstellen von Heizpilzen.

Dem folgten die Ausführungen von Prof. Dr. Peter Axer (Juristische Fakultät, Universität Heidelberg) zum „Anliegergebrauch“, seiner Begründung und Rechtfertigung sowie seiner rechtlichen Einordnung und Konsequenzen. Als Recht zur (erlaubnisfreien) über den schlichten, auf den Verkehr gerichteten Gebrauch hinausgehenden Mitnutzung der Straße ist der Anliegergebrauch nur in einzelnen Straßen- und Wegegesetzen ausdrücklich als eigenständiges Rechtsinstitut ausgestaltet und geregelt. Fehlen solch ausdrückliche Regelungen ist auf die Figur des gesteigerten Gemeingebrauchs zurückzugreifen, wobei der Anliegergebrauch kein eigenständiges Rechtsinstitut neben Gemeingebrauch und Sondernutzung, sondern Bestandteil und besondere Form des Gemeingebrauchs ist.

Gegenstand des Vortrages von Joachim Majcherek (Leiter Justizariat Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen, Gelsenkirchen) war die „Rechtliche Bewältigung von Bauarbeiten auf Straßengrund“. Unter anderem wurde erörtert, wer Beteiligter an einer Straßenbaustelle ist, welche Rechte und Pflichten (insb. Verkehrssicherungspflichten) diesen Beteiligten obliegen, wer für die Überwachung und Kontrolle der Arbeitsabläufe von Aufbrucharbeiten verantwortlich ist und welche Ansprüche im Zusammenhang mit Baustellen bestehen.

Unter Darstellung aktueller Schadensfälle gab Dr. Peter Itzel (Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht Koblenz) in seinem Vortrag „Schadensersatzansprüche bei Beschädigung der Straße und ihrer Bestandteile“ einen umfassenden Überblick über die einzelnen in Betracht kommenden Anspruchsgrundlagen, ihre Voraussetzungen und Rechtsfolgen. Ein Schwerpunkt bildete dabei die Anwendbarkeit der Vorschriften über die Geschäftsführung ohne Auftrag (§§ 677 ff. BGB) und deren Verhältnis zu öffentlich-rechtlichen Kostenerstattungsregelungen.

Im Anschluss nahm Prof. Dr. Michael Sauthoff (Vizepräsident am Oberverwaltungsgericht Mecklen-

burg-Vorpommern, Greifswald) die Festsetzung, Nutzung und Unterhaltung sowie die Besonderheiten von „[...] Ortsdurchfahrt[en] von Bundes-, Landes- und Kreisstraßen“ in den Blick. Dabei diskutierte er verschiedene Rechtsfragen, die sich im Zusammenhang mit überörtlichen Wege- bzw. Straßenverbindungen stellen, die durch einen Ort führen, wie etwa die Auswirkungen der Ortsdurchfahrt auf die Verteilung der Straßenbaulast, die Eigentumsverhältnisse, die Besonderheiten der Nutzung und Anbaubeschränkungen sowie Reinigungs- und Winterdienstspflichten in Bezug auf Ortsdurchfahrten.

Abgerundet wurde die Veranstaltung mit dem Vortrag von Prof. Dr. Hans Peter Michler (Hochschule Trier - Umwelt-Campus Birkenfeld) über „Straßenlärmminderung als kommunale (Pflicht?-)Aufgabe“, in dem er zunächst straßenverkehrsrechtliche Lärmminderungsmaßnahmen und insbesondere die Anordnungen nach § 45 Abs. 1 Satz 1 und 2 Nr. 3 STVO erörterte. Anschließend befasste er sich mit der Lärmaktionsplanung nach § 47e BImSchG und insbesondere ihrem Verhältnis zu straßenverkehrsbehördlichen Anordnungsbefugnissen.

Die Tagungsreihe wird am 13./14. März 2014 mit den „6. Speyerer Tagen zu kommunalen Infrastrukturen“ fortgesetzt, die sich mit einem vergleichbaren Tagungsgegenstand beschäftigen werden.

Ein ausführlicher Bericht über die Veranstaltung und die einzelnen Vorträge von Dr. Boas Kümpfer wird in Kürze erscheinen. Weitere Informationen hierzu und zu den Veranstaltungen des Lehrstuhls finden Sie unter <http://www.uni-speyer.de/stelkens/index.htm>.

O. S.

8. Speyerer Führungswerkstatt

Öffentliche Verwaltung und Mediation. Bewältigung von Binnenkonflikten und Konfliktschlichtung im Verhältnis zur Zivilgesellschaft unter dem Mediationsförderungsgesetz

Bereits zum achten Mal fand vom 13. bis 15. März 2013 die Speyerer Führungswerkstatt statt. Unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Rainer Pitschas, Universität Speyer, sowie unter Mitwirkung von Herrn Harald Walther, Richter am Verwaltungsgericht Darmstadt, widmete sie sich in diesem Jahr dem Thema der Mediation als Handlungsform öffentlicher Verwaltung. Das Thema hat in jüngerer Zeit in allen Bereichen der öffentlichen Verwaltung einen unüberschbaren Aufschwung genommen. Vor dem Hintergrund vielfältiger Konflikte im Alltag des Verwaltungshandelns und der Notwendigkeit, diese soweit wie möglich zu vermeiden bzw. aufzulösen, erscheint die Mediation mehr und mehr als ein geeigneter Weg, die Verwaltungsführung effektiver zu gestalten. Die Veranstaltung bot Gelegenheit, sowohl einen Einblick in die Grundzüge der Konfliktlösungsmethode „Mediation“ zu erhalten als auch deren Anwendung durch Rollenspiele zu verwaltungsinternen und -externen Konflikten zu üben.

Mit einem Vortrag zum Thema „Öffentliche Verwaltung und Mediation zwischen Verwaltungsinteressen und Bürgerengagement“ führte Prof. Dr. Dr. h. c. Rainer Pitschas in die Tagung ein. Er unterstrich zunächst die wachsende Bedeutung der Mediation als Methode und als Instrument der Auflösung von Konflikten im öffentlichen Sektor. Zu diesem Zweck skizzierte er die entstehenden Konflikte nach Konfliktlagen und -typen, wie sie innerhalb und mit der öffentlichen Verwaltung auftreten; er prognostizierte sodann den Abschied autoritativer Konfliktentscheidungen der Verwaltung. In Bezug auf die gebotene offene und partizipative Zusammenarbeit mit den Bürgern sollten Verwaltung und Bürgergesellschaft sowohl bei Konflikten mit der Verwaltung bis hin zu Großprojekten als auch die Verwaltung intern die Konfliktschlichtung durch Mediation nutzen und sie auch als Führungsinstrument einsetzen.

Harald Walther, Dipl.-Verw., Mediator (BM), führte sodann plastisch und anhand von Beispielen in „Methode und Verfahren der Mediation“ ein. Dabei konzentrierte er sich auf den Ablauf einer Mediation in der Praxis. Er stellte unter anderem vor, wie

eine Mediation abläuft, welche Fähigkeiten und Charakter ein/-e Mediator/-in aufweisen soll, in welchen Fällen eine Mediation erfolgversprechend ist, welche Interessenkonflikte auftreten können und welche Ergebnisse sie bewirken kann. Er erläuterte überdies die Inhalte und Details des neuen „Mediationsgesetzes“, das nunmehr in Kraft getreten ist.



Prof. Dr. Shinsuke Matsuzuka, Kyoto Womens University, Kyoto/Japan bei seinem Vortrag
Foto: Uni Speyer

Prof. Dr. Shinsuke Matsuzuka, Kyoto Womens University, Kyoto/Japan, verdeutlichte im Laufe des zweiten Tages in seinem Vortrag zum Thema: „„Harmonie‘ durch Mediation zwischen Bürger und Staat in Japan?“ die Unterschiede zum methodischen Verständnis in Deutschland. Auch in Japan finde das Thema Mediation großen Anklang, wie er herausstellte. Wegen der geringen Anzahl der Richter und Rechtsanwälte werde dort Mediation bevorzugt und im außergerichtlichen Verfahren würden viele Konflikte gelöst. Der japanische Referent versuchte sodann, den deutschen Teilnehmern die Mediationstradition seines Landes zu erklären. Er führte aus, dass die Mediationsverfahren in den unterschiedlichen Kulturkreisen nicht identisch sein könnten: Der große Unterschied im Vergleich zum westlichen Verständnis eines Mediationsverfahrens liege darin, dass der Mediator in der Gesellschaft einen großen Respekt genieße und zum Teil einzelne getrennte Gespräche mit der jeweiligen Konfliktpartei führen dürfe. Der Vortrag trug dazu bei, dass die Tagungsteilnehmer die in Japan existieren-

de Methode außergerichtlicher Konfliktschlichtung erfahren und verstehen konnten.

Schon zuvor hatte die Gruppenarbeit mit Rollenspielen nach Maßgabe aufbereiteter Praxisfälle begonnen. Die Vielfalt der Möglichkeiten einer „verwaltungsexternen Mediation“ und einer „verwaltungsinternen Mediation“ als Instrumente der Konfliktschlichtung wurden ausgelotet. Die Teilnehmer erarbeiteten in Gruppen den möglichen Mediationsweg in verschiedenen Konfliktsituationen. Im Rahmen des Rollenspiels übernahm jeder Teilnehmer eine Rolle. Anschließend wurde im Plenum über den Ablauf der jeweiligen Mediation diskutiert. Häufig gestellte Fragen waren, wie sich der Mediator bei der Bewältigung von Konflikten im einzelnen Mediationsverfahren hätte verhalten sollen und über welche Fähigkeiten und Kenntnisse er verfügen müsse bzw. welche Entscheidungsbefugnisse er habe.

Darüber hinaus diskutierten die Teilnehmer aus der Verwaltung mit den beiden Übungsleitern aktuelle Tagesfragen im Zusammenhang mit der Bewältigung von Binnenkonflikten innerhalb der Verwaltung und der Konfliktschlichtung im Verhältnis zur Zivilgesellschaft (Stuttgart „21“, B 10 u. a. m.). Als Ergebnis kann festgehalten werden, dass Mediation in der öffentlichen Verwaltung weiter an Bedeutung gewinnen und insbesondere als neues Instrument bei Schlichtungen verstärkt eingesetzt werden wird.

Aufgrund der allgemein positiven Reaktionen der Teilnehmer auf die Tagung und angesichts der Anfragen nach weiteren Veranstaltungen der Speyerer Führungswerkstatt zur Mediation haben die Veranstalter beschlossen, nächstes Jahr diese Reihe fortzusetzen.

Sang Hoon Lee

The Arab Spring and MENA Economics: Quo vadis?

Vom 18. bis 20. März 2013 fand am Deutschen Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer die 12. Internationale Tagung der „Middle East Economic Association“ (MEEA) statt; organisiert und wissenschaftlich geleitet wurde die Veranstaltung von Univ.-Prof. Dr. Andreas Knorr und PD Dr. Rahel Schomaker.

Die MEEA als weltweit größte wirtschaftswissenschaftlich ausgerichtete Vereinigung zur Erforschung der Volkswirtschaften des Nahen Ostens und Nordafrikas tagte zum ersten Mal in Deutschland; es nahmen rund 80 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus den Staaten des Nahen Ostens und Nordafrikas teil, schwerpunktmäßig aus Ägypten und Algerien sowie aus der Türkei, den USA und

Frankreich.

Ziel der Veranstaltung war es, zu einem besseren Verständnis der ökonomischen, politischen und sozialen Aspekte der aktuellen Transitionsprozesse in den verschiedenen Staaten des Nahen Ostens und Nordafrikas (MENA-Region), welche unter dem Schlagwort des „Arab Spring“ in der internationalen Politik- und Forschungslandschaft diskutiert werden, beizutragen. Diskutiert wurden wirtschaftliche Probleme der Volkswirtschaften des Nahen Ostens, aber auch Fragen der Governance- und Institutionenqualität, der internationalen Sicherheit und Migration. Neben den regionalen Auswirkungen stand insbesondere die Frage im Mittelpunkt, welche Auswirkungen für die Staaten der EU und die künftigen Beziehungen im Rahmen der Euro-Mediterranen Zu-

sammenarbeit zu erwarten sind bzw. welche Herausforderungen, aber auch Chancen sich für die zukünftige Kooperation ergeben werden.

Eine Auswahl der besten Konferenzbeiträge wird in englischer Sprache in Buchform erscheinen, weitere Konferenzbeiträge werden im Rahmen eines online verfügbaren Journals erscheinen (<http://www.luc.edu/orgs/meea/>).

Ein Rahmenprogramm, etwa ein Empfang durch den Direktor des FÖV und den Rektor der Universität Speyer sowie ein Konferenzdinner im Rathaus rundeten das wissenschaftliche Programm ab.

Vortrag in Berlin

Bei der Expertendiskussion beim Deutschen Kämmerertag referierte Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber am 13. September 2012 in Berlin zum Thema „Steht die Finanzautonomie auf dem Spiel? – Die Zukunft der deutschen Kommunen im Euro-Raum“.

Karlsruher Versicherungstag

Am 18. September 2012 hielt Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber beim Karlsruher Versicherungstag der IHK Karlsruhe in Karlsruhe einen Vortrag zum Thema „Gesetzlich unersetzlich – Was Betriebsrenten leisten können und was sie leisten müssen“.

Vortrag in Rom

Bei der Jahrestagung der International Associations of Centres for Federal Studies (IACFS) in Rom (Italien) referierte Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber am 20. September 2012 zum Thema „Why there have not been reforms of the boundaries of German Länder? History, reasons and perspectives“.

DVPW-Kongress 2012

Auf dem 25. Kongress der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) in Tübingen veranstaltete die Sektion „Policy-Analyse und Verwaltungswissenschaft“, welche von Univ.-Prof. Dr. Sabine Kuhlmann, gemeinsam mit Univ.-Prof. Dr. Marian Döhler (Universität Hannover), PD Dr. Sebastian Haunss (Universität Konstanz) und Julia Fleischer (FÖV Speyer) geleitet wird, zwei Panels zu den Themen „Verwaltete Demokratie oder demokratische Verwaltung?“ sowie „Genese, Grenze und Dynamik von Politikfeldern“.

Vortrag in Wien

Am 28. September 2012 hielt Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber bei

der Dreiländertagung „Finanzkrise und Verwaltung – Auswirkungen und Chancen“ der Deutschen Sektion in Wien (Österreich) einen Vortrag zum Thema „Auswirkungen der Finanzkrise auf die Handlungsspielräume der deutschen Verwaltung“.

NKR-Jahresbericht 2012

Am 10. Oktober 2012 wurde im Bundeskanzleramt der Jahresbericht des Nationalen Normenkontrollrats (NKR) an Bundeskanzlerin Angela Merkel überreicht. Univ.-Prof. Dr. Kuhlmann und die anderen Mitglieder des Rates erhielten im Anschluss die Gelegenheit, gemeinsam mit der Kanzlerin die zukünftigen Schwerpunkte der Ratsarbeit (u. a. Bürokratieabbau auf EU-Ebene, Regierungskoordination von „Better Regulation“ und E-Government sowie Fragen der ex post-Evaluation von Gesetzen) zu erörtern.

Deutsch-Chinesisches Bürgermeisterforum

Bei der Abschlusskonferenz des Deutsch-Chinesischen Bürgermeisterforums „Nachhaltige Stadtentwicklung“ der China Association of Mayors CAM und der GIZ in Peking (China) moderierte Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber am 18. Oktober 2012 das Panel II „Wirtschaftliche und soziale Transformation und sektorale Restrukturierung in Städten“.

International Symposium on Research Development of Leadership

Am International Administration Institute in Shanghai hat Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Andreas Knorr zusammen mit Univ.-Prof. Dr. Ulrich Stelkens und Univ.-Prof. Dr. Holger Mühlenkamp am 20. Oktober 2012 einen Vortrag zum Thema „Performance-Oriented Pay as an Effective Experience Instru-

ment in the Civil Service or Management by Frustration? – The German experience of Pay for Performance for University professors“ gehalten.

Vortrag in Peking

Am 22. Oktober 2012 referierte Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber bei der Konferenz „Verwaltungsreformen in China und Deutschland vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Finanzkrise“ der Chinese Academy of Governance CAG und der GIZ in Peking (China) zum Thema „Die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise(n) für die öffentliche Verwaltung in Deutschland“.

Forschungsaufenthalt in Speyer

Vom 23. Oktober bis zum 1. November 2012 weilte Herr István Hoffman, PhD und Ass.-Prof. an der Eotvös Lorand Universität in Budapest/Ungarn am Deutschen Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer zu einem Gastforscheraufenthalt auf Einladung von Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Rainer Pitschas. Der Schwerpunkt seiner Forschung lag auf der Sammlung einschlägiger Literatur und Rechtsprechung zur Daseinsvorsorge im Europäischen Verwaltungsraum.

Konferenz in Ulaan Baatar (Mongolei)

Zum Thema „Would the end of the Euro really be the end of Europe?“ referierte am 24. Oktober 2012 Univ.-Prof. Dr. Andreas Knorr auf der Konferenz „Economic Crisis – State Role“ des Department of Public Administration Studies der School of Economic Studies an der National University of Mongolia in Ulaan Baatar. Univ.-Prof. Dr. Holger Mühlenkamp hielt einen Vortrag zum Thema „Wirtschaftlichkeit und Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen im öffentlichen Sektor unter be-

sonderer Berücksichtigung von Public-Private Partnerships (PPP)". Univ.-Prof. Dr. Ulrich Stelkens erörterte in seinen Vortrag zum Thema „Effective Revenue Collection and the Rule of Law“ die rechtsstaatlichen Voraussetzungen einer effektiven Steuererhebung.

Vorträge in China

An der Guangxi Provincial School of Administration in Nanning (China) referierte Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber am 24. Oktober 2012 zum Thema „Consequences of the Financial and Economic Crisis for the Public Administration“ und am 25. zum Thema „Female participation in government and political affairs“.

Schutz der Freiheit und Gewährleistung von Teilhabe im Sozialstaat

Am 26. Oktober 2012 nahm Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Rainer Pitschas aufgrund besonderer Einladung an dem von der Ludwig-Maximilians-Universität München veranstalteten Kolloquium zu Ehren des ehemaligen Präsidenten des BVerfG Univ.-Prof. Dr. Dres. h. c. Hans-Jürgen Papier teil. Die Veranstaltung stand unter dem Thema „Schutz der Freiheit und Gewährleistung von Teilhabe im Sozialstaat“. Sie fand im Plenarsaal der Bayerischen Akademie der Wissenschaften statt.

Stellung der Streitkräfte im gewaltenteiligen, demokratischen Rechtsstaat

Am 27. Oktober 2012 hielt Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Karl-Peter Sommermann im Rahmen der XXXV. Table Ronde des Centre de recherches administratives an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Aix-Marseille einen Vortrag über „Armée et administration: Le partage des pouvoirs“.

Das Verhältnis der Streitkräfte zur Öffentlichen Verwaltung, vor allem aber die parlamentarische Kontrolle ist in den europäischen Staaten sehr unterschiedlich ausgestaltet, so dass man von gemeinsamen Standards noch weit entfernt ist.

Network of Associations of Local Authorities of South-East Europe

Im November 2012 war Prof. Dr. Gunnar Schwarting im Auftrag der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) in Skopje (Mazedonien). Dort war er Mitglied eines Teams zur Evaluierung der Arbeit des Network of Associations of Local Authorities of South-East Europe, eines regionalen Zusammenschlusses von Kommunalverbänden. Aufgabe der Mission war es, die bisherige Arbeit kritisch zu prüfen und Vorschläge für eine weitere Förderung des Netzwerks zu unterbreiten.

Vortrag in Speyer

Aus Anlass der Umbenennung der Hochschule Speyer in Universität hielt Univ.-Prof. Dr. Heinrich Reinnermann im Erzählcafé des Seniorbüros der Stadt Speyer am 6. November 2012 einen Vortrag zum Thema „Von der Verwaltungshochschule Speyer zur Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften“.

Solidarität in Europa

Das Salzburg Center of European Union Studies veranstaltete vom 8. bis 10. November 2012 einen internationalen Workshop zum Thema „European Solidarity in Times of Crisis: Concepts and Dilemmas“. Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Karl-Peter Sommermann hielt in diesem Rahmen einen Vortrag über „The concept of Solidarity and its Transformation into a Legal Principle“.

Gleichstellungsorientierte Gesetzesfolgenabschätzung im Steuerrecht

Am 9. November 2012 hielt Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber bei der Tagung „Geschlechterverhältnisse steuern – Perspektivenwechsel im Steuerrecht“ der Hans-Böckler-Stiftung in Berlin einen Vortrag zum Thema „Gleichstellungsorientierte Gesetzesfolgenabschätzung im Steuerrecht“.

Steuerung der Arzneimittelversorgung in der gesetzlichen Krankenversicherung

Am 20. November 2012 nahm Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Rainer Pitschas auf Einladung der Deutschen Gesellschaft für Kassenarztrecht e. V. sowie als deren Vorstandsmitglied an dem von der Gesellschaft durchgeführten Symposium „Steuerung der Arzneimittelversorgung in der gesetzlichen Krankenversicherung“ in Berlin teil. Die Veranstaltung setzte sich mit dem am 1. Januar 2011 in Kraft getretenen Arzneimittelmarktneuordnungsgesetz (AM-NOG) und dessen Steuerungsinstrumenten auseinander. Im Mittelpunkt stand die verfassungsrechtliche Beurteilung der Instrumente der Arzneimittelsteuerung sowie die Bewertung von Arzneimitteln. Dabei interessierte besonders die frühe Nutzenbewertung. Ferner wurden der Rechtsschutz gegen Maßnahmen der Arzneimittelverwertung, Rabattverträge sowie die Arzneimittelsteuerung aus Sicht der Pharmazeutischen Industrie erörtert. Auf der Grundlage der Vorträge wurde diskutiert, ob und in welchem Maß die Instrumente der Arzneimittelsteuerung tatsächlich wirken und die Grundrechte der Patienten, der Vertragsärzte, der Apotheker und der Pharmazeutischen Industrie berühren. Es ging ferner darum, welche Möglichkeiten des Recht-

schutzes gegen die Entscheidungen bestehen. In diesem Zusammenhang wurden die Aufgaben des Gemeinsamen Bundesausschusses ebenso dargestellt wie die Auswirkungen der verschiedenen Steuerungsinstrumente auf die Versorgung der Patienten und die Therapiefreiheit der Ärzte. Pitschas beteiligte sich an dem Symposium mit der thematischen Vorbereitung und eigenen Diskussionsbeiträgen.

Gemeinsamer Bundesausschuss im Deutschen Bundestag

Am 21. November 2012 nahm Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Rainer Pitschas als Erster Stellvertreter des Vorsitzenden am parlamentarischen Abend des Gemeinsamen Bundesausschusses im Deutschen Bundestag teil. Die Veranstaltung bot den Abgeordneten des Deutschen Bundestages und vornehmlich den mit der Materie der Gesundheitspolitik befassten Mitgliedern eine willkommene Gelegenheit, mit den neutralen Mitgliedern des Bundesausschusses sowie den darin tätigen Angehörigen der Gemeinsamen Selbstverwaltung im Gesundheitswesen zusammenzutreffen und die jeweiligen Anschauungen auszutauschen.

Kompetenzen im Rahmen einer stärker regionalisierten Gesundheitsversorgung

Am 30. November 2012 nahm Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Rainer Pitschas auf Einladung der Robert Bosch Stiftung an einem Arbeitsgespräch zu den künftigen Kompetenzen im Rahmen einer stärker regionalisierten Gesundheitsversorgung teil. Das Gespräch fand im Bosch-Haus Heidehof in Stuttgart statt. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand das von Univ.-Prof. Dr. M. Burgi erstattete Rechtsgutachten über die „Künftige kommunale Verantwortung im Bereich Health Care“. In der Robert Bosch

Stiftung ist von diesen Themen der Sonderbereich „Zukunftsfragen der Gesundheitsversorgung“ betroffen. Im Verlauf der Einführungsvorträge und Diskussionen gab der Gedankenaustausch auch Gelegenheit, die gegenwärtigen Beiträge aus der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer zu diesem Thema zu verdeutlichen.

Der Weg nach Rio+20

Einen Vortrag zum Thema „Können Bürgerhaushalte einen Beitrag zu Ressourceneffizienz und Klimaschutz leisten? Zur Verbindung von WNA-Haushalten und Bürgerbeteiligung in Deutschland und China“ hielt Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber am 2. Dezember 2012 beim Deutsch-Chinesischen Workshop „Der Weg nach Rio+20: Eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung durch mehr Ressourceneffizienz und Klimaschutz“ des BMU, des MWKEL Rheinland-Pfalz und der Konrad-Adenauer-Stiftung in Xiamen (China).

Forschungsaufenthalt an der Universität Florenz

Vom 4. Dezember 2012 bis zum 7. Dezember 2012 fand ein Forschungsaufenthalt von Christian Schwab und Dr. Tim Jäkel an der Universität Florenz statt. Im Rahmen des vom DAAD geförderten Drittmittelprojektes „Municipal rationalisation“ wurden zusammen mit der italienischen Forschergruppe um Dr. Andrea Lippi ein theoretischer Analyserahmen und empirisches Material für einen gemeinsamen Artikel über Measuring and Comparing Performance/Benchmarking ausgearbeitet.

Forum Betreuungsrecht

Am 5. Dezember 2012 nahm Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Rainer Pitschas mit einem eigenen Vor-

trag zum Thema „Vom Strukturwandel des Betreuungswesens. Über den gesetzgeberischen Handlungsbedarf und das kurzatmige Konzept seiner künftigen Umsetzung“ an dem vom Justizministerium Baden-Württemberg veranstalteten „Forum Betreuungsrecht“ teil. Gegenstand der Veranstaltung war der vom Bundesjustizministerium veröffentlichte Referentenentwurf und gesetzgeberische Regelungsvorschlag zu einer Reform des geltenden Betreuungsrechts. Die Veranstaltung griff Aspekte des Referentenentwurfs auf, führte diesen aber über den gegenwärtigen Stand im Sinne von Veränderungsvorschlägen hinaus. Sie fasste die Alternativvorschläge zu einer strukturellen Reform des Betreuungswesens inhaltlich zusammen.

Schuldenbremse in Baden-Württemberg

Einen Vortrag zum Thema „Die Schuldenbremse in Baden-Württemberg“ hielt Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber am 13. Dezember 2012 beim SPD-Landesverband Baden-Württemberg in Mannheim.

Lokale Politik und Verwaltung im Zeichen der Krise?

Im Dezember 2012 erschien bei Springer VS der von Univ.-Prof. Michael Haus (Universität Heidelberg) und Univ.-Prof. Dr. Sabine Kuhlmann herausgegebene Sammelband „Lokale Politik und Verwaltung im Zeichen der Krise?“, der die Ergebnisse einer Tagung des Arbeitskreises „Lokale Politikforschung“ der DVPW zusammenfasst.

Ins Bundesschiedsamt gewählt

Zum 1. Januar 2013 wurde Herr Prof. Dr. Dr. h. c. Rainer Pitschas auf vier Jahre zum Stellvertretenden Vorsitzenden des Bundes-

schiedsamts für die Kassenzahnärztliche Versorgung gewählt. Zugleich wurde er – gleichfalls zum 1. Januar 2013 – zum Stellvertretenden Vorsitzenden des Schiedsamts in der Kassenzahnärztlichen Versorgung Baden-Württemberg gewählt.

Jahrestagung der Allied Social Sciences Association

Auf der Jahrestagung der „Allied Social Sciences Association“ (ASSA) in San Diego, USA, die vom 3. bis 6. Januar 2013 stattgefunden hat, präsentierten PD Dr. Rahel Schomaker und Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Andreas Knorr ein gemeinsames Forschungspapier zu demographischen Entwicklungen in den Staaten des Arabischen Golfs mit dem Titel: „Demographic Gift or Population Trap? Trends and Economic Implications of the Demographic Transition in the Arab Gulf“. Auf der im Rahmen der ASSA stattfindenden Mitgliederversammlung der „Middle East Economic Association“ wurde bekannt gegeben, dass Frau PD Dr. Rahel Schomaker den „Ibn-Khaldun-Price“ des Jahres 2012 für ein Forschungspapier zu Demographie und Migration erhält.

Verwaltung 2020

Auf der Klausurtagung der SPD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg in Heidelberg hielt Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber am 9. Januar 2013 einen Vortrag zum Thema „Verwaltung 2020 – Herausforderungen, Entwicklungsperspektiven, strategische Ansatzpunkte für Baden-Württemberg“.

Rechtssymposium in Berlin

Am 16. Januar 2013 nahm Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Rainer Pitschas als Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Gemeinsamen Bundesausschusses an dem von

diesem veranstalteten Rechtssymposium zum Thema „Begründungspflichten des Gemeinsamen Bundesausschusses“ in Berlin teil. Das Thema führte in die Grenzgebiete zwischen Transparenz und Effizienz von Normgebung hinein. In der Veranstaltung wurden die vom BVerfG angestoßenen Überlegungen zur Nachvollziehbarkeit von Normgebung aufgegriffen und das Rahmenthema wurde in verschiedenen Facetten beleuchtet. Dabei fanden sich auch die sozialrechtlichen Bestimmungen herausgearbeitet und die Frage beantwortet, ob und welche Begründungsstandards die evidenzbasierte Medizin verlangt und welche Konsequenzen bei Begründungsmängeln zu ziehen sind.

Verwaltungsstrukturreformen in Deutschland

Am 29. Januar 2013 war Univ.-Prof. Dr. Bogumil von der Ruhr Universität Bochum zu Gast in der von Univ.-Prof. Dr. Sabine Kuhlmann gehaltenen „Einführungsvorlesung: Verwaltung und Verwaltungswissenschaft“. Sein Vortrag widmete sich dem Thema „Verwaltungsstrukturreformen in Deutschland“ und behandelte die jüngsten Entwicklungstrends administrativer Reformen in den deutschen Bundesländern.

Neuer Vorsitzender des Hochschulrates der Universität Bonn

Bei seiner konstituierenden Sitzung am 15. Februar 2013 haben die Mitglieder des Hochschulrates der Universität Bonn den Präsidenten des Bundesrechnungshofes Prof. Dr. Dieter Engels einstimmig zu ihrem Vorsitzenden gewählt. Der Hochschulrat besteht aus drei universitätsinternen und sieben externen Mitgliedern. Neben seiner beratenden Funktion gegenüber dem Rektorat kommt dem Hochschulrat die Aufsicht über die

Geschäftsführung des Rektorats zu. Zu seinen Aufgaben gehört auch die Wahl der Mitglieder des Rektorats. Die Amtszeit des neuen Hochschulrats reicht bis ins Jubiläumsjahr 2018. Dann wird die Universität Bonn 200 Jahre alt. Der Vorsitzende und die Mitglieder des Hochschulrates sind ehrenamtlich tätig.

International Regulatory Reform Conference (IRRC)

Als Mitglied des Nationalen Normenkontrollrates (NKR) nahm Univ.-Prof. Dr. Sabine Kuhlmann am 31. Januar und 1. Februar 2013 an der International Regulatory Reform Conference in Berlin teil. Über 350 Experten aus 47 Ländern diskutierten im Auswärtigen Amt über bessere Rechtssetzung und Bürokratieabbau.

Besuch aus Japan

Am 22. Februar 2013 besuchte Ass. Prof. Araki Osamu von der Kansai Universität in Japan Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Rainer Pitschas, um mit diesem über die Besonderheiten der Wasserversorgung in Deutschland als Form der Daseinsvorsorge zu diskutieren. Zugleich orientierte sich Herr Araki über die in unserer Bibliothek vorhandenen einschlägigen Bücher und Aufsätze. Er ist insbesondere an Formen der kommunalen Wasserversorgung interessiert.

Vortrag in Perth (Australien)

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe Curtin Corner, Curtin University Perth (Australien) referierte Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber am 22. Februar 2013 zum Thema „Fiscal Equalization in Germany – Facts, Conflicts and Perspectives“.

Projekt AG Demografie

Die Projekt AG „Demografie – Antworten lokaler Politik, Verwal-



RA Damian Hötger (l.) und der Oberbürgermeister der Stadt Idar-Oberstein, Bruno Zimmer

Foto: Uni Speyer

tung und Wirtschaft auf eine gesellschaftliche Entwicklung" von Prof. Dr. Gunnar Schwarting und RA Damian Hötger im Wintersemester fand einen besonderen Abschluss. Die Studentinnen und Studenten diskutierten die Ergebnisse ihrer Recherchen mit dem Oberbürgermeister der Stadt Idar-Oberstein, Bruno Zimmer.

8. Jahresarbeitstagung Medizinrecht

Am 1. März 2013 hielt Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Rainer Pitschas auf der 8. Jahresarbeitstagung Medizinrecht vom 1. bis 2. März 2013 des Deutschen Anwaltsinstituts e. V. in Berlin einen Vortrag zum Thema „Der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) als zentrales Regulierungsinstrument im Gesundheitswesen“.

Sektionstagung Policy-Analyse und Verwaltungswissenschaft

Die Jahrestagung der Sektion „Policy-Analyse und Verwaltungswissenschaft" der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) fand vom 1. bis 2. März 2013 an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg unter der Themenstellung „Alles eine Frage der Koordination? Policy-Making in Mehrebenensystemen" statt. Univ.-Prof. Dr. Sabine Kuhlmann moderierte das Panel „Koordination als institutionenpolitische Herausforderung". Als Referenten aus Spey-

er hielten Univ.-Prof. Dr. Michael Bauer („Support from below? Supranational institutions, regional élites and governance preferences"), Frau Julia Fleischer („Coordination Failures Before and After Crises: The Case of Homeland Security Administration in Germany") und Univ.-Prof. Dr. Sabine Kropp („Die Koordination sektoraler Politik unter den Bedingungen des semi-autoritären Föderalismus. Fallstudien zum Policy-Making in russischen Regionen") einen Vortrag.

Vortrag in Budapest

Vom 5. bis 10. März 2013 besuchte Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Rainer Pitschas auf Einladung der Juristischen Fakultät die Eotvös Lorand Universität in Budapest/Ungarn. Er hielt einen Vortrag mit anschließender Diskussion vor der Juristischen Fakultät am 06.03.2013 mit dem Thema „Zur Reform des Allgemeinen Verwaltungsrechts in der Bundesrepublik Deutschland". Am 8. März 2013 hielt er vor der Doktorandenschule der Juristischen Fakultät einen weiteren Vortrag mit dem Titel „Soziale Sicherheit durch Vorsorge". Zahlreiche Gespräche mit den Fakultätsangehörigen und insbesondere mit der Leiterin des Lehrstuhls für Verwaltungsrecht, Frau Prof. Dr. Fázekas schlossen sich an.

Internationales Symposium in Saarbrücken

Am 22. März 2013 hielt Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Karl-Peter Sommermann im Rahmen des vom Europainstitut der Universität des Saarlandes organisierten internationalen Symposiums „The EU between an ever closer union and inalienable policy domains of Member States" einen Vortrag zum Thema „The theory of 'essential national policies' in the Lisbon

Judgement of the German Federal Constitutional Court".

Local Public Sector Reforms: An International Comparison

Ein von Univ.-Prof. Dr. Sabine Kuhlmann eingereicherter Antrag auf EU-Förderung zum Thema „Local Public Sector Reforms: An International Comparison (Loc-Ref)" wurde von der europäischen Plattform COST (Cooperation in Science and Technology) bewilligt. LocRef ist in das 7. EU-Rahmenprogramm eingebettet und wird für den Zeitraum 2013 bis 2017 von der European Science Foundation (ESF) finanziert. An dem Projekt nehmen Forscher aus 22 europäischen Ländern teil. Am 28. März 2013 fand das Kick-Off-Meeting in Brüssel statt, an dem unter anderem Prof. Dr. Geert Bouckaert (KU Leuven) und Prof. Dr. Hellmut Wollmann als Mitantragsteller teilnahmen. Weitere Beteiligte des Forschungsprojekts waren u. a. Prof. Dr. Pawel Swianiewicz (Universität Warschau), Prof. Dr. Benedikt Speer (FH Kärnten), Prof. Dr. Bas Denters (Universität Twente), Prof. Dr. Renate Meyer (Universität Wien) und Prof. Dr. Steiner (Universität Bern).

EGPA Annual Conference in Speyer

Das Steering Committee der EGPA hat mit großer Zustimmung den Antrag der Universität und des Forschungsinstituts angenommen, die EGPA Annual Conference 2014 in Speyer auszurichten. Univ.-Prof. Dr. Sabine Kuhlmann präsentierte aus diesem Anlass beim Meeting des EGPA Steering Committees im IIAS-EGPA Headquarter in Brüssel vom 25. bis 26. Januar 2013 den Stand der Vorbereitungen.

„Menschen“

Eine Ausstellung des Schifferstädter Künstlers Martin Eckrich

Am 5. Februar 2013 eröffnete in der Aula und im Foyer der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften die Ausstellung „Menschen“ des Schifferstädter

Künstlers Martin J. Eckrich. Die Einführung in die Ausstellung übernahm Beate Steigner-Kukatzki, die musikalische Umrahmung Isabel Eichenlaub (Cello) und Eckrich selbst.

Eckrichs künstlerisches Schaffen ist breit aufgestellt. Bekannt ist er als Maler, Schöpfer von Rauminstallationen und Plastiken sowie Performancekünstler. Darüber hinaus verfasst er aber auch Gedichte und freie poetische Texte, die er in seine Installationen und Performances integriert. Sein Kunststudium an der Akademie der Bildenden Künste in München schloss er als Meisterschüler bei Professor Franz Bernhard Weißhaar erfolgreich ab. Seitdem entwickelte er seinen ursprünglich sehr abstrakten Stil weiter und übernahm im Laufe der Zeit immer öfter zeichnerische Elemente in seine Werke, um schließlich zu einer oft durch starke Farbigkeit charakterisierten, gegenständlichen Malerei überzugehen. Seine aufwendigen Rauminstallationen aus

Holz, Ton und Metall blieben dagegen meist abstrakt.

Eckrich zeigte in seiner Ausstellung an der Universität

Eckrich bezieht sich in seinen Kleinplastiken oft auf die Antike, wenn er seine weiblichen Akte als Gefäße behandelt und dem Gesetz „corpus quasi vas“

(Der Körper gleiche einem Gefäß) gehorchen lässt. Seine weiblichen Akte sind in apollinischer Heiterkeit, aber keineswegs im dionysischen Rausch, auf sich bezogen, vergeistigt, auch mit der bewusst vorgenommenen Umkehrung von Innen und Außen, verbreiten sie ein wenig die Gelassenheit als Gegenentwurf der Zeit, in der Eckrich gestaltet.

Seine Plastiken sind realistisch mit unterschiedlichen Oberflächen, zum Teil auch mit Aufbrüchen, die den Geist mit dem Material umspielen. Holzskulpturen in ihrer aufrechten Ursprünglichkeit sind ebenso zu sehen,

wie auch zwei Großplastiken aus Glasfaserpolyester und Metall. Vier Brezelfestbilder, die für das vergangene Jahr entstanden sind, wurden zum ersten Mal gezeigt.

Speyer Bilder und Porträts von Menschen, die in Gruppen stehen, die miteinander diskutieren, oder in familiärer Runde sich begegnen. Einige Porträts sind Frauengesichter, die mit ihrer expressiven Malweise die Lebensspuren in ihrer Zeitlosigkeit mit energetischen Farben aufzeigen. In diesem Winter entstandene Kleinplastiken aus Ton zeigen ebenfalls den Menschen.

Netzwerk Betriebliche Gesundheitsförderung



Herz-Kreislauf-Vorsorgeprogramm

Foto: Uni Speyer

Betriebliches Gesundheitsmanagement ist heute ein wichtiger Bestandteil nahezu jedes modernen Unternehmens. Auch der Universität Speyer ist die Gesundheit ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein wichtiges Anliegen.

Daher ist die Uni Speyer seit Februar 2011 Mitglied des „Netzwerkes Betriebliche Gesundheitsförderung Speyer“. Die kooperative Zusammenarbeit mit den beteiligten Unternehmen und Verwaltungen bietet den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein breit gefächertes Angebot gesundheitsfördernder Maßnahmen kostengünstig an. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Uni Speyer haben bereits viele dieser Angebote genutzt.

Anfang März diesen Jahres organisierte der Personalrat der Uni Speyer gemeinsam mit einem Team des Diakonissen-Stiftungskrankenhauses das

Herz-Kreislauf-Vorsorgeprogramm im Rahmen des „Netzwerk mit Herz“. Ein großer Teil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben sich freiwillig zur Untersuchung angemeldet. Bei dem kardiovaskulären Screening wurden anhand eines Fragebogens Vorerkrankungen und familiäre Belastungen erfragt, die Cholesterin-, Blutzucker- und Blutdruckwerte bestimmt sowie ein EKG erstellt. Auf diese Weise können Herz-Kreislauf-Risiken für jede Altersstufe frühzeitig erkannt werden. Ein persönliches Arztgespräch mit Auswertung über eventuelle Risiken rundete diese Untersuchung ab. Die Resonanz in der Uni Speyer war enorm. Weitere Veranstaltungen dieser Art sind geplant.

Wie auch in den vergangenen Jahren beteiligte sich die Uni Speyer an der Netzwerk-Aktion „Weg-mit-dem-Speck“. Einige Mitarbeiterinnen haben die Fas-

tenzeit genutzt, um etwas für ihre Gesundheit zu tun. In diesem Zeitraum standen neben diversen Fitness-Angeboten der Kooperationspartner auch Ernährungsberatungsvorträge des neuen Netzwerkpartners PRAVO zur Verfügung.

Gesundheit ist ein hohes Gut, sowohl für jeden Einzelnen, als auch für Gesellschaft und Unternehmen. Modernes betriebliches Gesundheitsmanagement setzt nicht mehr nur auf Rücken-training und Arbeitsschutz, sondern baut auf eine gesundheitsfördernde Unternehmenskultur. Das Netzwerk Betriebliche Gesundheitsförderung Speyer bildet eine Plattform für Unternehmen und Institutionen, die in der betrieblichen Gesundheitsförderung aktiv sind oder es werden wollen. Die Bedürfnisse der Mitarbeiter und der Betriebe stehen im Mittelpunkt.

Ansprechpartner der Uni Speyer für das Netzwerk Betriebliche Gesundheitsförderung sind neben der Hochschulleitung Frau Claudia Wiora (Tel.: 654-272; E-Mail: wiora@uni-speyer.de) und Herr Klaus-Dieter Schütt (Tel.: 654- 236; E-Mail: schuett@uni-speyer.de).

Claudia Wiora

Cross-Mentoring zwischen Speyerer Behörden

Zum zweiten Mal findet im Zusammenhang mit dem „Runden Tisch zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf Speyer“ ein Cross-Mentoring Programm zwischen Speyerer Behörden statt. Teilnehmende Behörden sind neben der Universität Speyer, die erstmals teilnimmt, die Stadtverwaltung Speyer, die Deutsche Rentenversicherung Rheinland-Pfalz, die AOK Rheinland-Pfalz, die Bundesagentur für Arbeit, die Pfälzische Landesbibliothek, das Diakonische Werk, die Evangelische Kirche der Pfalz und die Polizeiinspektion Speyer. Das im März 2013 gestartete 2. Cross-Mentoring zwischen Speyerer Behörden dient der Förderung junger Frauen, die sich darauf vorbereiten, Führungspositionen einzunehmen oder sich in solchen zu etablieren. Mit diesem Projekt werden Frauen von erfahrenen Mentorinnen und Mentoren im Rahmen einer anerkannten Fortbildungsmaßnahme gefördert. Des Weiteren

werden Vernetzungen zwischen den teilnehmenden Behörden geschaffen, die ebenfalls als ein berufsbildendes Merkmal betrachtet werden können.

Das Cross-Mentoring läuft über 7 Monate und besteht aus einem Mix aus persönlichen Gesprächen, die die berufliche Weiterentwicklung der Mentees im Blick behalten, und Fortbildungsveranstaltungen zu verschiedenen Themen wie Vernetzung, Konfliktmanagement, Kommunikation, Wirtschaftlichkeit und Ethik. Hierzu wurden Tandems zwischen Mentees und Mentoren gebildet. Ziel ist es in einem überschaubaren Zeitrahmen von März bis September 2013 eine Qualifizierung zu besserem beruflichem Selbstverständnis gerade auch im Hinblick auf die Anforderungen und auch Erwartungen von Frauen zu ermöglichen. Am Ende des Cross-Mentoring am 23. September 2013 werden Zertifikate überreicht.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

In den letzten Jahren konnte die Universität Speyer durch ihre Mitarbeit am Runden Tisch zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie der Stadt Speyer, großem Engagement in den dazugehörigen Arbeitskreisen und dem Mitwirken im Arbeitskreis der Metropolregion Rhein-Neckar für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Hörerinnen und Hörer viele verschiedene Betreuungsmodelle schaffen.

Wenn ein Betreuungsengpass vorliegt, steht das Generationenzimmer im Gästehaus Freiherr vom Stein zur Verfügung. Genutzt werden kann das fast vollwertig eingerichtete Büro sowohl von Eltern mit Kindern als auch von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die für einen pflegebedürftigen Angehörigen kurzfristig keine andere Unterbringungsmöglichkeit haben.

Im „Kinderland Tafelsbrunnen“ können Kinder von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Speyerer Behörden unabhängig vom

Wohnort der Eltern aufgenommen werden. Das Projekt ist für Kinder ab 2 Monaten bis 3 Jahren gedacht und wurde durch großen Einsatz etlicher Mitarbeiter des Rundes Tisches in wenigen Monaten fertig gestellt. Viele fleißige Hände halfen, um den „Tafelsbrunnen“, ein von den Stadtwerken Speyer zur Verfügung gestelltes Häuschen mitten im Grünen zwischen Speyer und Berghausen, zu einer kindgerechten und wertvollen Tageseinrichtung zu machen.

Der von den Behörden des Runden Tisches gegründete Förderverein unterstützt neben dem „Kinderland Tafelsbrunnen“ auch die beiden schon seit Jahren beliebten Ferienaktionen der „Wilden 13“. In den Sommerferien dürfen sich Kinder zwischen 6 und 11 Jahren zwei Wochen lang so richtig austoben. In den Herbstferien wird eine Woche angeboten.

Um eine schnelle Hilfe bei der Suche nach Tagesmüttern für

Kinder jeden Alters zu bieten, wird die vorhandene „Notfallbörse“ des Kinderschutzbundes Speyer ständig aktualisiert. Die Kinderbetreuungsdatenbank der Metropolregion Rhein-Neckar steht ebenfalls zur Verfügung. Im Gemeindezentrum in Speyer-West, der „Quartiersmensa“, wurde eine Nachmittags- und Hausaufgabenbetreuung für Kinder der fünften und sechsten Klassen geschaffen. Neben einem warmen Mittagessen können verschiedene Spiel und Sportangebote genutzt werden.

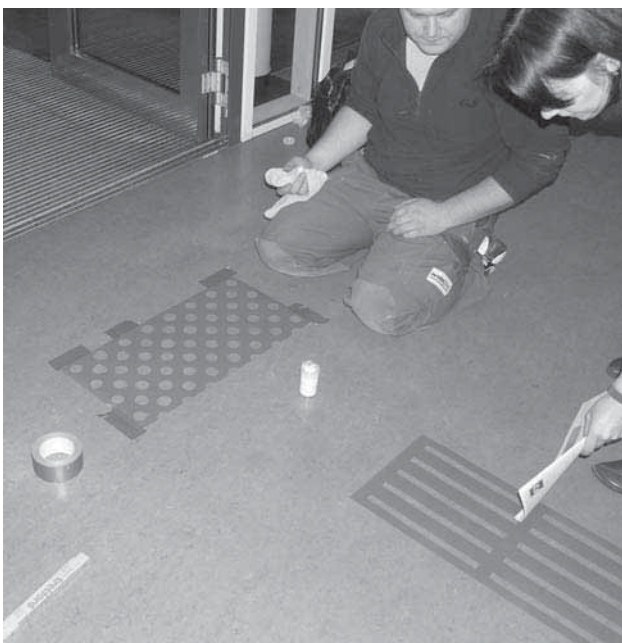
Ansprechpartnerin der Uni Speyer für Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist Frau Claudia Wiora (Tel.: 654 272; Email: wiora@uni-speyer.de). Ebenfalls besteht die Möglichkeit, direkt über die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Speyer, Frau Inge Trageser-Glaser (Tel.: 06232 142-267), wichtige Kontaktstellen zu finden.

Claudia Wiora

Blindenleitsystem in der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften fertig gestellt

Weißer Rippen- und Noppenplatten auf dem Vorplatz der Universität. Wozu?

Im Allgemeinen orientieren sich sehende Menschen visuell an den räumlich vorhandenen natürlichen Gegebenheiten oder an der gebauten Umwelt. Menschen, deren Sehkompetenz aufgrund eines



Das neue Blindenleitsystem an der Uni Speyer Fotos Uni Speyer

Teil- oder Totalverlusts des Sehsinns eingeschränkt ist (Menschen mit Sehbehinderungen oder blinde Menschen), steht diese Orientierungsmöglichkeit nur bedingt oder ggf. gar nicht zur Verfügung. Dadurch ist dieser Personenkreis besonderen Gefähr-

dungen, insbesondere im öffentlichen Raum und Verkehrsraum ausgesetzt. Um diesem Personenkreis ebenfalls die Teilhabe am öffentlichen Leben zu ermöglichen, wurde bei der notwendigen Sanierung des Vorplatzes der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften eine umfassende Neugestaltung des Eingangsbereiches inkl. der Parkplatzsituation realisiert und der Platz mit einem Blindenleitsystem ergänzt.

Blindenleitsysteme geben blinden Menschen die Möglichkeit sich mittels Taststock (weißer Blindenstock), den sie pendelnd bzw. schleifend über dem Boden führen, zu orientieren. Die neuen Bodenstrukturen (Bodenindikatoren) vermitteln dabei Informationen wie „leiten“, „führen“ und „warnen“ und helfen dabei sich sicher und zielgerichtet fortzubewegen.

Im Bereich des Haupteingangs wurde bereits ein Teil des bodengebundenen Leitsystems realisiert, welches sich auf dem gesamten Campusgelände fortsetzen wird und darüber hinaus auch in Teilbereichen innerhalb der Universitätsgebäude wieder finden wird.

Das (Blinden-) Leitsystem ist der neuesten DIN (3298411-2010 Bodenindikatoren im öffentlichen Raum) entsprechend geplant und erschließt den öffentlichen Gehweg ab der Bushaltestelle bzw. ab der Ampelanlage in der Freiherr-vom-Stein-Straße mit dem Haupteingang des Lehrgebäudes der Universität.

Die unterschiedlichen Bodenindikatoren (Bodenstrukturen) wie z. B. die Rippenplatten zeigen die Gehrichtung (Rippe in Längsrichtung) und somit den Verlauf einer Strecke an und die Noppenplatten weisen auf einen möglichen Richtungswechsel oder eine besondere verkehrliche Situation (Gefahr) hin. Die weitere Planung sieht vor, dass die wesentlichen Ziele innerhalb des Lehrgebäudes wie bspw. die Aula, das Auditorium maximum, die Hörsäle, das Tagungs- und Hörersekretariat und die sanitären Anlagen mittels Bodenindikatoren erreicht werden können.

Die Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer setzt damit als eine der ersten Einrichtungen die neue Norm um und zeigt damit ein überaus positives Beispiel des barrierefreien Bauens.

Bericht der Gleichstellungsbeauftragten

Gleichstellungs- und Frauenförderplan

Die Universität Speyer befasste sich im Wintersemester 2012/2013 intensiv mit der Aufstellung eines Gleichstellungs- und Frauenförderplans. Es ist zu erwarten, dass dieser Plan im Sommersemester 2013 vom Senat der Universität beschlossen wird.

Promotionsstipendium

Im Wintersemester 2012/2013 konnten sich Doktorandinnen zum ersten Mal für ein Promotionsstipendium, das von der Gleichstellungsbeauftragten angeregt und vom Rektor der Universität Speyer ausgelobt wurde, bewerben.

Vorträge aus der beruflichen Praxis

Die Gleichstellungsbeauftragte initiierte eine neue Vortragsreihe „Praxisvorträge von Frauen aus Verwaltung, Wissenschaft und Industrie“. In dieser Reihe berichten Vorbildfrauen über ihren erfolgreichen Karriereweg in der Praxis und über ihren individuellen Karriereverlauf. Obwohl Frauen oft sehr erfolgreich studieren, gehen sie in ihrer Karriereplanung meist weniger strategisch vor als Männer. Hörerinnen sollen durch die Vortragsreihe angeregt werden, ihr Berufsleben planvoller anzugehen. Die Vorträge dienen der allgemeinen Berufsorientierung im Studium, können aber auch der Klärung spezieller Fragen dienen, z. B. der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Die Reihe wurde eröffnet von Frau PD Dr. Christel Weiß von der Medizinischen Statistik, Biomathematik und Informationsverarbeitung der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg mit dem Vortrag „Frauen in Männerdomänen - Herausforderung und Chance“. Frau Dr. Weiß stellte ihren erfolgreichen Karriereweg in der Wissenschaft dar. Im zweiten Vortrag, „Frauen - die besseren Chefs? - Mentoring für Führungskompetenz“, stellte Frau Dr. Birgit Eberbach-Born, Direktorin des Thüringer Landtags, ihr Engagement als Mentorin im Projekt „Frauensache“ in Thüringen vor.

Da die Vortragsreihe sehr guten Anklang fand, wird sie im Sommersemester 2013 fortgeführt. Frau Dr. Brigitte Mandt, Präsidentin des Rechnungshofs Nordrhein-Westfalen wird über das Thema „Frauen und Führung - ein Berufsweg mit vielen Stationen“ sprechen.



Frau PD Dr. Christel Weiß, Rektor Univ.-Prof. Dr. Joachim Wieland, Gleichstellungsbeauftragte Wera Veith-Joncic Fotos: Uni Speyer



Dr. Birgit Eberbach-Born, Direktorin des Thüringer Landtags



Interessierte Zuhörerinnen und Zuhörer beim Vortrag von Frau Dr. Birgit Eberbach-Born

Personalia (1. Oktober 2012 bis 31. März 2013)

a) Einstellungen

01.10.12	Hunnius, Sirko, Dipl.-Kaufmann (FH), wiss. Mitarbeiter bei Projekt von Herrn Univ.-Prof. Dr. Hill
01.10.12	Schulze, Nicole, M. A., wiss. Mitarbeiterin des Koordinators des MPA-Programms Wissenschaftsmanagement, Herrn Prof. Dr. Schmoch
01.10.12	Demper, Maximilian, wiss. Hilfskraft am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Weiß
01.11.12	Thomas, Marc-Julian, Dipl.-Kaufmann, wiss. Mitarbeiter am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Wirtz
01.11.12	Göttel, Vincent, wiss. Hilfskraft am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Wirtz
01.11.12	Mermann, Marina, wiss. Hilfskraft am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Wirtz
01.11.12	Schmitt, Sarah, M. A., wiss. Mitarbeiterin bei Projekt von Herrn Univ.-Prof. Dr. Hill
15.11.12	Zeilinger, Julia, wiss. Hilfskraft am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Bauer
15.11.12	Adam, Sascha, wiss. Hilfskraft am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Bauer
19.11.12	Metzinger, Bärbel, Sekretärin am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Weiß
15.05.12	Kühl, Benjamin, wiss. Hilfskraft am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Martini
15.05.12	Demper, Maximilian, wiss. Hilfskraft am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Weiß
01.01.13	Richter, Daniel, wiss. Hilfskraft am Lehrstuhl von Frau Univ.-Prof. Dr. Färber
01.01.13	Bukowski, Beate, Sekretärin am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Martini
01.01.13	Grohmann, Lea, stud. Hilfskraft am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Martini
01.01.13	Eggert, Ferdinand, wiss. Hilfskraft am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Martini
07.01.13	Bub-Eitelmann, Elvira, Sekretärin am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Weiß
15.01.13	Saft, Sarah, wiss. Hilfskraft am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Martini
15.01.13	Herzog, Eva, stud. Hilfskraft am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Martini
01.02.13	Blumenberg, Raoul, wiss. Hilfskraft am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Martini

b) Ausscheiden

31.10.12	Zickert, Steffen, wiss. Hilfskraft am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Martini
31.10.12	Schade, Anna, M. A., wiss. Mitarbeiterin am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Wirtz
31.10.12	Klickovic, Daniel, wiss. Hilfskraft am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Wirtz
14.12.12	Schuhmann, Alexander, wiss. Hilfskraft am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Martini
14.12.12	Saft, Sarah, wiss. Hilfskraft am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Martini
31.12.12	Müller, Georg, Leiter der Hausdruckerei
31.12.12	Pfundstein, Marion, Sekretärin am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Weiß
31.12.12	Metzinger, Bärbel, Sekretärin am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Weiß
31.12.12	Schröder, Mareke, Sekretärin am Lehrstuhl von Frau Univ.-Prof. Dr. Färber
31.12.12	Kane, Anna, wiss. Hilfskraft am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Weiß
31.01.13	Stuchlik, Andrei, Dr., wiss. Mitarbeiter am Lehrstuhl von Frau Univ.-Prof. Dr. Kropp
31.03.13	Wälder, Nadine, M. A., wiss. Mitarbeiterin am Lehrstuhl von Frau Univ.-Prof. Dr. Morner

c) Abordnungen

- 01.01.13 - 28.02.13 Prybilla, Kathrin, Assessorin, Forschungsreferentin/wiss. Mitarbeiterin am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Weiß, Abordnung vom Forschungsinstitut an die Universität
- 01.02.13 - 31.03.13 Häsing, Jens, Dipl.-Pol., Forschungsreferent/wiss. Mitarbeiter am Lehrstuhl von Frau Univ.-Prof. Dr. Kropp, Abordnung vom Forschungsinstitut an die Universität

d) Ernennung

- 01.10.12 Bauer, Michael, Univ.-Prof. Dr.

e) 25-jährige Dienstjubiläen

- 13.10.12 Ziekow, Jan, Univ.-Prof. Dr.
- 28.02.13 Lenz, Karin



Jubiläum von Karin Lenz

Foto: Uni Speyer

Promotionen im Wintersemester 2012/2013

- ISABEL WESTERMAYER, Die Patentierung gentechnisch veränderter Tiere im Hinblick auf die Schranke der öffentlichen Ordnung und der guten Sitten – eine Analyse unter Berücksichtigung der Rechtslage in Frankreich und Großbritannien, Berlin 2013, Gutachter: K.-P. Sommermann/M. Martini
- JOHANN RUPPERT, Markteintritt und Marktstellung privater Eisenbahnverkehrsunternehmen im Schienengüterverkehr der Bundesrepublik Deutschland, Hamburg 2013, Gutachter: A. Knorr/M. Morner
- MARCUS SIDKI, Asset-Backed Securities in der kommunalen Finanzierung, Veröffentlichung in Vorbereitung, Gutachter: H. Mühlenkamp/G. Schwarting
- REGINA VON GÖRTZ, Governance von Forschungsnetzwerken. Eine empirische Untersuchung deutscher Forschungsgruppen aus Astrophysik, Nanowissenschaft und Volkswirtschaftslehre, Veröffentlichung in Vorbereitung, Gutachter: D. Jansen/U. Schimank

Schriftenreihe der Hochschule

- 216 KATRIN SCHOPPA, Europol im Verbund der Europäischen Sicherheitsagenturen, Berlin 2013
- 217 MARIA VIRGINIA LORENA OSSIO BUSTILLOS, Die verfassungsrechtlichen Grenzen der exekutiven Normsetzung in Bolivien. Ursprünge, rechtsvergleichende Dogmatik und Praxis, Berlin 2013

Speyerer Arbeitshefte

- 210 BETTINA JOHN-WILLEKE, Zur Einführung eines „Dr. mus.“ – Gibt es sinnvolle Parallelen der künstlerischen Fächer zum klassischen Doktorgrad der alten Fakultäten?, Speyer 2012

Speyerer Habilitationen

- 23 RAHEL SCHOMAKER, Characteristics and Institutional Determinants of Economics Performance in the Middle East and North Africa (Veröffentlichung in Vorbereitung)

Speyerer Vorträge

- 99 CRISTINA FRAENKEL-HAEBERLE, Repräsentation und Partizipation: Neue Gestaltungsoptionen der Demokratie, Antrittsvorlesung im Wintersemester 2012/2013, Speyer 2013